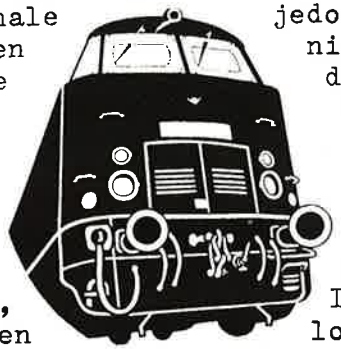
Nr. 22/23 DM 2,–
Doppelheft

FACIT

Zeitschrift marxistischer Studenten

In 45 min. können Sie bei uns sein.

Rechnen Sie bitte selbst: Zugfahrt Köln-Düsseldorf, dann ca. 5 min. Fußweg vom Hauptbahnhof und Sie sind in unserer Buchhandlung "Das Internationale Buch". Wir würden uns freuen, Sie dort begrüßen zu dürfen. Statt Ihnen auf dieser Seite nur einige Titel aus Verlagen der DDR vorzustellen, können wir Ihnen hier die gesamte neue Produktion zeigen. Neben gesellschaftswissenschaftlicher Literatur halten wir pädagogische und naturwissenschaftliche Schriften für Sie bereit! Sollten Sie Titel wünschen, die wir nicht am Lager führen, können wir diese für Sie in kürzester Zeit beschaffen. Wenn Sie jedoch glauben, nicht nach Düsseldorf kommen zu können, so haben wir noch einen Vorschlag: **Schreiben Sie uns** eine Postkarte und wir senden Ihnen unsere Kataloge zu. Aus ihnen können Sie ebenfalls alle wichtigen Neuerscheinungen aus der DDR kennenlernen. Übrigens: Unsere Buchhandlung ist von 9.00 Uhr bis 18.3o Uhr geöffnet. Durchgehend.



BRÜCKEN VERLAG GMBH
Buch-Import-Export
4 Düsseldorf, Postfach 1928

Inhalt

		Seite
Steffen Lehndorff	Für Demokratie und sozialen Fortschritt	3
Christoph Strawe	Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung	7
Gunnar Matthiessen	Vorläufige Anmerkungen zur allgemeinen Bedeutung des Rechtskartells in der Bundesrepublik	8
Beate Müller	Formierung der Rechtskräfte an der Universität	14
Jacques Nagels	Technokratische oder demokratische Strukturreformen an der Universtät	17
Klaus Peters	Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Psychologie	29
Frank Adler	Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie"?	37
Louis Althusser	Ideologie und ideologische Staatsapparate	43
Elisabeth Bessau	J. K. Galbraith und „Die moderne Industriegesellschaft" (Rezension)	58

Februar 1971

Impressum

facit – Zeitschrift marxistischer Studenten

Herausgeber: Christof K. Klevenheim (Marburg), Herbert Lederer (Essen), Mira Maase, Fred Schmid (München), Michael Maercks, Christoph Strawe (Bonn), Michael Kohnen, Peter Schöttler (Bochum), Elisabeth Bessau, Werner Loch (Köln)

Redaktion: Elisabeth Bessau, Gerhard Bessau, Christof K. Klevenheim, Michael Kohnen, Werner Loch, Michael Maercks, Peter Schöttler, Christoph Strawe (verantwortlich)

Anschrift für Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln 1, Breite Straße 141-143

Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), 5 Köln 1, Breite Straße 141-143, Postscheckkonto Köln: 1420 25

Einzelheft 1,– DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,– DM einschließlich Zustellgebühr

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Vertrieb: Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 235 Neumünster, Wendenstr. 4 a, Postfach 470.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster

Werner Treuheit

Sozialismus in Entwicklungsländern

Ägypten, Burma, Indonesien, Tansania, Westafrika

Sammlung Junge Wissenschaft

240 Seiten, glanzkart., DM 16,—

Kenneth M. Lewan

Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse

Kleine Bibliothek, Bd. 9

179 Seiten, engl. broschiert, DM 9,80

Hassan Nazari

Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl

Kleine Bibliothek, Bd. 7

217 Seiten, engl. broschiert, DM 9,80

Hanno Möbius

Arbeiterliteratur in der BRD

Industriereportagen und Reportageromane: Christian Geissler, Max von der Grün, Günter Wallraff

Sammlung Junge Wissenschaft

103 Seiten, glanzkart., DM 11,80

„Es kennzeichnet die Untersuchung von Möbius, daß er die Werke der Arbeiterliteratur nicht unvermittelt zur gesellschaftlichen Realität sieht. Die Anwendung des ‚Marx'schen Konfliktmodells des Historischen Materialismus' ermöglicht Möbius eine theoretische Bestimmung von Arbeiterliteratur, die sowohl deren gesellschaftliche Funktion in der Gegenwart wie ihre mögliche Funktion im Klassenkampf aufweist."

Das Argument

Berthold/Lozek (Herausgeber)

Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung Handbuch

566 Seiten, Leinen, DM 28,—

„Hier soll nur global darauf hingewiesen werden, daß im Rahmen der Kritik zugleich die wesentlichen, sozusagen die gesicherten Ergebnisse der DDR-Historiographie mitgeteilt werden. Darin liegt der so große informative Wert dieses Bandes."

Deutsche Volkszeitung

Pahl-Rugenstein

Für Demokratie und sozialen Fortschritt

Steffen Lehndorff

Sammlung der Reaktion, Formierung des Hochschulwesens und die Hauptaufgaben der demokratischen Opposition
(Plenumsbeitrag – gehalten auf dem VDS-Kongreß in Bonn am 16. 12. 1970).

Vertreter unterschiedlicher sozialer und politischer Gruppierungen sind heute in Bonn zusammengekommen, um gemeinsam über den Kampf für Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung zu beraten. Dies ist, so meinen wir, ein Novum, dessen Bedeutung uns namentlich im Brief von Professor Abendroth vor Augen geführt wurde.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß eine wesentliche Voraussetzung für das Zustandekommen dieses Kongresses die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Verbandes Deutscher Studentenschaften war. Die neu errungene Handlungsfähigkeit darf jedoch nicht als das Produkt technisch-kaufmännischer Konsolidierungsbemühungen mißverstanden werden. Vielmehr konnte die organisatorische Festigung dieses Verbandes nur auf der Basis eines neuen politischen Aktionsprogramms eingeleitet werden, eines Aktionsprogrammes, das den politischen Klärungsprozeß innerhalb der fortschrittlichen Studentenbewegung widerspiegelt.

Dieser Klärungsprozeß beruht wohl in erster Linie auf der Erkenntnis des sich immer enger gestaltenden Zusammenhanges zwischen wissenschaftlichen Tätigkeiten und materieller Produktion. Dies bedeutet, daß der Wissenschafts- und Ausbildungsbereich zu einem Brennpunkt der gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen wird, eines Kampfes, in dem die Mehrheit der in der Wissenschaft und Ausbildung Tätigen objektiv an die Seite der Arbeiterklasse gezogen wird. Deshalb können Wissenschaft und Bildung nur dann der Verfügung durch die herrschenden ökonomisch politischen Eliten entrissen und in den Dienst des sozialen Fortschritts und des friedlichen Zusammenlebens der Völker gestellt werden, kann der wissenschaftlich-technische Fortschritt nur dann von der arbeitenden Bevölkerung im eigenen Interesse gelenkt werden, wenn es den Arbeitern, Wissenschaftlern und Studenten gelingt, in den gemeinsamen politischen Kampf einzutreten. So erklärt sich die scharfe Widerspiegelung der politischen Gruppierungen der Gesamtgesellschaft an der Hochschule, so wird deutlich, daß der Hochschulkampf heute bewußt zu einem Bestandteil des gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen die Reaktion entwickelt werden muß.

Die Notwendigkeit, diesen Kampf jetzt entschlossen zu führen, konnte uns kaum plastischer vor Augen geführt werden als durch den Marsch der „Aktion Widerstand" auf Bonn am vergangenen Wochenende oder durch die jüngsten Vorgänge an der Marburger Universität, wo Studenten, die das Verteilen von Flugblättern der „Aktion Widerstand" nicht widerspruchslos hinnehmen wollten, von Angehörigen dieser neonazistischen Organisation mit Waffengewalt bedroht wurden. Diese Einzelbeispiele sind jedoch nur die gravierendsten Anzeichen der erstarkenden und sich sammelnden Bewegung aller reaktionären und konservativen Kräfte, die wir gegenwärtig sowohl im gesamtgesellschaftlichen Maßstab als auch im Hochschulbereich beobachten können.

Dieser systematisch betriebene Versuch der aggressivsten Kreise der Monopolbourgeoisie und ihrer politischen Vertretungsorgane und Repräsentanten, jeglichen Fortschritt in bezug auf Mitbestimmung und Demokratisierung zu verhindern, darf nicht als ein letztes Aufbäumen der ewig gestrigen verharmlost werden. Denn wenn wir die realen politischen Kräfteverhältnisse in Westdeutschland betrachten, erkennen wir die Gefahr von rechts in vollem Umfang.

Zwar konnte die politische Hauptpartei des Monopolkapitals, die CDU/CSU, von der unmittelbaren Regierungsgewalt verdrängt werden, weil sie sich nicht im erforderlichen Umfang als fähig erwies, eine in die Wirtschafts- und Finanzplanung integrierte Entwicklung der wesentlichen Infra-

strukturbereiche voranzutreiben, wirksame Konzepte für die Systemkonkurrenz mit dem Sozialismus zu entwickeln und ihre Integrationskraft gegenüber der anwachsenden demokratischen Bewegung zu stärken. Zwar stützen sich wesentliche Gruppen des Monopolkapitals politisch heute auch auf die SPD/FDP-Regierung, jedoch muß ihr Hauptinteresse darin liegen, beim Versuch die wissenschaftlich-technische Revolution optimal zu bewältigen und die außenpolitische Manövrierfähigkeit zu erweitern, jegliches Risiko für die eigene Herrschaft auszuschalten. Daß sie, von diesem Interesse ausgehend, nicht alles auf die SPD-Karte setzen können, verdeutlicht beispielsweise der Jahresbericht 1970 des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der die „gesellschaftspolitische Unrast" und „die Ungeduld, mit der vielfältige Reformwünsche vorgetragen werden", entschieden zurückweist. Ähnlich analysierte erst Mitte Oktober dieses Jahres auf dem CSU-Parteitag der Münchner Politologe Hans Maier, jenes mittlerweile zum bayerischen Kultusminister avancierte Gründungsmitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft, daß „die Koalition versäumt hat, den verfassungsmäßigen Rahmen deutlich zu machen, innerhalb dessen sich Reformen verwirklichen sollten und stattdessen mit der gefährlich vagen Formel der Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche die verfassungsrechtliche Entgrenzung der Reform zugunsten politischer Utopien proklamiert hat."

Die Monopolbourgeoisie muß deshalb, will sie auf der politischen Ebene ihre uneingeschränkte Schlagkraft wiedererringen und absichern, ihre politischen Kräfte sammeln und reorganisieren, um die verschiedensten Bevölkerungsgruppen wieder an sich zu binden. Dies kann ihr aber nur gelingen, wenn sie jegliche Erweiterung des Handlungsspielraums, den sich die demokratischen Kräfte unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung erkämpfen können, rechtzeitig vorbaut, wenn sie verhindert, daß eine breite Basis in der Bevölkerung für eine Entspannungspolitik den Weg für eine erneute aggressive Rollback-Strategie verbaut. Deshalb konzentrieren sich wesentliche Monopolgruppen zur Zeit darauf, alle Rechtskräfte zusammenzufassen, die konservativen bis hin zu den faschistischen in einem Kartell zu sammeln, das die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sofort zwingen soll, jeglichem demokratischen Druck in der Innen- und Außenpolitik zu widerstehen, um sie damit von den Interessen ihrer sozialen Basis zu isolieren, sie handlungsunfähig zu machen und schließlich wieder aus der Regierungsgewalt zu verdrängen. Deshalb ist das landläufige Bild von Franz Joseph Strauß in Seppelhosen vor den Kulissen des Bayerischen Waldes eine lebensgefährliche Bagatellisierung: Für wen Strauß in Wirklichkeit steht, deutet sein ehemaliger Berater Klaus Bloemer an: „Den entscheidenden Einfluß auf die Politik von Strauß ... dürfte sein Freundeskreis nehmen, der sich so zusammensetzt: 1. Exponenten der Export- und Wachstumsindustrien, die durch das Wirken von Strauß in den Regierungen von Adenauer und Kiesinger wesentlich profitiert haben. Diese Gruppe reicht von Flick über Quandt, Bölkow, Messerschmidt bis Siemens und schließt Teile der stahlverarbeitenden Industrie an Rhein und Ruhr sowie der Großchemie ein. Dazu kämen entsprechende Bankverbindungen und nicht zuletzt der expansionsträchtige Axel Cäsar Springer". (Vorwärts, Nr. 43, v. 23. 10. 69) Ebenso wäre der Bund Freiheit der Wissenschaft als organisierter Abgesang feudaler Ordinarienherrlichkeit gefährlich fehl eingeschätzt. Er soll vielmehr den Zweck erfüllen, als reaktionäres Sammelbecken im Hochschulsektor das Interesse vieler Hochschullehrer an größtmöglicher Sicherung ihrer Privilegien zu verschmelzen mit dem Bestreben des Großkapitals, sich die Hochschulen gemäß seiner Interessen an Maximalprofit innerer Reaktion und äußerer Aggression einzuverleiben.

Diese Rechtskräfte an den Hochschulen und in der gesamten Gesellschaft versuchen, nicht zuletzt mit allen Tricks der sozialen Demogogie, sich als politische Alternative aufzubauen. Doch wie diese Alternative in Wirklichkeit aussieht, wissen wir: Ordnungsrecht und Maulkorb für die Hochschulen, völkerverhetzende und arbeiterfeindliche Propaganda mit Hilfe des Springer-Konzerns, Unterdrückung jeglicher demokratischer Opposition, wenn es sein muß, mit Gewalt. Für die CDU/CSU darf es deshalb keinen Weg zurück in die Regierung geben.

Die wütenden Angriffe der Rechtskreise auf die sozial-liberale Regierungskoalition bieten zu der Vermutung Anlaß, daß diese Regierung entschiedene Antworten, wirksame Alternativen dem Rechtsdruck entgegensetze. Doch wie ist es zu erklären, daß der Entwurf eines Bundeshochschulrahmengesetzes keine der entscheidenden studentischen Mitbestimmungsforderungen

Hören Sie mal rot!

3 neue Schallplatten von Dieter Süverkrüp

Süverkrüps Hitparade

Die Revolution ist beendet – Konzertierte Aktion – Das gesunde Volksempfinden – Kunsthalle – Der heilige Vater – Bleimse mir doch weg mit Ihrem Scheiß-Vietnam – Lied – Machtwechsel – Für ein Schullesebuch gedacht – Ungeschminkter Protest – Die Kunst, Andersmeinende für den Sozialismus zu gewinnen – Lied vom Nutzen – Schlußchoral
30-cm-LP, stereo, S 22303, DM 20,–

Stille Nacht, allerseits!

Dieter Süverkrüp singt garstige Weihnachtslieder
Stille Nacht – Morgen kommt der Weihnachtsmann – Es ist ein Rot entsprungen – Leise schnieselt der Re-aktionär seinen Tee
17-cm-Single, stereo, Peng Nr. 5, DM 5,–

Der Baggerführer Willibald

Dieter Süverkrüp singt Kinderlieder
Ein rotes Kleberlein – Der Mai ist gekommen – Traktor-Lied – Der Baggerführer Willibald
17-cm-Single, stereo, Peng Nr. 6, DM 5,–

Verlag „pläne" GmbH
46 Dortmund, Huboldtstraße 12, Telefon 14 39 96

aufnimmt; wie ist es zu erklären, daß die Rüstungsausgaben wieder ansteigen, wo doch die Verträge von Moskau und Warschau die günstigsten Voraussetzungen für die Senkung der Rüstungslasten bieten; wie ist es zu erklären, daß der SPD-Parteirat einen Beschluß zur Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten faßt, der die fortschrittliche Bewegung entscheidend zu behindern vermag, wo doch die Praxis in Betrieben und Hochschulen diesen Beschluß täglich widerlegt? Ist das die Antwort der SPD-Regierung auf den Angriff von rechts?

Der Druck, der von rechts auf die SPD-Regierung ausgeübt wird, ist deshalb besonders erfolgreich, weil er sich auf einige neuralgische Punkte dieser Modernisierungspolitik konzentriert: So schießt der Bund Freiheit und Wissenschaft beispielsweise mit geballter Kraft auf die Mitbestimmungs- und Kontrollforderungen in Forschungsprozessen sowie in der Rekrutierung des Lehrpersonals. Dies sind deshalb neuralgische Punkte, weil die Entwicklung von Gesamthochschulen für hoch entwickelte kapitalistische Gesellschaften zwar eine Notwendigkeit wird, zugleich aber die Gefahr in sich birgt, von demokratischen Gruppen zur Einflußnahme auf Forschung und Lehre „mißbraucht" zu werden. So läßt sich für die Wissenschaftspolitik wie auch für zahlreiche andere politische Bereiche der gegenwärtigen Bundesregierung sagen, daß sie im großen Rahmen und in den meisten Details durchweg den Erfordernissen einer Modernisierung dieses Gesellschaftssektors gemäß den Interessen der herrschenden Kapitalgruppen entspricht. Die Rechtskräfte müssen deshalb versuchen, die in den Modernisierungsmaßnahmen für sie liegenden Gefahren für die unumschränkte Herrschaft des Monopolkapitals auszuschalten. Die Erfolge, die namentlich die CDU/CSU bei derartigen Versuchen zu verbuchen hat, führen uns unmißverständlich vor Augen, daß ein Erstarken der Rechtskräfte und letztendlich die Rückkehr der CDU/CSU in die Regierung nicht durch jene Untätigkeit der Bevölkerung zu verhindern ist, die angeblich dazu dienen soll, der SPD-Regierung freien Handlungsspielraum zu lassen, um sich ungehindert mit der Rechten auseinandersetzen zu können. Tatsächlich ist keine sozialdemokratische Regierung ohne die aktive Unterstützung durch die Bevölkerung handlungsfähig. Für alle Demokraten und Sozialisten in Westdeutschland bezeichnet dies die Aufgabe, die integrative Modernisierungspolitik der SPD zu nutzen, sich größeren Handlungsspielraum und bessere Ausgangspositionen für den demokratischen Kampf zu erringen, die Regierung zu zwingen, in allen wesentlichen Einzelfragen dem Rechtsdruck standzuhalten und breite Kreise der Bevölkerung für Forderungen zu mobilisieren, die die Regierung auf die nächstliegenden sozialen und politischen Interessen der abhängig Arbeitenden verpflichten.

Eine derartige Politik setzt insbesondere die Erhaltung und Stärkung der Gewerkschaften als unabhängige Organisationen der Arbeiterklasse voraus; ebenso ist es unsere Politik, den vds als unabhängige Massenorganisation der Studenten zu stärken.

Wenn die demokratische Bewegung diese Aufgaben in Angriff nimmt, wenn sie alle dazu bereiten Kräfte im Kampf gegen rechts zusammenfaßt, kann sie zu einem entscheidenden politischen Faktor in Westdeutschland werden. Für die Studentenbewegung ist dies zugleich ein Ansatz, aus der gesellschaftlichen Isolierung herauszukommen.

Ein derartiges Bündnis verschiedener sozialer und politischer Gruppen wird erst in vollem Umfang wirksam, wenn ein gemeinsames positives Alternativprogramm entwickelt wird, das gemeinsame Hauptinteressen an Mitbestimmung einheitlich vertritt.

Wir sind deshalb der Ansicht, daß nun in den Arbeitsgruppen das Interesse der verschiedenen Gruppen an Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung artikuliert und präzisiert werden sollte, um von diesem Kongreß jene vielfältigen Initiativen ausgehen zu lassen, die erforderlich sind, um den Kampf gegen rechts geschlossener und offensiver führen zu können.

FACIT abonnieren!

Ein Abonnement (= 5 Hefte) 5,– DM ohne Portokosten

Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung

Christoph Strawe

Anmerkung zur Bedeutung des Kongresses „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung für Demokratie und sozialen Fortschritt" am 16. Dezember in Bonn.

Die Mitgliederversammlung des VDS Ende 1970 in Marburg und insbesondere der von ihr initiierte, gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Bundesassistentenkonferenz durchgeführte Kongreß in Bonn, an dem über 2000 Vertreter der Hochschulen und von Arbeiter- und Jugendorganisationen teilnahmen, veranlaßt zu der Überlegung, an welchem Punkt eigentlich heute die demokratische und sozialistische Studentenbewegung nach all ihrer inneren theoretischen und praktischen Zerrissenheit und ihrer äußeren Isolierung angelangt ist.

Gewiß ist – und das ist wohl allen Teilnehmern des Kongresses bewußt geworden –, daß der Kongreß einen Wendepunkt in der Entwicklung der Studentenbewegung markiert, nämlich den Übergang von jener in der öffentlichen Meinung als APO-Zeit konsumierten Phase, zu jener eben auf dem Kongreß sichtbar gewordenen Phase der konkreten politischen Orientierung der Studentenbewegung auf hier und heute aktuelle und realisierbare Forderungen. Dieser Übergang allerdings ist nicht schlechthin als Abschied von gestern, sondern nur zu denken als bewußtes Aufarbeiten und Lernen aus begangenen Fehlern, ohne schon zugleich damit die positiven und weiterführenden Ansatzpunkte dieser Phase zu vergessen oder zu verwerfen.

Nichts wäre verhängnisvoller, als die gesamte, insbesondere unter der Führung des damaligen SDS sich vollziehende Studentenbewegung lediglich von ihrem Ende her – von ihrer theoretischen und praktischen Zersplitterung und ihrer konsequent daraus folgenden Isolierung – pauschal bewerten und ablehnen zu wollen. Dies würde allenfalls all jenen, für die diese Bewegung am liebsten nicht stattgefunden hätte, einen Gefallen tun.

Im Gegenteil, die wesentlich theoretischen und praktischen Perspektiven, die ein jetzt neu konsolidierter VDS zur Orientierung der fortgeschrittensten Studentenbewegung in seinem Aktionsprogramm und auf der Konferenz entwickelt hat, wären nicht ohne weiteres ohne die Vorarbeiten des SDS und ohne seinen zeitweilig erreichten Diskussionsstand möglich. Wenn wir heute von einer antiimperialistischen Kraft innerhalb der Studentenbewegung sprechen können, dann müssen wir auch die Impulse sehen, die durch die Anti-Notstands- und Vietnamkonferenzen des SDS gegeben wurden. Auf ihnen wurde frühzeitig der theoretische Einblick in den notwendigen Zusammenhang des Hochschul- und gesellschaftspolitischen Kampfes hergestellt und die theoretischen Grundlagen mitvorbereitet für die Analyse der gesellschaftspolitischen Ursachen des Vietnam-Krieges, der Notstandsgesetze, des Neofaschismus und der Hochschulformierung.

Letztlich war es der SDS selbst, der seinen eigenen konstruktiven Beitrag vergaß, weil er in der Einsicht begangener Fehler immer neu in ihr radikales, ebenso falsches Gegenteil verfiel. Die Ursache für das Scheitern seiner Politik lag eben in jener Unfähigkeit, auch die richtigen praktischen Konsequenzen aus dem von ihm selbst gestifteten Zusammenhang des Kampfes in Universität und Gesellschaft zu ziehen und die richtigen Bündnispartner, insbesondere die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, zu finden. Insofern mußte alle Strategie und Taktikdiskussion im luftleeren Raum und jenseits aller praktischen Anknüpfungspunkte steckenbleiben und nach und nach durch ihre mangelnde Realisierbarkeit der Studentenbewegung zeitweilig die politischen und organisatorischen Voraussetzungen für ihren effektiven Kampf entziehen.

Hierin liegt das entscheidende Merkmal dafür, daß der VDS und die ihn wesentlich tragenden politischen Studentenorganisationen SHB und Spartakus diesen Mangel der Vergangenheit überwunden haben und

sich mehr und mehr als fähig erweisen – anknüpfend an den realen Bedingungen und Interessen der Studentenbewegung –, die richtigen tagespolitischen Orientierungen zu vermitteln, die Isolierung zu durchbrechen und ihrem Kampf in enger Verbindung mit der politischen Aktivität der organisierten Arbeiterklasse eine politisch qualifiziertere und längerfristige Perspektive zu geben. Jetzt wird es darauf ankommen, daß die politischen Einsichten, Richtlinien und Aktionsansätze, die auf Bundesebene bislang hergestellt wurden, in den einzelnen Universitäten zu verdeutlichen, um sich dadurch in ihnen eine solide politische Basis zu verschaffen, die eine konsequente Fortführung des jetzt eingeschlagenen Weges ermöglicht. Es ist bezeichnend für die neue Qualität und Effektivität des VDS in der gesamtpolitischen Klassenauseinandersetzung in der Bundesrepublik, wenn die großbürgerliche Neue Zürcher Zeitung, die redaktionell zumeist nicht nach Sensationen, sondern nach politischer Gewichtung vorgeht, dem Kongreß in ernster Besorgnis zwei Spalten auf ihrer ersten Seite widmete. In der Tat ist durch die letzte Mitgliederversammlung und den Kongreß in Bonn eine Etappe eingeleitet, in der die demokratische und fortschrittliche Studentenbewegung beginnt, ein wirklich ernsthafter politischer Faktor in der Bundesrepublik zu werden, auf dessen schnelle Überlebtheit die gegnerischen Kräfte nicht mehr so leicht hoffen dürfen, wie es noch in der Phase des SDS der Fall war.

Vorläufige Anmerkungen zur allgemeinen Bedeutung des Rechtskartells in der Bundesrepublik

Gunnar Matthiessen

Erscheinung und Aufstieg der NPD in der Bundesrepublik waren es zuerst, die eine intensivere Neubeschäftigung mit den Faschismustheorien bewirkten und in Aufarbeitung der geschichtlichen Kontinuität und Entwicklung der Bundesrepublik zur Frage drängten, inwieweit in der NPD ein allgemeines Symptom für die neue Faschisierung unserer Gesellschaft zu sehen sei. Und nun haben wir all jenen Suggestivformeln der Kommentatoren in Rundfunk, Fernsehen und Presse zum Trotz, die nach jeder Landtagswahl mit der Abnahme der NPD-Stimmen auch eine des Neofaschismus insgesamt glaubhaft machen wollen, mit wachsender Besorgnis zu beobachten, daß eben in jenen Stimmverlusten, die gegenwärtig diese Partei unter besonderen Bedingungen hinnehmen muß, sich eine neue Qualität der Faschismusgefahr in der Bundesrepublik ausbildet, und zwar in Art der Verbreiterung seiner politischen Grundlagen über die Basis der NPD hinaus und in Art der Formierung des auf aggressive und autoritäre Herrschaftsformen orientierten Potentials unter der Führung vorwiegend der CSU, aber auch der politisch tonangebenden Kräfte der CDU. Damit nun ist der Neofaschismus, ganz im Gegenteil zur Verschleierungstechnik der öffentlichen Meinungsbildner, nicht zu einer gesellschaftspolitischen Randerscheinung vermindert, sondern im Ausbruch aus der Isolation, wenn auch in veränderter Form, mehr und mehr zu einem Faktor im politischen Leben der Bundesrepublik geworden, der droht, bestimmenden Einfluß auf die gesamte Entwicklung unseres gesellschaftlichen Lebens zu erhalten. Konkret für diesen Zustand stehen die radikalisierte politische Propaganda der CSU und CDU, der eben es zu verdanken ist, daß das Programm und der Sprachschatz der NPD immer gesellschaftsfähiger werden, das immer schroffere und aggressivere Auftreten der Vertriebenenverbände, die Konstituierung der „Aktion Widerstand", die Gründung der NLA und die Formierungsbestrebungen im Rahmen des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" an den Hochschulen. Wenn sich dabei dieser „Bund Freiheit der Wissenschaft" offensichtlich auf den ersten Blick nicht einfach und bedenkenlos einreihen läßt in diesen Aufmarsch der Rechtskräfte aufgrund der vielfältigen politischen Strömungen und Motive, die durch

einzelne Mitglieder in ihm zum Ausdruck kommen, so dies nur, weil es offensichtlich seine Initiatoren gegenwärtig für opportun halten, im Hinblick auf die große Sensibilität gegenüber einer Rechtsentwicklung in den Universitäten, nicht von Beginn an den wahren Charakter und die Funktion ihrer Vereinigung in aller Deutlichkeit sichtbar werden zu lassen, um sich so vorab einen gewissen Zuspruch zu sichern auch seitens der nicht an einer Rechtsformierung interessierten Hochschulkräfte und um sich damit den notwendigen Ausgangsspielraum zu verschaffen, der für die Verwirklichung ihrer Ziele unabdingbar notwendig ist: nämlich die weiterhin im spezifischen Interesse der Privatwirtschaft vollzogene autoritäre Kontrolle und Verfügung über den Wissenschaftsprozeß zu garantieren.

Wenn sich so zwar ihrer Form und ihrem besonderen Auftreten nach diese verschiedenen Gruppierungen voneinander unterscheiden, so erfüllen sie ihrem Inhalt und ihrer Funktion nach gleichwohl die Aufgabe, in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen die politisch-organisatorischen Voraussetzungen für das weitere Fortschreiten der Rechtskräfte zu schaffen. Gewiß ist es den demokratisch antifaschistischen Kräften in der Bundesrepublik durch ihr vehementes Auftreten gegen die NPD im Jahre 1969 gelungen, daß zumindest zuerst einmal diese Partei sich nicht durchsetzen konnte als der geeignete politische Rahmen, innerhalb dessen sich der Neofaschismus in der Bundesrepublik weiter ausbreiten konnte. Das aber konnte natürlich nicht bewirken, daß sich die gesellschaftspolitischen Kräfte, die auf totalitärere Herrschaftsformen nach innen und eine aggressivere Haltung nach außen drängen, nun ein für allemal von ihrem Versuch abließen. Sondern es hat sie dazu bewogen, nach anderen besser geeigneten und effektiveren Methoden zur Durchsetzung ihrer Ziele sich umzuschauen. Dieses Umschauen aber findet keineswegs in der Form des Experimentierens statt, auch so ließe sich ja die Vielfältigkeit der einzelnen Gruppierungen erklären, sondern in der Art zielgerichtet, daß man auf der einen Seite sich mehrere Möglichkeiten in bestehenden oder neu zu gründenden Organisationen schafft, um sich so eine umfassende Massenbasis zu mobilisieren, daß es aber andererseits, um eine konkurrierende Parallelität zu vermeiden, darum geht, diese verschiedenen Initiativen unter eine geschlossene Führung zusammenzufassen. Franz Josef Strauß ist gegenwärtig der Politiker, der sich immer nachdrücklicher und offensiver als der Mann anbietet, unter dessen Führerschaft sich dieser Neofaschismus zu einer durchschlagenden politischen Kraft in der Bundesrepublik entwickeln soll. Und damit nun sind die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik vor neue theoretische Aufgaben gestellt, insbesondere vor die einer umfassenderen Aufarbeitung der Faschismus-Analysen und ihrer Anpassung an die konkrete politische Situation hier und heute in der Bundesrepublik, sowie mit der Notwendigkeit konfrontiert (dies gilt vor allem für die Studentenbewegung), eine Strategie- und Taktikdiskussion zu führen, die nicht mehr, wie ehemals, über die realen Ansatzpunkte und Möglichkeiten hinweg sich vollzieht, sondern ausgehend von den Erkenntnissen im Rahmen der Faschismus-Analyse an die konkreten Bedingungen anknüpft.

In der Phase des Kampfes gegen die NPD war es vorrangig zu fragen, inwieweit in der NPD eine bloß isolierte Erscheinung innerhalb der politischen Entwicklung der Bundesrepublik zu sehen sei oder wieweit es notwendig sei, sie als sichtbarstes Symptom für eine unterschwellige Faschisierung zu sehen und sie in Beziehung mit der Politik der CDU/CSU zu setzen. Zugleich aber stellte sich auch die Frage, ob es trotz des Einblicks in den Zusammenhang der NPD mit der politischen Entwicklung der Bundesrepublik richtig sei, sich dennoch vorerst einmal wesentlich auf Aktionen gegen diese Partei zu konzentrieren, weil sie für mehr Menschen unmittelbar einsichtiger seien als die theoretisch zwar richtige, aber den allgemeinen Bewußtseinszustand zu schnell überspringende Herstellung der Verbindung zwischen NPD und CDU/CSU-Politik. Heute dagegen stellen sich bei zunehmender Organisiertheit und Massivität der neofaschistischen Gewalt und ihrer immer mehr Menschen faßbaren Evidenz auch in den großen politischen Parteien CDU/CSU die Fragen grundsätzlicher nach den gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen. Auf sie werden wir in den nächsten Ausgaben von facit in gesonderten Artikeln näher eingehen. Hier sollen im aktuellen Zusammenhang mit den politischen Richtlinien, die der VDS in seinem Aktionsprogramm gibt, und im Zusammenhang mit dem Kongreß, den er gemeinsam mit der GEW und der BAK zu Fragen der

Rechtsentwicklung und der Demokratisierung der Wissenschaft in Bonn durchführte, allgemeine Anmerkungen zur Bedeutung und politisch-ökonomischen Grundlage des Rechtskartells in der Bundesrepublik gemacht werden.

Dies scheint um so notwendiger, als gegenwärtig zwei Tendenzen in der Diskussion immer wieder auftauchen, die eine richtige Einschätzung des Faschismus und die aus ihr zu gewinnende Strategie und Taktik erschweren. Auf einen vereinfachten Nenner gebracht, zeichnet sich die eine dadurch aus, daß sie nicht in der Lage ist, den Zusammenhang zwischen Faschismus und Imperialismus herzustellen, und die andere dadurch, daß sie Faschismus und Imperialismus differenzlos identifiziert. Das macht vorab einige Bemerkungen zu diesen beiden Begriffen notwendig. Einmal, um sie auseinander halten, zum anderen, um ihren Zusammenhang herstellen zu können.

Imperialismus bezeichnet nicht, wie es die meisten bürgerlichen Lexika gemeinhin tun, die Großmachtpolitik irgendeines Landes, und er ist somit kein Begriff, der sozialökonomisch neutral an bloß politischen Erscheinungsformen aus- und festzumachen wäre. Unter Imperialismus haben wir eben jenes geschichtliche Stadium des Kapitalismus zu verstehen, das charakterisiert ist durch den Übergang aus der Phase der freien Konkurrenz in die Phase der Monopolisierung. Unter den Bedingungen der sich rasch vollziehenden Konzentration und Zentralisation der Kapitalien und der zunehmenden Vergesellschaftung der Arbeit ist es das ökonomische Hauptmerkmal des Imperialismus, daß ihm sein eigener, nationaler Rahmen zu eng wird und er über die Grenzen hinaus in Form des Kapitalexports dazu tendiert, alle anderen Länder in seinen kapitalistischen Sog einzubeziehen und sie seinen Interessen zu unterwerfen. Und ebenso ist binnenwirtschaftlich sein ökonomisches Hauptmerkmal die wachsende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten großer Konzerne, die mittels ihrer immensen Macht mehr und mehr den gesamten Wirtschaftsprozeß nach ihren Interessen diktieren. In Konsequenz dieser ökonomischen Expansion nach innen und außen vollzieht sich der Monopolisierungs- und Zentralisierungsprozeß zugleich als der politische Versuch des Großkapitals, bei immer enger werdender sozialer Herrschaftsbasis seine Macht und damit die Existenz des gesamten Systems mit den vielfältigsten repressiven Methoden, angefangen von der Manipulation bis hin zum brutalen faschistischen Terror, zu sichern. Objektiv ist damit der ökonomische von einem politischen Konzentrationsprozeß begleitet, der folgerichtig, insbesondere unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und damit der erschwerten und komplizierten Produktions- und Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus in die Phase der staatsmonopolistischen Regulierung hinüberwächst. In ihr haben wir eben jenen gegenwärtig zu beobachtenden Ausbau der Funktion des Staates zu einem Instrument kurz- und längerfristiger Planung des gesamten sozialökonomischen Prozesses zu sehen, das heute unter den Bedingungen des Komplexcharakters von Wirtschaft und Gesellschaft eine unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums, und das heißt für die Sicherung der Monopolprofite, bedeutet. Und parallel zur Konzentration der ökonomischen Entscheidungsbefugnisse in Händen des Staates, in dem allen Großkapitalen gemeinsamen Interesse der Aufrechterhaltung des Systems, vollzieht sich sogleich der Versuch der politischen Machtkonzentration derart, daß alle formal demokratischen Entscheidungsstrukturen zugunsten eines reibungslosen Herrschaftsprozesses abgebaut werden. In der Bundesrepublik hat er sich unter dem Namen der „inneren Staatsreform" weitgehendst vollzogen, angefangen von der Notstandsgesetzgebung über Finanz-Verwaltungsreform bis hin zur Hochschulrahmenplanung. Welche Formen nun der Imperialismus zur Durchsetzung dieser Ziele anwendet, hängt nicht allein von der freien Entscheidung seiner Träger ab, sondern vielmehr im internationalen und nationalen Maßstab von dem vorfindlichen Aktionsspielraum, dessen jeweilige Größe determiniert ist durch die sozialistischen Staaten, durch die politischen Aktivitäten der westlichen Arbeiterklasse und die Vehemenz der antiimperialistischen Befreiungskriege. Nicht also von der jeweiligen Form des Auftretens der führenden Fraktionen des Großkapitals her kann entschieden werden, ob es sich um Imperialismus oder Nichtimperialismus handelt. Im Gegenteil einerlei von der Form dieses Auftretens ist überall dort von Imperialismus zu sprechen, wo Ökonomie und Politik nach den Bedingungen des Großkapitals organisiert sind.

Paul Celan
Schneepart
Letzte Gedichte
96 S. Leinen
ca. DM 14.–

Ingeborg
Bachmann

Malina
Roman
ca. 340 S. Leinen
ca. DM 20.–

SPECTACULUM
Band 14
Sechs moderne
Theaterstücke
ca. 300 S. Ln. DM 14.80
Im Abonnement 12.80

H. C. Artmann
How much,
Schatzi?
ca. 180 S. Leinen
ca. DM 16.–

Literarisches
Programm
Suhrkamp

1. Halbjahr 1971
Bitte Prospekte
anfordern:
Suhrkamp Verlag
6 Ffm., Postf. 2446

Peter Hacks
Vier
Komödien
ca. 224 S. Leinen
ca. DM 22.–

Ror Wolf
Punkt ist Punkt.
Fußball-Spiele
ca. 90 S. Abb. Kart.
ca. DM 10.–

Wolfgang
Hildesheimer
Mary Stuart
Eine historische Szene
ca. 90 S. Brosch.
ca. DM 14.–

Ödön
von Horváth
Gesammelte
Werke,
Band III
ca. 600 S. Leinen
ca. DM 40.–/48.–

Grace Paley
Fleischvögel
Schöne Geschichten
ca. 200 S. Leinen
ca. DM 20.–

Marcel Proust
Auf der Suche
nach der
verlorenen Zeit
Einmalige Sonderausgabe. 3 Bände.
Leinen kasch. DM 60.–

Herbert
Achternbusch
Die Alexanderschlacht
ca. 220 S. Kart.
ca. DM 14.–

Josef W. Janker
Der Umschuler
Prosabericht
ca. 120 S. Kart.
ca. DM 12.–

Fritz J. Raddatz
Literatur
der DDR
Tradition und
Tendenzen
ca. 550 S.
Leinen ca. DM 34.–
Kart. ca. DM 22.–

James Joyce
Werke, Band II
528 S. Leinen
ca. DM 36.–/48.–

Stephen
der Held.
Ein Porträt des
Künstlers als
junger Mann

Nelly Sachs
Teile dich
Nacht
Die letzten Gedichte
ca. 80 S. Kart.
ca. DM 12.–

Suche nach
Lebenden.
Die Gedichte
der Nelly Sachs.
2. Band
ca. 160 S. Leinen
ca. DM 24.–

Vintila
Ivanceanu
Aus
Roman
ca. 140 S. Leinen
ca. DM 16.–

Faschismus dagegen ist nur eine, wenn auch besonders in Krisenfällen dominante Herrschaftsform dieses Monopolkapitals neben anderen. Faschismus ist damit aber auch eben monokapitalistisch und nicht, wie es häufig von liberalen Theorien her versucht wird nachzuweisen, eine klassenneutral beliebige Herrschaftsform oder gar eine der politisch und ökonomisch entwurzelten und liquidierten Mittelschicht. Der subjektive Faktor des Faschismus, das heißt seine Massenbasis, darf nicht verwechselt werden mit seiner sozialen und politischen Funktion, die bestimmt ist durch die Interessen der dominanten Großindustrie.

In der Bundesrepublik nun sind wir über diese allgemeine Bestimmung hinaus vor das konkrete Problem der Erklärung gestellt, wie es einerseits durchaus durch Unterstützung von führenden Kräften der Großbourgeoisie zu der Koalition SPD/FDP kommen kann, deren Innen- und Außenpolitik ja vom Boden großkapitalistischer Interessen her vollzogen wird, und zugleich zu einer Radikalisierung der traditionellen Kapitalparteien CDU/CSU, die sich ihrer Erscheinung nach immer offensichtlicher als Polarisierungsprozeß gegenüber der SPD darstellt. Eine gewiß zutreffende Antwort hierauf ist der Hinweis auf den Polarisierungsprozeß, der innerhalb der verschiedenen Fraktionen der Großbourgeoisie selbst stattfindet und begründet ist durch unterschiedliche politische und ökonomische Interessenlage. Zuerst einmal ist es jene zumeist in Bayern konzentrierte Rüstungsindustrie, die hinter Strauß in Widerspruch geraten ist zu jenen Modifikationen, wie sie die sozialdemokratische Partei in ihrer Ostpolitik vollzieht, weil sie einmal von Haus aus und der Natur ihrer Produktion nach außenpolitisch aggressiver ist und zum anderen aus konkret ökonomischen Erwägungen heraus befürchten muß, daß ein weiteres Fortschreiten der Entspannungsmaßnahmen der Rüstungsproduktionen ihren Legitimationsboden entziehen muß und damit eine wesentliche Quelle der Profitrealisierung beseitigt. Auf der anderen Seite sind es eben gerade jene großindustriellen Kräfte, die sich unter dem wachsenden ökonomischen Konkurrenzdruck der USA und ihrer Repressionsmaßnahmen nach neuen Realisierungsmöglichkeiten von Monopolprofiten umsehen und ihre Chance in einer Intensivierung des Ost/West-Handels entdecken, in deren Folge ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den USA gestärkt und kontinuierlichere Bedingungen für das wirtschaftliche Wachstum garantiert werden können. Diese auf das koexistentielle Verhältnis zu den sozialistischen Ländern orientierten Monopolgruppen sind es, die gegenwärtig sich zu einer stärkeren Unterstützung der SPD und FDP veranlaßt fühlen, weil sie hierin einen politischen Ausgangspunkt für die größere Selbständigkeit Westeuropas im Rahmen einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit gegenüber der ökonomischen und politischen Vormundschaft der USA sehen.

Unter dem spezifischen gegenwärtigen politischen Verhältnis in der Bundesrepublik sind solche annähernden Einteilungen durchaus legitim und zutreffend, wenn sie auch nicht die gesamte Komplexität und Differenziertheit des Polarisierungsprozesses innerhalb der einzelnen monopol-kapitalistischen Fraktionen erfassen können. Konkret für diese Einschätzung spricht gegenwärtig, daß sich die Oppositionen des rüstungsindustriellen Kapitals gegenüber der FDP/SPD insbesondere an deren Außenpolitik entzündet. Ein Blick aber zurück auf die Verhältnisse in den USA unter der Administration Kennedys zeigt, daß diese Schnittlinie, die gegenwärtig in der Bundesrepublik festzustellen ist, keineswegs eine allgemeingültige und von den jeweiligen konkreten Bedingungen unabhängig ist. Unter der Regierung Kennedys, der ja für die USA die neuen Richtlinien der Ostpolitik verbindlich formulierte, war es keineswegs die Rüstungsindustrie insgesamt, die zu ihm in Konfrontation geriet, sondern hier ging die Schnittlinie durch die einzelnen Fraktionen der Rüstungsmonopole hindurch, wobei es aufgrund einer Umstrukturierung des Bewaffnungssystems insbesondere die konventionelle Rüstungsindustrie, nämlich die Schwerindustrie war, die in Opposition zum neuen Kurs auf die Förderung von Goldwater setzte, während es auf der anderen Seite insbesondere die Elektroindustrie war, die maximal ihre Interessen in Kenedys Politik vertreten sah. Und insgesamt problematisch wird diese Aufteilung der einzelnen Monopolgruppen dann, wenn es um die Differenzierung im Hinblick auf die inneren politischen Herrschaftsformen geht. Denn tendenziell stellt der Faschismus für alle ununterschieden unter staatsmonopolistischen Bedingungen die beste Herrschaftsform dar, weil sie die besten Möglichkeiten zur Mobilisierung des gesamten ökonomischen Potentials

im Interesse des Großkapitals bei Ausschaltung aller Reibungsverluste durch demokratischen Widerstand der Arbeiterbewegung ermöglicht. So müssen also keineswegs schon jene Kräfte innerhalb der Großbourgeoisie, die auf den Ost/West-Handel aus einer aktuellen Interessenlage heraus setzen, den totalitären Herrschaftsformen im Inneren abgeschworen haben, wenngleich auch sie in ihre Überlegungen einbeziehen müssen, daß solche nach innen gerichteten reaktionären Maßnahmen auch negative Auswirkungen auf den Umfang des Ost/West-Handels haben müssen durch eine wachsende Distanziertheit und einen zunehmenden Widerstand der sozialistischen Länder. So sehr es also in der gegenwärtigen Situation möglich und auch richtig ist, jene Monopolgruppen zu lokalisieren, die mehr auf eine SPD/FDP-Regierung setzen, und die, die hinter Strauß auf eine neofaschistische Entwicklung hin drängen, so sehr besteht auch die Gefahr einer allzu statischen und mechanistischen Betrachtungsweise dieser Gruppierungen, wenn immer neu die Aufforderung wiederholt wird, sie doch einmal exakt und definitiv im einzelnen zu nennen und zu umreißen. Denn wieweit sich das strategische Ziel des Faschismus innerhalb des Monopolkapitals manifestiert und auch realisieren kann, ist nicht allein, wie schon erwähnt, von seinem Belieben abhängig, sondern von dem Kräfteverhältnis, das er vorfindet. So ist es durchaus nicht zufällig, wenn eben solche Leute wie Abs zu einem bestimmten Zeitpunkt sich eher für eine SPD-Regierung aussprechen, weil sie in ihr den aktuell besseren Garanten ihrer Interessen sehen auch und besonders im Hinblick auf die Integration der Arbeiterklasse in das bestehende System, eben dann, wenn diese Strategie erfolgreich verläuft und die traditionellen Kapitalparteien sich in der Opposition politisch und im Hinblick auf ihre Vertrauensbasis in großen Teilen der Bevölkerung rekonstruieren konnten, wieder auf sie als dem sichereren Interessenfunktionär setzt. Somit hängt der Entscheidungsprozeß innerhalb der einzelnen Monopolfraktionen durchaus auch direkt von dem Umfang und Intensität der Aktionen der demokratischen Kräfte ab, denen es in keinem Fall gleichgültig ist, ob sie unter den brutalen, jeden Ansatz erstickenden Herrschaftsmethoden für ihre Ziele kämpfen müssen oder unter den zwangsläufig mehr Spielraum gewährenden Integrationsmethoden einer SPD und FDP. Der Umfang der Entscheidung für die Möglichkeit des Faschismus innerhalb der Monopolbourgeoisie verhält sich also proportional zu der Geschlossenheit und Nachdrücklichkeit unserer Gegeninitiativen.

Neuerscheinung_facit_Reihe 6

Für die siebziger Jahre eine Philosophie des Stückwerks?

Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert

von Harald Wessel

32 Seiten 1,– DM

Formierung der Rechtskräfte an der Universität

Beate Müller (Spartakus-AMS, Frankfurt)

Unter der Parole „der Feind steht links" konstituierte sich am 18. November der Bund „Freiheit der Wissenschaft":
1500 Professoren, Assistenten, Industriemanager u. deren Strohmänner. Schon im Juni hatten sich die Rechten zusammengesetzt, einen Kampfbund wider die Übernahme der Universität, als der schwächsten Institution dieser Gesellschaft, durch den Urfeind, den Weltkommunismus, zu verhindern.

Richard Löwenthal, Mitbegründer des „Kongresses für kulturelle Freiheit", mit dem der CIA seine Strategie des Antikommunismus und des Aufbaus einer proamerikanischen Leistungsgesellschaft im Raum von Wissenschaft und Künsten verfolgte. Heute vertritt er in der SPD eine harte Linie gegen die Jusos und hat mit dem Ziel der Ausschaltung des linken SPD-Flügels, die Studie zur Abgrenzung der SPD vom Kommunismus verfertigt. Vom selben Flügel: **Lübbe** und **Hennis.**

Von der CDU/CSU: **Hans Maier,** Kultusminister der bayerischen Landesregierung, oder: **Schröder** u. **Stoltenberg**, die kalten Krieger und Streiter für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Und von der Großindustrie: wieder **Stoltenberg,** Vorstandsmitglied des Krupp-Konzerns, **Kaufmann,** Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst; **Broker,** Präsident der Landeszentralbank Hessen; Johann Friedrich **Bethmann** von der Gebr. Bethmann-Bank, etc. etc.

Eines läßt sich beim Anhören dieser Namen schon feststellen: daß es sich bei diesem Kampfbund nicht um eine Sammelorganisation vertatterter Professorenopas handelt, die sich krampfhaft an ihre anachronistischen Privilegien festklammern, sondern um ein Bündnis von Industrieprofessoren, rechter SPD und CDU, und deren Hintermänner aus der westdeutschen Großindustrie, vor allem aber der Rüstungsindustrie, Gruppen also, die eine Demokratisierung der Hochschule auf jeden Fall verhindern wollen.

Dies, angesichts einer SPD/FDP-Regierung, die mit ihrer Ostpolitik das Problem der Kapitalverwertung auf friedlichem Wege anzugehen versucht, indem den Monopolindustrien (siehe Auto- und Röhrengeschäft) die Chance gegeben werden soll, sich unbeeinflußt von den westlichen Krisen längerfristige Profite in den sozialistischen Staaten zu sichern. Damit soll verhindert werden, daß das Kapital bei Flauten in den Rüstungssektoren abfließt, was eine Stärkung des militärisch-technischen Komplexes zur Folge hätte. Denn damit hätte sich zugleich das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Reaktion verschoben, was wiederum Einfluß hätte auf die Haltbarkeit der Bonner Koalition. Die SPD befindet sich immer in dem Dilemma, daß sie als Partei in der Klassengesellschaft von der herrschenden Klasse, der Monopolbourgeoisie, abhängig ist, sich aber den Forderungen ihrer sozialen Basis, immer noch der Arbeiterklasse, nicht ganz verschließen kann; denn der Monopolbourgeoisie wäre es ein leichtes, sich eine andere Partei zum Sachwalter ihrer Profite zu machen. Einen Kompromiss, der diesen Widerspruch in sich hat, stellt auch die Bildungspolitik der Regierung dar. Gesamtschule, Lehrmittelfreiheit, Ausbau des 2. Bildungsweges etc. sollen Bildungsschranken abbauen, mit dem Ziel, die Qualifikation der Arbeitskräfte zu steigern, was angesichts einer immer mehr auf der Verarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse beruhenden monopolistischen Industrie notwendig geworden ist. Die sogenannte Mitbestimmung an Hochschule und Schule (siehe Friedeburgentwurf) soll die Klassenauseinandersetzungen an diesen gesellschaftlichen Sozialisationsinstitutionen kanalisieren, womit Aktionsraum gewonnen werden soll für die Einführung von Maßnahmen, die die Produktionskosten der Arbeitskraft, der Studenten u. Schüler, senken und ihre fachliche Spezialisierung vorantreiben. In diesem Rahmen lassen sich auch das Hessische Hochschul- und Unigesetz und

der 1. Entwurf der Leussinkthesen interpretieren.
Dem Einfluß der aggressiven Teile der Monopolbourgeosie insbesondere den Exponenten der Rüstungsindustrie, haben wir es zu verdanken, daß die minimalen Mitbestimmungsmöglichkeiten, die in den früheren Plänen noch enthalten waren, nun völlig wegfallen sollen. Der 2. Referentenentwurf Leussinks ist das Resultat einer solchen Intervention: die Großindustrieordinarien und eine immer stärker werdende Fraktion der Monopolbourgeoisie, die offen reaktionären Praktiken in ihrer Taktik den Vorzug geben, haben direkt über zum Teil informelle „Anhörung" beim Ministerium und indirekt über Länderregierungen u. die Kultusministerkonferenz ihren Standpunkt durchgesetzt. Bei der Mitwirkung in Fragen von Forschung und Lehre ist jetzt überhaupt nicht mehr von Studenten die Rede. Dafür dürfen die in § 3 „aufgrund ihrer bisherigen Leistungen" zu Nachwuchskadern für die Großindustrie bestimmten Graduierten, die künftigen ‚Professoren und Assistenzprofessoren' mitwirken!

In diesem Entwurf spiegeln sich genau die Interessen einer Fraktion der Monopolbourgeoisie wider, die es sich nicht leisten kann, ihre zwielichtigen Unternehmungen offenzulegen; denn wenn es gelänge, den irrationalen Charakter der Rüstungswirtschaft mit dem Widerspruch zwischen der Drosselung der Massenkaufkraft und der Kapitalvernichtung durch Rüstungsinvestitionen den arbeitenden Massen klar zu machen, könnten das unabsehbare Folgen für die Existenz des Systems haben. Deshalb ist diese Fraktion des Kapitals immer interessiert, den Kreis ihrer bestochenen Mitwisser klein zu halten und die Unzufriedenen in dieser Gesellschaft mit der Ideologie des Antikommunismus zu täuschen und auf ihren Leim zu locken.
Der wachsende Einfluß der Monopole an den westdeutschen Universitäten hat auch eine immer größere Zahl von Ordinarien direkt mit der Großindustrie in Verbindung gebracht. Es gibt kaum noch Professoren an den naturwissenschaftlichen Fakultäten — aber auch in den Geisteswissenschaften —, die sich nicht mit einem Forschungsauftrag von der Industrie schmücken können. Von solcher Art sind auch die Professoren, die sich im Bund Freiheit der Wissenschaft zusammengeschlossen haben. So fordert Richard Löwenthal in seinem Hochschulreformentwurf: „Forschungsvorhaben können innerhalb der Hochschule nur von Wissenschaftlern entschieden werden. Die letzte Entscheidung der Öffentlichkeit (!) über ihre Prioritäten wird durch die Notwendigkeit der Mittelbewilligung gesichert." Wer diese ominöse Öffentlichkeit ist, zeigt sich an anderer Stelle: „Die Festsetzung der Berufsanforderungen ist keine innere Angelegenheit der Hochschule, sondern Sache der Gesellschaft in Zusammenarbeit staatlicher Organe und betroffener Gruppen." (Wobei der betroffenen Gruppe der Studenten jede Einflußmöglichkeit genommen werden soll.) Mit diesen Paragraphen soll der Einfluß der Monopolbourgeoisie, denn auf **sie** ist Gesellschaft hier reduziert, zementiert werden.

Zunächst waren diese Kreise, angesichts der Studentenrebellion, im Sinne einer Konfliktbefriedigung dafür, drittelparitätische Gremien einzuführen; als sie aber merkten, daß linke Studenten diese Gremien dazu nutzten, marxistische Lehrkräfte und Programme in die gängigen Lehrbetriebe einzuschleusen, wie z. B. am Berliner OSI, oder daß sie bei wissenschaftlichen Forschungsprojekten in der NatFak oder der Wiso nachhakten — wie das auch in Frankfurt gemacht wurde — und die Informationen aus den Gremien zur Mobilisierung der Masse der Studenten verwandten (wie es der Spartakus versucht), — in diesem Moment sahen diese Kreise ihre Interessen gefährdet.

Eine Organisation zu gründen tat not, — eine, die den Monopolen die Freiheit garantierte, ungestört ihre Projekte an der Universität auszuführen, wobei sie der Mithilfe der Ordinarien bedurfte und den Ordinarien die Freiheit verschaffte, ohne den störenden Einfluß von Studenten diese Projekte auszuführen.
Konkretes Ziel mußte deshalb sein: die Ausschaltung aller sozialistischen und demokratischen Kräfte an der Hochschule.

Erster Schritt zu diesem Ziel: zur Stärkung der Schlagkraft des Bundes mußte der Kreis der Gönner aus der Großindustrie und der Bündnispartner in Parteien und Verbänden zwecks Lobbybildung vergrößert, die Basis mußte verbreitert werden. Zu diesem Zweck ließen die Herren ein Gespenst wieder auferstehen in Deutschland, das Gespenst des Kommunismus, und zwar so, daß dem letzten Provinzprofessor das Schaudern über den Rücken lief und sich so manchem Großindustriellen Herz und Geldbeutel öffnete: „Die unbegrenzte Mitbestimmung der Studen-

ten ist das Brecheisen, mit dem die deutsche Universität, als schwächste Institution dieser Gesellschaft, aus den Angeln gehoben werden kann." Oder an anderer Stelle im Gründungsaufruf: „Wir werden dabei insbesondere die jungen Wissenschaftler gegen die entwürdigenden Abhängigkeiten verteidigen, in die sie zu geraten drohen. Wenn Professoren diffamiert und ausgesperrt, wenn Assistenten von aufgeregten Kollektiven boykottiert, wenn Studenten gegen ihren Willen indoktriniert werden, so werden wir Anklage erheben und nach besten Kräften Hilfe leisten."

So fordert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder in einem Rundschreiben auf, den HPI, das Organ des Bundes Freiheit der Wissenschaft, zu abonnieren bzw. Abonnements zu spenden, denn: „Wir messen dieser Reformbewegung darum große Bedeutung bei, weil sie in der teilweise explosiven Auseinandersetzung in der Hochschulpolitik die Stimme der Vernunft artikulieren möchte." Wie diese Vernunft dann aussieht, kann man an den Aktivitäten der neugegründeten Basisgruppen des Rechtskartells an den verschiedenen Hochschulen ganz gut ablesen, so z. B. die „Liberale Hochschulreform", der Frankfurter Ableger des Freiheitsbundes.
Welcher Art die Studenten sein sollen, die sich die Freiheitsbündler wünschen, kann man daran sehen, wen sie sich bei der Gründungsfeier als Ordner aussuchten: Studenten des Bonner NHB, RCDS und ADS. Denen gefiel ihre Rolle besonders gut, eine Rolle, die sie schon so gut beherrschten, als sie noch im Bonner AStA saßen und dort mit Polizeigewalt die linken Fachschaftsvertreter aus den AStA-Räumen herausprügeln ließen.

Ihr Geld wert sind die rechten Studentengruppen, das haben sie seit Jahren zu beweisen gesucht: 1968 erhebt der NHB Frankfurt Verfassungsbeschwerde gegen das politische Mandat des AStA. Parteipolitik müsse aus der Hochschule ganz herausgehalten werden; das meint ADS auch noch 1970, jedenfalls im Kontrapunkt, z. B. was den § 6 im HUG betrifft (Alle haben die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse mitzubedenken). ADS: „Diese Vorschrift (Unijargon: Spitzelparagraph) eröffnet wegen ihrer ungenauen und ausufernden Fassung manigfaltige Mißbrauchsmöglichkeiten. Der Wortlaut ermöglicht Interpretationen, die aus Gründen nichtwissenschaftlicher, politischer Art zur Bekämpfung nicht genehmer Forschungen und Lehrmeinungen angewendet werden können." Womit wir wieder bei den Bedürfnissen der Monopolbourgeoisie an der Universität wären. Gut paßt dazu das vertrauliche Geständnis des RCDS-BV's einem Geldgeber der „Zürich"-Versicherung gegenüber: „Der RCDS verteidigt als einer der letzten Verbände an den deutschen Hochschulen energisch das System in der BRD und erfüllt damit eine für die ganze Gesellschaft wichtige Funktion. Wir machen dabei keinen Hehl aus unserer Präferenz für die CDU/CSU, weil wir der Auffassung sind, daß wir auf diese Weise am besten unsere Vorstellung zur Reform und Verbesserung der Demokratie in der BRD verwirklichen können."

Übringens macht auch der Bund Freiheit der Wissenschaft aus seinen Präferenzen gegenüber der CDU/CSU keinen Hehl: aus einer gemeinsamen Plattform von BFW und CDU: „Energischen Widerstand gegen offene Rechtsbrüche radikaler Gruppen, die innerhalb und außerhalb der Hochschule unverhüllt die Beseitigung unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung anstreben. Zur Verwirklichung dieser Ziele werden sich die Gesprächspartner nachdrücklich für die notwendige Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre in den Hochschulgesetzen von Bund und Ländern einsetzen."

Eines ist jedenfalls sicher, wir können uns nicht mehr damit trösten, daß die Professoren zu unorganisiert, zu doof und zu ängstlich sind, das Kulturministerium weit weg, der Einfluß der Großindustrie kaum zu spüren und die Öffentlichkeitswirkung der rechten Studentengruppen kaum der Rede wert sei. Aus der Formierung der Reaktion in der letzten Zeit in der gesamten BRD, aber nun auch in unserem Arbeitsort Universität müssen wir lernen, daß wir gemeinsam gegen die Rechtskräfte vorgehen müssen, wenn wir nicht eines Tages vor Tatsachen gestellt werden wollen, die nicht mehr revidierbar sind. Deshalb fordern wir alle Sozialisten und Demokraten auf, sich aktiv für den Kampf gegen das Rechtskartell einzusetzen.

Technokratische oder demokratische Strukturreformen an der Universität

Jacques Nagels (Mitglied des Exekutiv-komitees der Kommunistischen Partei Belgiens)

Seit der Erneuerung der Universität stehen sich zwei antagonistische Kräfte gegenüber: die einen kämpfen für eine demokratische und die anderen für eine technokratische Reform.
Die ersteren wollen die Universität von Grund auf verändern.
Das bedeutet:
- die Ausrichtung der Universitäten nicht auf die Erhaltung der in der kapitalistischen Gesellschaft bestehenden Produktionsverhältnisse, sondern auf ihre notwendige Umgestaltung;
- die Beteiligung aller Universitätsangehörigen an der Leitung und Verwaltung der Universität mittels demokratisch gewählter Vertreter;
- die radikale Umgestaltung der menschlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen der Universitätsangehörigen und besonders zwischen Lehrenden und Lernenden;
- die Förderung der Forschung, wobei man sie dem vorherrschenden Einfluß der Privatinteressen entzieht und der Grundlagenforschung einen entscheidenden Platz einräumt.

Indem man für eine grundlegende Veränderung der Universität kämpft, schafft man eine Summe von Bedingungen, die den Übergang zum Sozialismus erleichtern. Deshalb sind die erstgenannten Kräfte revolutionär.
Die anderen dagegen haben begriffen, daß man, um alles erhalten zu können, alles verändern muß. Die Veränderung, für die sie kämpfen, zielt darauf ab, aus der Universität ein noch effizienteres Werkzeug für die Bourgeoisie zu machen. Sie wollen die Universität den gegenwärtigen Bedingungen des modernen Kapitalismus anpassen. Sie sind letztlich prokapitalistisch und antirevolutionär, da sie dazu dienen, die Macht der Bourgeoisie zu stärken.
Neben dem Hauptwiderspruch dieser beiden Kräfte gibt es noch eine Reihe von anderen zweitrangigen Kräften.
Es gibt immer noch die Anhänger des „Ancien Régime", die jede Gelegenheit wahrnehmen, um ihre Machtpositionen wiederzugewinnen oder, genauer gesagt, um eine Oligarchie von Würdenträgern zu errichten, die man nur um einige Köpfe erweitert hat.
Man kann sich sehr gut vorstellen, daß über kurz oder lang „Mitte-Rechts"-Formierungen von Studenten oder Assistenten wieder entstehen werden, die den Aufschwung der progressiven Kräfte bremsen und die, was den Inhalt anbetrifft, die Rückkehr einer offen reaktionären Macht begünstigen werden.
Dann gibt es noch die, die man die „enragés" (Linksextremen) nennt. Das sind diejenigen, die demonstriert haben um des Demonstrierens willen, ohne Perspektiven ihrer Aktionen aufzuzeigen.
Als Gruppe besitzen sie nur noch einen Bruchteil ihrer vergangenen Stärke, aber ihr ideologischer Einfluß bleibt in bestimmten linken Kreisen lebendig. Sie zeichnen sich durch die schädliche Neigung aus, jedwede Reform zu boykottieren, durch den Willen, in jeder Situation auf „Sensationen" abgestellter Kampfformen zu verwenden, durch eine starke Abneigung gegen eine aktive Mitwirkung in den demokratisierenden Gremien und schließlich durch eine gewisse Melancholie darüber, daß sie die Revolution noch nicht gemacht haben.
In bestimmten Augenblicken ist es möglich, daß eine dieser sekundären Kräfte die Oberhand gewinnt. Außerdem lassen die Tatsachen erkennen, daß die politischen Aktionen der Rechtsextremen die Zuhörerschaft der Linksextremen vergrößern, während unverantwortliche Aktionen der Linksextremen den schlimmsten Reaktionären einen ungeheuren Zulauf verschaffen.
Außerdem ist die Situation veränderlich und widersprüchlich wie in allen Übergangsperioden. Deshalb muß man sich hüten, die gegenwärtigen Kräfte mit festen Regimentern zu vergleichen. Im Gegenteil, in kritischen Momenten — abhängig vom Ziel des konkreten Kampfes, abhängig vom Ort, wo er sich abspielt, abhängig vom

Eifer dessen, der die Offensive begonnen hat, abhängig vom Gemütszustand der Truppen (Kampfgeist, Melancholie, lähmende Vorsicht) – können ganze Bataillone ins gegenteilige Lager übergehen. Wollte man irgendein Bataillon, irgendeine Einzelperson fest dem einen oder anderen Lager zuordnen, und zwar auf Grund der Haltung, die sie in bestimmten Momenten der Schlacht einnehmen, so wäre das ein großer Fehler, weil man sich auf diese Weise um potentielle zukünftige Verbündete bringt.

Um den Bewegungskrieg verstehen zu können, der sich gegenwärtig an der Universität abspielt, muß man sich dem Wesentlichen zuwenden, nämlich dem Hauptwiderspruch zwischen einem technokratischen und einem demokratischen Pol. Deshalb müssen wir zuerst die Merkmale der demokratischen und technokratischen Reformen studieren. Danach müssen wir die an der Universität gegenwärtigen Kräfte analysieren.

1. Demokratische und technokratische Reformen

„Die Knospe verschwindet mit dem Beginn des Aufblühens und man könnte sagen, daß die Knospe durch die Blüte widerlegt wird . . . Ihre Formen sind nicht nur unterschiedlich, sondern sie wirken gegeneinander, weil sie miteinander unvereinbar sind. Aber gleichzeitig macht ihre fliegende Natur daraus Momente einer organischen Einheit, wo sie sich nicht nur zurückstoßen, sondern wo die eine so notwendig ist wie die andere, und diese gleich große Notwendigkeit bildet allein das Leben des Ganzen." (F. G. W. HEGEL).

Was das Verständnis der Geschehnisse an der Universität noch schwieriger macht, ist, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Entwicklung der Produktivkräfte, der Eingliederung der Wissenschaft in ihre Mitte, der Rolle der Forschung und Lehre als Faktoren des wirtschaftlichen Wachstums, usw., die demokratische Reform die technokratische miteinschließt, während sie gleichzeitig über sie hinausgeht. Oft bringt man diese Reformen in einen formellen Gegensatz zueinander, d. h. man übersieht, daß es sich um zwei entgegengesetzte dialektische miteinander verbundene Pole handelt.

Zur Vereinfachung werden wir zuerst untersuchen, was diesen beiden Reformen gemeinsam ist, und dann, was sie trennt.

1.1. Gemeinsamkeiten zwischen technokratischen und demokratischen Reformen

Da sie die Struktur der Universität reformieren wollen, greifen sie beide die alte Struktur an.

Nun ist die erste Phase des Kampfes destruktiv. In Frage stellen bedeutet in erster Linie in Frage stellen der bestehenden Strukturen, in Frage stellen der Autorität. In dieser ersten Periode muß man die bestehenden Strukturen vehement angreifen, so daß sie in den Augen der Masse in Mißkredit gebracht werden. Diese Phase der reinen Infragestellung bildet den negativen Pol des Kampfes.

Diese Phase ist ohne Zweifel dort notwendig, wo man Strukturen vorfindet, die von einer allgemein gewordenen schleichenden Krankheit zersetzt sind. Um die Universität zu verändern, muß man zuerst die alten Strukturen zerbrechen, zerschlagen und sprengen. Ohne ihre Zerstörung ist es vielleicht möglich, eine technokratische Reform durchzuführen; es ist wahrscheinlich unmöglich, wirklich demokratische Strukturen zu errichten, wenn man die Grundlagen nicht umwälzt. Das soll keine Unterstützung einer negativen Haltung sein, die in den späteren Phasen des Kampfes ein ebensolcher Bremsklotz für die Entfaltung der Aktivität der progressiven Kräfte ist, sondern die Feststellung, daß in der ersten Phase des in Fragestellens diese Haltung äußerst wertvoll gewesen ist.

Eben weil die technokratischen Reformen genau wie die demokratischen die alten Strukturen angreifen, konnte man während der ersten Phase des Kampfes ein zeitlich begrenztes de-fakto-Bündnis zwischen den beiden Hauptkräften beobachten. Dieses Bündnis zwischen Demokraten und Technokraten oder, genauer gesagt, die Zustimmung oder Passivität der Technokraten angesichts der von den demokratischen und radikalen Kräften angeführten Aktion erklären die Breite und Gewalt der Bewegung während der ersten Phase. Dieses Bündnis verschleiert während der ganzen ersten Periode den tatsächlichen Widerspruch zwischen Technokraten und Demokraten. Erst danach, während der konstruktiven Phase, d. h. als man genau definiert, was man an Stelle der erschütterten Autorität setzen will, zerbricht das Bündnis und der Grundwiderspruch wird offenbar.

Eine zweite Gemeinsamkeit zwischen technokratischen und demokratischen Reformen besteht in dem Willen, die Lehre, die Verwaltung der Universität, die Organisation der Forschung, in einem Wort das gesamte Universitätsleben zu rationalisieren. Schon seit einigen Jahren hat man an bestimmten Fakultäten, in bestimmten Laboratorien auf Veranlassung einiger aufgeklärter Professoren damit begonnen, Lehre und Forschung zu rationalisieren. Aber im Ganzen bleibt noch enorm viel zu tun, da die alten Strukturen ein mächtiges Hindernis für diese Rationalisierung bilden. Die Dezentralisation der Entscheidungsbefugnisse zuerst in Richtung auf die Fakultäten, dann in Richtung auf die Forschungs- und Lehreinheiten ermöglicht ein höheres Leistungsniveau, weil die Kompetentesten an Stelle der zentralen Verwaltung entscheiden können.

Andererseits, sofern die Rationalisierung nicht auf Kosten der Arbeitnehmer an der Universität (Verwaltungspersonal, wissenschaftliches, technisches Personal und Arbeiter) geht; sofern die Rationalisierung es ermöglicht, in der Forschung auf dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Entwicklung zu sein; sofern die Rationalisierung der Kurse in der Lehre eine Übermittlung der neuesten Erkenntnisse ermöglicht, haben die Kräfte des Fortschritts alles Interesse daran, für eine schnelle, aber menschliche Rationalisierung der Universität zu kämpfen.

Leider überlassen die demokratischen Kräfte oft der Technokratie den Kampf für Rationalisierung, die dadurch zu einem Monopol der Technokraten wird.

Eben weil die Progressiven unter dem Vorwand der Rationalisierung und Effektivität einiges einstecken mußten, sollte man gleichfalls auf diesem Gebiet den Technokraten das Heft aus der Hand nehmen und den praktischen Beweis dafür antreten, daß Demokratie effektiv sein kann.

Ein dritter konvergierender Punkt zwischen der demokratischen und technokratischen Reform fällt in den Bereich der Demokratisierung der Universität. Aus vielen Gründen richtet sich die Technokratie auf eine gewisse interne Demokratisierung der Universität ein.

Erstens weil demokratische Strukturen den leitenden Instanzen eine größere Autorität verleihen. Diese Autorität ist dann notwendig, wenn man bedeutende Reformen durchführen will.

Ein zweiter Grund, der mit ersterem verbunden ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Demokratisierung es ermöglicht, Veränderungen mit einem geringeren Kostenaufwand durchzuführen, als das alte System der Kooptation, das willkürlich und von den Massen völlig losgelöst war. Selbst eine formelle Demokratisierung bringt eine Übereinstimmung viel schneller zustande als eine anti-demokratische Leitung.

Drittens: Dadurch, daß man versucht, die Demokraten in das „System zu integrieren" und die Protestbewegung unter seine Kontrolle zu bekommen.

Die Erfahrung zeigt, daß die Technokratie für demokratische Reformen nichts als Lippenbekenntnisse abgibt, weil sie sehr wohl weiß, daß jede demokratische Errungenschaft ein zweischneidiges Schwert ist. Außerdem ist jede kleinste demokratische Reform von den Angehörigen der Universität erkämpft worden und keine demokratische Errungenschaft ist auf einem Silbertablett gereicht worden.

Eine letzte Gemeinsamkeit: Sowohl die technokratische wie die demokratische Reform wollen die Art des Unterrichts reformieren. Hauptsächlich handelt es sich darum, die ex- cathedra gegebenen Kurse, die der Professor von der Höhe seines Podiums aus einer passiven und meist zahlenmäßig starken Zuhörerschaft erteilt, durch Seminare und Diskussionen zu ersetzen, die die aktive Mitarbeit der Studenten erfordern. Außerdem geht es darum, das gegenwärtige Prüfungssystem, das oft als magisch-sportliche Übung bezeichnet wird, die auf einer Gedächtnisleistung beruht, durch ein über das ganze Jahr gestrecktes System zu ersetzen, das der Überprüfung der Kenntnisse dient und auf ein globales Verständnis des Kurses gegründet ist. An dritter Stelle geht es darum, das gegenwärtige Herrschaftsverhältnis zwischen Lehrendem und Lernendem in eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Professoren und Studenten umzuwandeln. Schließlich muß es den Professoren durch Integration in die Forschungs- und Lehreinheiten ermöglicht werden, sich leichter auf dem laufenden über die neueste wissenschaftliche Entwicklung zu halten.

Wenn der Wille, die Art und Weise der Wissensübermittlung zu reformieren, bei technokratischen und demokratischen Reformen beidermaßen vorhanden ist, so darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß der Endzweck dieser Reform des Unterrichtswesens bei beiden völlig verschieden ist. Die Technokraten wollen da-

durch bessere Kader ausbilden. „Besser" bedeutet hier zweierlei.

Die erste Bedeutung ist technischer Art: es geht um eine höhere Qualifikation des diplomierten Hochschulabsolventen. Die Bourgeoisie hat großes Interesse an der Ausbildung fähiger Führungskräfte. Der Mehrwert, den man durch die Beschäftigung von an der Universität ausgebildeten Arbeitskräften gewinnt, ist um so größer, je höher die Qualifikation des Werktätigen ist. Da die Qualifikation direkt von der erhaltenen Ausbildung abhängt, versteht man, warum die Bourgeoisie alles in die Wege leitet, damit die Investition von menschlichem Kapital in die Universität ein Höchstmaß an Effektivität erreicht.
Die zweite Bedeutung des Begriffs „besser" ist von Ideologie gefärbt. Es handelt sich um die Ausbildung von Intellektuellen zu Trägern der bürgerlichen Ideologie.

Je weiter sich der Kapitalismus entwickelt, um so schmaler wird seine soziale Basis: Daher rührt die Notwendigkeit für die Bourgeoisie, in allen bestehenden sozialen Sturkturen mittels der von ihr beherrschten Massenmedien einen bestimmten Typus menschlicher Beziehungen, ein bestimmtes ideologisches Klima, eine bestimmte Weltanschauung einzuführen, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse perpetuieren. Gramsci wiederum hat die immer wichtiger werdende Rolle der Intellektuellen für diesen Vorgang der Überzeugung der Massen hervorgehoben. Ihnen fällt die Aufgabe zu, die Zustimmung der Bevölkerung zur Machtausübung durch die Bourgeoisie zu erwirken. Durch die Vermittlung der Organe der bürgerlichen Gesellschaft sollen die Intellektuellen, die ideologischen Gehilfen der Bourgeoisie, die Hegemonie der herrschenden Klasse sichern. Und da die Universität diese Intellektuellen ausbildet, die nach Beendigung ihrer Studien diese Mission in den Redaktionsräumen, beim Rundfunk, beim Fernsehen, in den Ministerien, in den Unternehmen, in den Schulen, in den Staatsorganen, im Gerichtssaal, in der Kirche erfüllen, versteht man, weshalb die Bourgeoisie der Ausrichtung der Gedanken und des allgemeinen Bewußtseins ein solches Gewicht beimißt.
Die Rolle der Universität als Produzentin von intellektuellen Anhängern der bürgerlichen Ideologie ist sehr wesentlich. Die Reform der Ausbildung zielt vom technokratischen Standpunkt aus auf die Produktion von noch einsatzfähigeren Trägern der bürgerlichen Ideologie. Man wird noch tüchtigere Keynesianer ausbilden, die die keynes'schen Lehren noch überzeugter verbreiten werden dadurch, daß die Studenten an der Gestaltung der Kurse und praktischen Übungen beteiligt sind. So kann die Reform der Form der Ausbildung in gleicher Weise zu einer noch intelligenteren und subtileren Indoktrinierung der herrschenden Ideologie führen.
Die Notwendigkeit, die bürgerliche Ideologie noch wirkungsvoller in die Köpfe der Studenten einzuimpfen, wird durch die Entwicklung, die immer mehr Schichten von Intellektuellen zu Lohnabhängigen macht, noch verstärkt. Dadurch, daß sie lohnabhängig werden, werden zahlreiche Intellektuelle objektiv zu Klassenfeinden. Das ist die große Gefahr für die Bourgeoisie: dieser neue Lohnabhängige läuft Gefahr, sich bewußt zu werden, daß sein Schicksal mit dem der Arbeiterklasse im „klassischen Sinn" verbunden ist, daß sein Platz in der Gewerkschaft ist, usw ...
Von da an muß die Bourgeoisie ihre Anstrengungen verdoppeln, um ihn subjektiv auf ihrer Seite zu halten: eine richtige Ausbildungsreform kann dazu beitragen.
Die progressiven Kräfte haben die Ausbildungsreform besonders deshalb auf ihre Fahnen geschrieben, weil eine Ausbildung, die auf der aktiven Beteiligung des Studenten beruht, eine kritische Haltung fördert und ein In-Frage-Stellen des gelehrten Stoffes begünstigt. Dieses In-Frage-Stellen führt zur Anfechtung des sozialen Systems.

1.2. Gegensätze zwischen der demokratischen und technokratischen Reform

Das erste Unterscheidungsmerkmal, das wichtigste überhaupt, weil es die demokratischen Kräfte täglich in Opposition zu den technokratischen bringt, betrifft das Ausmaß der Demokratie, für das diese beiden Kräfte kämpfen.
Wie wir festgestellt haben, finden sich die Technokraten mit einer bestimmten Demokratie ab, einer formellen Demokratie, bei der die Mitglieder des Verwaltungsrats, der Fakultätsausschüsse usw. gewählt werden. Die progressiven Kräfte gehen weiter: sie wollen diese demokratische Fassade durch wirkliche Mitbestimmung ersetzen.
Dieses Unterscheidungsmerkmal wirkt auf zwei Ebenen: Beim Kampf um eine satzungsgemäße Demokratisierung (je nach den Umständen: nach dem Sturz der alten Strukturen oder bei der Veränderung der alten Strukturen) und beim Kampf um

die Durchsetzung von parallelen demokratischen Strukturen, die die ersteren zur Voraussetzung haben.

Im ersten Stadium versuchen die progressiven Kräfte, die größtmögliche satzungsmäßige, legale und formale Demokratie zu erzwingen. Sie fordern zum Beispiel eine möglichst gleiche Zusammensetzung der Leitungsorgane; sie fordern gegebenenfalls eine, wenn nicht paritätische, so zumindest gerechte Repräsentation der vier Gruppen. Die Technokraten kämpfen hartnäckig für ein Überwiegen des Lehrkörpers auf Kosten der übrigen Gruppen. Die progressiven Kräfte treten für eine Stimmberechtigung der dezentralisierten Organe, z. B. der paritätisch besetzten Fakultätsausschüsse, ein, während die Technokraten versuchen, die Macht dem Fakultätskollegium zu überlassen, in dem nur das Lehrpersonal vertreten ist. Auf dieser Ebene kämpfen die demokratischen Kräfte gleichermaßen dafür, daß demokratische Formen der Mitbestimmung institutionalisiert werden: periodische Kontrolle der Gewählten durch ihre Wähler, die Ausdehnung des Informationsrechtes auf alle Universitätsangehörigen und nicht nur auf die Repräsentanten, kein Stimmzwang und vorangehende Informations- und Diskussionsversammlungen, Verpflichtung für die Kandidaten, sich auf der Grundlage eines Programms vorzustellen usw. Die Technokratie widersetzt sich mit Macht allen diesen demokratischen Maßnahmen.

Im zweiten Stadium, nämlich wenn ein bestimmtes Niveau der satzungsmäßigen Demokratie erreicht worden ist, nimmt der Kampf für die Demokratisierung andere Formen an. Jeder Stufe der satzungsmäßigen Demokratie entspricht eine wirkliche Demokratie, die von der jeweiligen Stufe der satzungsmäßigen Demokratie abhängt und von der Fähigkeit der progressiven Kräfte, die Massen zu mobilisieren und Druck auf die Entscheidungen der eingesetzten Gremien auszuüben. Die Technokraten versuchen, die formaldemokratischen Strukturen ihres Inhalts zu berauben: z. B. indem sie für die Delegation der Entscheidung an nichtgewählte Spezialisten optieren; z. B. indem sie eine Reihe von Kompetenzen der gewählten Organe auf Exekutivbüros oder andere Instanzen übertragen usw. In diesem Fall müssen die progressiven Kräfte (gegen die Technokraten) für ein größtmögliches Funktionieren der gewählten Organe und für eine Erweiterung des Demokratisierungsprozesses kämpfen. Erweiterung des Demokratisierungsprozesses bedeutet: Neben den demokratisierten satzungsmäßigen Strukturen müssen wirklich demokratische Strukturen errrichtet und dann funktionsfähig gemacht werden, die es den Massen ermöglichen, ihre gewählten Vertreter zu kontrollieren. Die Abhaltung von Versammlungen zwischen Wählern und Gewählten (Fakultätsversammlungen, Wählerversammlungen, offene von den Gewählten organisierte Versammlungen zur Vorbereitung ihrer Arbeit in den satzungsmäßigen Organen usw.) ist eine ständige Aufgabe der progressiven Kräfte.

Eben weil die demokratischen Kräfte Vertrauen in den progressiven Willen der Massen haben, müssen sie sich an die schwierige Aufgabe begeben, diese parallelen Versammlungen in die Tat umzusetzen. Läßt man die Universitätsangehörigen reden, läßt man sie sich ausdrücken, so verzehnfacht sich die Wirkung der gewählten progressiven Vertreter innerhalb der demokratischen satzungsmäßigen Strukturen. Die Massen müssen ihre gewählten Vertreter ständig unter Kontrolle halten, erstens, um ihre Schlagkraft zu erhöhen, und zweitens, um zu verhindern, daß sie von dem Gegner wiedergewonnen werden können, der in einer Umgebung wie der Universität über eine unerhörte Skala von Druckmitteln verfügt.

Auf diesen beiden Ebenen macht sich das Unterscheidungsmerkmal bemerkbar.

Die parallelen demokratischen Strukturen funktionieren um so besser, je mehr die Leute, die dort hinkommen, das Gefühl haben, daß sie die von den satzungsgemäßen Organen gefällten Entscheidungen beeinflussen können.

Parallele Strukturen, die keine Veränderung zur Folge haben, die nicht über eine gewisse tatsächliche Macht verfügen, drehen im Leerlauf. Deshalb muß man bei jeder Etappe des Kampfes die Grenzen der satzungsmäßigen und formalen Strukturen aufzeigen, man muß die Manöver der Technokraten, die unterhalb dieser Grenzen stehenbleiben wollen, entlarven; aber wenn man sich dieser satzungsmäßigen Strukturen bedient, um die parallelen, wirklich demokratischen Strukturen funktionsfähiger zu machen, wenn man sich ihrer als Sprungbrett zur Eroberung neuer demokratischer Ziele bedient, darf man dieses Sprungbrett nicht in seinen Grundlagen zerstören, um einen unkontrollierten Kopfsprung ins Leere zu vermeiden. Ein solcher Kopfsprung wird von all denen

gemacht, die ihren Kampf an Direktiven schmieden, die zur großen Verweigerung aufrufen: Klagt an und entlarvt; boykottiert usw.

Artikuliert den Kampf auf allen Ebenen der bestehenden Strukturen, vertieft den demokratischen Gehalt der formalen Strukturen durch die Errichtung von parallelen Strukturen, dehnt den Druck, den die Massen an einer Stelle ausüben, auf alle anderen Stellen des Kampfes aus, verstärkt das Gewicht der Massen durch die Einführung von Versammlungen, in denen sie sich ausdrücken können; das ist die Antwort der progressiven Kräfte auf die machiavellischen Intrigen der Technokraten und die apokalyptischen Gebärden der langjährigen Kämpfer der Protestbewegung.

Das zweite Unterscheidungsmerkmal betrifft den Kampf für eine pluralistische Universität. Unter pluralistisch verstehen wir – und diese Definition deckt sich keineswegs mit der herrschenden Auffassung – eine Ausbildung, die sich vor allem in den Geisteswissenschaften auf eine marxistische und nichtmarxistische Ideologie stützt.

Zur Zeit ist die Ausbildung an der Universität, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf die bürgerliche Ideologie gegründet. Die philosophischen Grundlagen der bürgerlichen Ideologie können vielschichtig sein: religiös oder atheistisch, neo-positivistisch oder phänomenologisch. In der Volkswirtschaft kann man sich als Keynesianer oder Vertreter der Grenznutzwerttheorie ausgeben. Diese üppige Vielschichtigkeit stimmt jedoch in einem Punkt überein: sie zielt auf die Erhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ab.

Die Gründung einer wirklichen pluralistischen Universität erfordert nicht nur eine formale Reform der Ausbildung, sondern auch eine inhaltliche. Für alle Kurse, deren ideologische Grundlage klar zu erkennen ist – Gegenwartsgeschichte, volkswirtschaftliche Grundbegriffe, allgemeine Philosophie, Rechtsprinzipien z. B. –, sollte neben der bürgerlichen Ideologie die marxistische Ideologie gelehrt werden, die als einzige die bestehenden Produktionsverhältnisse erklärt und in Frage stellt, während sie gleichzeitig eine positive Alternative aufzeigt. Wir sprechen absichtlich von „Kursen, deren ideologische Grundlage klar zu erkennen ist"; denn nicht alle Kurse sollen doppelt gegeben werden, um eine zu große Belastung des Studiums zu vermeiden. Denn selbst bei den Geisteswissenschaften genügt für einige Kurse, die mehr technischer Natur sind, daß sie nur einmal gegeben werden.

Drei Hürden müssen genommen werden. Es muß vermieden werden, daß eine Vorlesung als marxistisch ausgegeben wird, die von einem Nichtmarxisten über den Marxismus gehalten wird. Eine bürgerliche Analyse von Marx gibt Auskunft über die bürgerliche Ideologie und nicht über den Marxismus. Das versteht sich von selbst. Die zweite Hürde betrifft die Wahlmöglichkeit. Es muß verhindert werden, daß der Student zwischen einem marxistischen und einem nichtmarxistischen Kurs wählen kann. Eine solche Wahlmöglichkeit bietet keine wirkliche Alternative. Die Wahl kann auf Grund von Kriterien getroffen werden, die mit dem Inhalt des Kurses nichts zu tun haben. Drittens muß verhindert werden, daß der Eindruck entsteht, man könne durch eine formale Reform der Lehre (Abschaffung der Vorlesung, eine größere Zahl von Seminaren, in denen diskutiert wird, Veränderung des Prüfungssystems) zu einer pluralistischen Ausbildung in der von uns definierten Form kommen. Der kritische Ansatz einer solchen Reform fördert sicherlich eine gewisse Distanz gegenüber dem Lehrstoff. Aber die Kritik an einem „bürgerlichen" Kurs führt nicht automatisch zu einer marxistischen Weltanschauung. Deshalb muß man dafür kämpfen, daß neben den Kursen über die bürgerliche Ideologie Vorträge über den Marxismus gehalten werden. Wenn man die bürgerliche Universität in eine Stätte der Kritik an der Gesellschaft verwandeln will, muß man es jedem Studenten zur Pflicht machen, die beiden großen sich heute gegenüberstehenden Weltanschauungen zu studieren. Nur ein solches Ausbildungssystem könnte für sich in Anspruch nehmen, eine freie Entscheidungsmöglichkeit zu bieten. Nachdem jeder Student sich kritisch mit den beiden antagonistischen Weltanschauungen auseinandergesetzt hat und sie gründlich kennt, verfügt er über genügend Voraussetzungen, um eine rationale Entscheidung zu treffen.

Muß man noch darauf hinweisen, daß es über diesen Punkt heftige Auseinandersetzungen zwischen Technokraten und Demokraten gibt? Muß man hinzufügen, daß selbst innerhalb der fortschrittlichen Kräfte der Kampf für eine solche kritische Universität nicht sehr fortgeschritten ist? Muß man also daraus schließen, daß es

sich um ein langfristiges Ziel handelt, von dessen Verwirklichung man noch weit entfernt ist?
Nach Aussage zuverlässiger Kräfte der verschiedenen Fakultäten und der zur Verfügung stehenden marxistischen Lehrer – die Ausbildung von marxistischen Forschern und Lehrern ist besonders schwierig, weil der Marxismus oft an den Universitäten noch tabu ist und deshalb die Marxisten in Westeuropa notwendigerweise Autodidakten sind – könnte man die bürgerliche Universität schrittweise dort treffen, wo die bürgerliche Ideologie am tiefsten verwurzelt ist, nämlich in der Verbreitung der Ideologie der herrschenden Klasse. Nur so könnte die Universität zu einem Zentrum der permanenten Reflexion werden, von wo aus man die Ziele und den gegenwärtigen Ablauf des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens in Frage stellt.

Wir wissen sehr wohl, daß dieses Ziel langfristig ist. Man hat schon eine relativ demokratische Reform der Universitätsstrukturen durchgesetzt. Die Umrisse einer pluralistischen Universität sind noch nicht sichtbar. Es wäre übrigens voreilig anzunehmen, man könne, um dieses Ziel zu erreichen, auf dieselbe Art verfahren wie beim Kampf für eine demokratische Universität. Beim Kampf um demokratische Strukturen bildeten die progressiven Kräfte einen Block, hier sind sie sich des Problems nur sehr vage bewußt; damals trafen sich die Vorstellungen der Technokraten teilweise mit denen der Demokraten, heute klaffen sie weit auseinander. Man soll sich nichts vormachen: man ist weit davon entfernt, und die Ausbildung von Marxisten ist eine schwierige und langatmige Angelegenheit.

Wir haben gesehen, daß die Technokraten eine rationelle, moderne und leistungsfähige Universität auf ihre Fahnen geschrieben haben. Wir haben gesehen, daß die demokratischen Reformer allen Grund dazu haben, den Technokraten nicht das Monopol für die Rationalisierung der Universität zu überlassen. Man muß weitergehen: Man muß beweisen, daß die Demokratie ein höheres Niveau an Rationalisierung ermöglicht als die Technokratie. Daher ist nichts hinderlicher für eine Rationalisierung als eine Zerstückelung in Abteilungen, Fakultäten, Fachrichtungen. Außerdem, solange ein großer Teil der Forschung, die im Labor durchgeführt wird, den Entscheidungen der Privatwirtschaft unterworfen ist – wie es heute oft der Fall ist –, wird sie meistens von kurzfristigen Rentabilitätsforderungen beherrscht werden, die einer langfristigen allgemeinen Rationalisierung im Wege stehen. Da unsere Technokraten diesen Aspekt der Verknüpfung von Industrie und Forschung niemals in Zweifel ziehen, haben sie nur eine oberflächliche und kurzfristige Rationalisierung anzubieten.
Man muß deshalb die Forderung nach Effektivität, die die Technokraten postulieren, aufnehmen und konkret zeigen, daß nur eine demokratische Reform eine harmonische Rationalisierung gewährleistet.
Ein viertes Merkmal betrifft die wissenschaftliche Forschung. Wir werden uns in diesem Punkt sehr kurz fassen. Nicht, daß dieses Merkmal unwichtig ist – es ist im Gegenteil von höchster Bedeutung –, nicht, daß es von keinem praktischen Wert wäre; aber für eine genauere Untersuchung dieses Merkmals und dieser beiden Möglichkeiten, der technokratischen und demokratischen Reform, die es zu unterscheiden gilt, wäre ein ausführlicheres Referat notwendig.
Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß die progressiven Kräfte auf diesem Gebiet namentlich für drei Prinzipien eintreten:
- Koordination und Planung der Forschung auf nationaler Ebene,
- eine wirkliche Unabhängigkeit der Forschung von der Privatwirtschaft,
- die Entwicklung der Grundlagenforschung.

In unterschiedlichem Maße widersetzen sich die Technokraten einer solchen Konzeption von der Forschung.

Das waren die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der technokratischen und demokratischen Reform. Deshalb kann man ohne weiteres behaupten, daß sich die technokratische Reform zur demokratischen Reform ebenso verhält, wie die Knospe zur Blüte.
Zur demokratischen Reform gehört jedoch noch mehr, als wir aufgezeigt haben.

Sie strebt für die Universität eine Sozialstruktur an, die die Bezieher von niedrigem Einkommen begünstigt durch die Schaffung einer sozialen Infrastruktur, die der Universität angemessen ist; ebenfalls hat sie eine demokratische Kulturpolitik zum Ziel, die die Universität nicht nur für eine Elite attraktiv macht, sondern zu einem kulturellen Anziehungspunkt für die ganze Bevölkerung.
Außerdem erfordert die demokratische Reform auch eine außeruniversitäre Demokratisierung, eine größere Autonomie der Universität usw.; aber hier handelt es sich hauptsächlich um politische und gewerkschaftliche Kämpfe, die außerhalb der Universität geführt werden müssen. Deshalb haben wir es nicht als unsere Aufgabe betrachtet, im Rahmen dieses Artikels darüber zu sprechen.
Ausgehend von der obigen Darstellung kann man eine Analyse der im Augenblick an der Universtät vorherrschenden Kräfte versuchen. Wir bezeichnen diejenigen als progressiv und nicht notwendigerweise als „links" – wir kommen auf diese Unterscheidung zurück –, die für eine demokratische Reform der Universität kämpfen. Diese Definition ist notwendig, weil dadurch Mißverständnisse vermieden werden, die durch eine oberflächliche Übertragung der Begriffe „links" und „rechts" auf die Universität entstehen.

2. Progressive und technokratische Kräfte an der Universität

„Die Strategie der Reformen ist im wesentlichen eine Bündnisstrategie, die letzten Endes das zentrale Problem aller revolutionären Prozesse ist." E. Berlinguer (2. Generalsekretär der KPI)
Man teilt die Universitätsangehörigen in vier große Gruppen ein, die sich je nach ihrer Funktion an der Universität unterscheiden:
- das Lehrpersonal,
- das wissenschaftliche Personal (Assistenten und Forscher),
- das Verwaltungspersonal, das technische Personal und die Arbeiter,
- die Studenten.

Die progressiven und technokratischen Kräfte haben mehr oder weniger zahlreiche Anhänger in jeder der vier Gruppen. Vor einer Analyse des Kräfteverhältnisses zwischen Technokraten und Demokraten innerhalb jeder der vier Einheiten erscheint es uns nützlich, kurz über die Bedeutung des Klassenkampfes an der Universität nachzudenken.

Es ist wissenschaftlich absurd und völlig antimarxistisch, den Klassenkampf mechanisch auf die Universität zu übertragen, indem man die Professoren mit den Kapitalisten und die Studenten mit den Proletariern gleichsetzt. Lenin definiert die Klassensituation eines Individuums als abhängig von seiner Stellung im Produktionsprozeß und zu den Produktionsmitteln: einzig auf dieses Kriterium bezogen ist es unmöglich, das Lehrpersonal der Bourgeoisie und die Studenten der Arbeiterklasse zuzurechnen. Die Professoren sind also ebensowenig kapitalistische Unternehmer wie die Studenten Proletarier. Weil eine immer größere Anzahl von Studenten nach ihrem Studium zu Lohnabhängigen wird, kann man sie nicht schon während ihres Studiums zu Lohnabhängigen machen.

Sicherlich bildet sich in der bürgerlichen Universität ein Herrschaftsverhältnis zwischen Lehrern und Lernenden heraus, das in vieler Hinsicht Analogien zu dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufweist. Die Entschleierung dieses Abhängigkeitsverhältnisses bildete während der Protestphase den Motor einer außergewöhnlichen Kraft. Aber dieses Verhältnis als solches, welche Bedeutung es auch für den Erkenntnisprozeß gehabt haben mag, bildet nicht die Grundlage für die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen sozialen Klasse.

Links zu sein beinhaltet eine Vorstellung von der Welt, auf Grund derer man die Gesellschaft in einer ganz bestimmten Art verändern will: Der Linke beruft sich auf den Kampf der Arbeiterklasse um seiner Emanzipation willen und für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft. Im universitären Kampf nehmen einige Leute eine progressive Haltung ein. Sie sind deshalb nicht vollständig links, weil sie keine Verbindung zwischen ihrem Kampf an der Universität und dem Klassenkampf der Arbeiter und ihrer Verbündeten sehen. Der Linke dagegen ist sich bewußt, daß sein Einsatz an der Universität sich in einen globalen Zusammenhang, in eine allgemeine Strategie antikapitalistischer Reformen einfügt. Deshalb müßte er logischerweise zu der Avantgarde der progressiven Kräfte gehören. Auf Grund gewisser linksradikaler und anarchistischer Abweichungen ist es nicht immer so. Man muß feststellen, daß ein gewisser Teil der progressiven Kräfte, den man nicht als links bezeichnen kann, an der Universität eine positivere Rolle spielt als gewisse Linke. Dies ist ein wichtiges und interessantes neues Problem. Es erklärt sich folgendermaßen: Auf Grund der Protestbewegung, die nicht wenige überkommene Werte umgestürzt hat, haben viele „apolitische" Angehörige der Universität plötzlich die Entfremdung durch die hierarchischen Universitätsstrukturen erkannt. Sie haben ihre Situation als „Beherrschte" entdeckt. Sie waren Feuer und Flamme für tiefgreifende Reformen der Universität. Sie haben noch nicht den Schritt zwischen

ihrem Kampf und dem anti-kapitalistischen Kampf gemacht; aber sie können zu äußerst ergebenen, äußerst gewissenhaften und äußerst fähigen Mitkämpfern werden. Sie können Teil der Avantgarde der progressiven Kräfte an der Universität werden, während einige Linke die Avantgarde höchstens beim bewaffneten Kampf in Kolumbien oder Palästina unterstützen.

Aus dem Vorangegangenen darf man jedoch keineswegs schließen, daß es an der Universität keinen Klassenkampf gibt. Der Kampf um eine demokratische Reform ist ein Klassenkampf, der mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbunden ist, und die progressiven Kräfte sind deshalb, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht, Verbündete der Arbeiterklasse. Wir wollten nur eine Verwechslung des Klassenkampfes mit dem Kampf zwischen Studenten und Professoren vermeiden. Dieser Hinweis hat seine volle Berechtigung bei der Behandlung der Bündnisfrage innerhalb des Kampfes für eine demokratische Reform.

Auf Grund dieser Analyse wollen wir untersuchen, welche Unterstützung die demokratischen Kräfte innerhalb der vier Gruppen an der Universität haben.

a) Das Lehrpersonal

In gewissen Fakultäten (Rechts-, Sozial-, Wirtschafts- und politische Wissenschaften) sind zahlreiche Mitglieder des Lehrkörpers direkt mit der Privatwirtschaft und dem bürgerlichen Staatsapparat verbunden. Oft sitzen sie im Verwaltungsrat von Aktiengesellschaften; oft werden sie von Privatunternehmen als juristische, wirtschaftliche, finanzielle und technologische Berater angeheuert: einige leiten große Vermittlungsbüros; einige haben leitende Funktionen in den Organen des Staatsapparates inne. An bestimmten Fakultäten ist die Ämteranhäufung zur Regel geworden. Die Professoren haben viele Gründe, ihr Schicksal mit dem des Kapitals verbunden zu sehen.

Aber selbst wenn der Universitätsprofessor vor allem Lehrer und Forscher bleibt, so gehört er doch der obersten sozialen Schicht der Gesellschaft an und so verkehrt er doch in einem offensichtlich bürgerlichen Milieu. Folglich stehen der Chef eines Universitätskrankenhauses, ein Professor der Mathematik oder der Atomphysik, die keine direkte ökonomische oder finanzielle Verbindung mit dem Kapital haben, in engem sozialen Kontakt mit der obersten Schicht und gehören deshalb de fakto zum Establishment. Deshalb werden sie leicht zu Trägern der bürgerlichen Gesellschaft. Und es ist ganz natürlich, daß er an der Universität ein Herrschaftsverhältnis gegenüber seinen Mitarbeitern, Assistenten und Studenten entwickelt; und es ist ganz natürlich, daß er sich in den Leitungsorganen der Universität an der richtigen Stelle wähnt.

Nichtsdestotrotz da er als Lehrer objektiv nicht der Bourgeoisie angehört, kann er gleichfalls dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie unterliegen. Die Ausstrahlungskraft der marxistischen Ideen ermöglicht es in vielen Fällen, dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie entgegenzuwirken.

Es ist deshalb völlig falsch, den Lehrkörper en bloc den Technokraten zuzurechnen.

In entscheidenden Momenten, dann wenn die progressiven Kräfte sich in der Offensive befinden, kann man sich auf konkrete Unterstützung innerhalb des Lehrkörpers verlassen. Es zeugt von einer engstirnigen Interpretation der Bündnispolitik an der Universität, wenn man sich seiner eigenen Unterstützung beraubt, indem man irrige Theorien, wie die Gleichsetzung von Arbeitgebern und Professoren, verbreitet. Nun sind die ideologischen Positionen dieses Teils besonders ungefestigt, weil sie stets zwischen einem linken Ideal auf der einen Seite und einem berufsständischen Bewußtsein sowie einem von bürgerlichen Denkstrukturen geprägten Denken auf der anderen Seite hin- und herschwanken. Deswegen genügt die geringste Provokation, um sie in das entgegengesetzte Lager übergehen zu lassen. Daraus ergibt sich, daß im Hinblick auf das Endziel die Kommandounternehmen eine verheerende Wirkung haben.

b) Die Studenten

Der Student befindet sich noch nicht im Produktionsprozeß: Er weiß noch nicht, welcher sozialen Klasse er angehören wird. Seine Übergangssituation macht ihn besonders empfänglich für eine Reihe von ideologisch entgegengesetzten Theorien.

Die soziale Herkunft des Studenten, z. B. die geistigen Vorstellungen, die er in seiner Jugend vermittelt bekommen hat, üben einen wichtigen Einfluß auf das Klassenbewußtsein des Studenten aus. Die meisten Studenten stammen aus der Bourgeoisie, der Mittelklasse oder dem Teil des Proletariats, der dank dem höheren Wert seiner Arbeitskraft eine höhere Einkommensstufe erreicht, auch wenn sie sich als ungenügend zur Finanzierung der gesamten Studien erweist. Da bei dieser letzten Kategorie die höhere Einkommensstufe oft das Klassenbewußtsein ausgelöscht hat, kann man im ganzen feststellen, daß die familiären Bindungen der Studenten eine gegenüber der Arbeiterbewegung zurückhaltende Einstellung bewirken.

Aus der Tatsache, daß er als Student auch bürgerliche Ideologie studiert, ergibt sich bei ihm eine ständige Konfrontation zwischen dem Gegenstand seiner Studien und der ihn umgebenden Wirklichkeit, die er täglich beobachten kann. Er kann nicht umhin, den schreienden Gegensatz zwischen der ihm angebotenen Darstellung des Kapitalismus und der Wirklichkeit zu bemerken: Arbeitslosigkeit, regionaler wirtschaftlicher Rückgang, schwaches wirtschaftliches Wachstum, mangelnde Rationalität in der Organisation der Wirtschaft, monetäre Schwankungen, so viele Phänomene, die täglich das apologetische Gerede über den Wohlfahrtsstaat widerlegen. Jeder Studientag deckt den Widerspruch zwischen den humanistischen Werten aus dem aufsteigenden Zeitalter der Bourgeoisie und der sie verhöhnenden Praxis auf. Er bemerkt die intellektuelle Dürftigkeit des Anti-Kommunismus, der in einigen Lehrveranstaltungen blüht. Im ganzen erkennt eine gute Anzahl von Studenten, wenn vielleicht auch unklar, daß sich eine Reihe von Problemen stellt, die die Strukturen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Frage stellen.

Außerdem erzeugt der Übergangscharakter ihrer Situation und selbst ihrer Funktion als Ideologieträger eine gewisse Neugier bei den Studenten, die sie zu Anhängern des Marxismus-Leninismus machen kann, der einzigen zusammenhängenden Theorie, die die kapitalistische Anarchie bloßlegt und sie für den Aufbau einer neuen Gesellschaft gewinnen kann. Dennoch ist diese Anhängerschaft auf Grund ihres Ursprungs ungefestigt.

Die amerikanische Aggression in Vietnam, die den Lateinamerikanern aufoktroyierte Pax Americana haben in allen Schichten der Jugend einen tiefen Abscheu vor dem amerikanischen Imperialismus hervorgerufen, der oft in ein anti-kapitalistisches Gefühl umschlägt. Welche unorthodoxen widersprüchlichen, oft befremdlichen, extravaganten und immer konfusen Formen dieses antikapitalistische Gefühl auch hervorbringen mag, so handelt es sich letztlich um ein Aufbegehren gegenüber der „Konsumgesellschaft", gegen ihre entfremdetsten Formen. Es ist ein tiefes Gefühl, das sich gegen die empörendsten und unmenschlichsten Seiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus richtet. Dieses Aufbegehren, das von sehr großen Teilen der Jugendlichen geteilt wird – der Erfolg der Anti-Atommärsche und der Kundgebungen gegen den Krieg in Vietnam beweisen es –, hat sich bei den Studenten zu einer Protestbewegung gegenüber den typischsten bürgerlichen Auswüchsen der Universität entwickelt.

Die Protestbewegung hat durch die enorme Fülle von Ideen, die sie erzeugt hat, einen gewissen Zeitraum hindurch Massen von Studenten in das progressive Lager übergehen lassen. Diese Fülle von Ideen hat das politische Bewußtsein der Studenten gehoben. Dennoch muß man auf Grund der ständigen Erneuerung der studentischen Öffentlichkeit einen dauernden Kampf dafür führen, daß die Errungenschaften der einen Studentengeneration an die nächste weitergegeben werden.

Schließlich übt die wachsende Unsicherheit seiner beruflichen Zukunft in einer Gesellschaft, in der steigende Arbeitslosigkeit der intellektuellen Arbeitskräfte mit einer zunehmenden Verproletarisierung der freien Berufe einhergeht, auf den Studenten eine im ganzen positive Wirkung aus. Er wird sich immer deutlicher seines zukünftigen Lebens im Kapitalismus bewußt. Besonders gegen Ende seiner Studien erkennt er, daß er Unterstützung nur bei der Arbeiterklasse findet.

Es ist nicht einfach, das Ergebnis all dieser Einflüsse aufzuzeigen. Auf Grund einer dynamischen Sicht der Universitätsereignisse glauben wir dennoch schließen zu können, daß sich immer mehr fortschrittliche Ideen innerhalb der Studentenschaft ausbreiten. Negative Einflüsse sind im Schwinden. Positive Einflüsse nehmen verstärkt zu. Die Protestbewegung hat sich im ganzen positiv ausgewirkt, selbst wenn sie als Nebeneffekt einige linksradikale und anarchistische Abweichungen hervorgebracht hat.

Der Kampf zwischen Progressiven und Technokraten innerhalb der Studentenschaft ist für beide Seiten wechselhaft. Wenn die Progressiven in der Offensive sind, können sie auf große Teile der Studentenschaft zählen. Dagegen können die technokratischen Kräfte in Zeiten geringer politischer Spannung der Passivität, ja so-

gar der Gefolgschaft vieler Studenten sicher sein.
Auch wenn die progressive Basis innerhalb der Studentenschaft ungefestigt bleibt, so bildet sie doch die Schlagkraft der Bewegung. Tatsächlich können nur die Studenten größere Massen innerhalb der Universität mobilisieren.

c) Das wissenschaftliche Personal
Auf dem ideologischen Tummelplatz, den die Universität darstellt, übt die Bourgeoisie selbstverständlich einen großen Einfluß auf das wissenschaftliche Personal aus. Sicherlich hat dieser Einfluß eher abgenommen, nachdem die Protestbewegung die gesamte Universität erschüttert hat.
Aus drei wichtigen Gründen kann das wissenschaftliche Personal einen bedeutenden Block innerhalb der progressiven Kräfte darstellen.
Erstens sind die Mitglieder des wissenschaftlichen Personals Lohnabhängige im klassischen Sinne des Wortes.
Zweitens unterliegen sie im selben Maße wie die Studenten der Entfremdung durch die hierarchischen Strukturen der Universität.
Drittens ist die Gewerkschaft hier stark vertreten.
Ein gewichtiger, oft negativer Faktor kommt regelmäßig ins Spiel: Die Existenzunsicherheit der in der Forschung tätigen Assistenten (zeitlich befristete Verträge von durchschnittlich zwei Jahren) bringt sie in starke Abhängigkeit von ihrem „Arbeitgeber" oder den akademischen Autoritäten. Die Drohung, die Verträge nicht zu erneuern, bildet ein wirksames Mittel, aktiv tätige Progressive wieder zur Räson zu bringen. Wenn die demokratische Bewegung im Aufschwung ist, fühlen sich die Aktivisten von den Massen unterstützt und dieses Druckmittel hat keine große Wirkung; wenn dagegen die technokratischen Kräfte in der Offensive sind, wenn z. B. nach der Ankündigung von Repressionsmaßnahmen eine Panikstimmung innerhalb der Werktätigen an der Universität ausbricht, kann sich ein solches Mittel zeitweilig als wirksam erweisen. (Daher auch die politische Bedeutung des Kampfes für ein Statut der in der Forschung Tätigen, für die Einrichtung einer wissenschaftlichen Laufbahn.)
Einen zweiten negativen Faktor bilden linksradikale und anarchistische Einflüsse, die zwar schwächer sind als bei den Studenten, aber sich dennoch beim wissenschaftlichen Personal niederschlagen.
Will man auch hier aufzeigen, zu welchem Ergebnis diese Einflüsse geführt haben, so kann man eine deutliche Vorherrschaft der progressiven Kräfte innerhalb des wissenschaftlichen Personals feststellen. Dank der Protestbewegung ist das wissenschaftliche Personal seiner selbst bewußt geworden, d. h. es hat seine spezifischen Interessen und seinen Stellenwert im Kampf für demokratische Reformen erkannt. Das ist eines der wichtigsten — und wahrscheinlich dauerhaftesten Ergebnisse der Protestbewegung in bezug auf das politische Leben an der Universität.

d. Das Verwaltungspersonal, das technische Personal und die Arbeiter.
Objektiv und subjektiv gehört diese Gruppe zweifellso der Arbeiterklasse an. Obwohl sie in ihren gewerkschaftlichen Organisationen relativ gut organisiert sind, haben die Verw.-Ang., die tech. Ang. und die Arb. an der Universität keine große Kampferfahrung. Außerdem sind die Gewerkschaften gewohnt, hauptsächlich für unmittelbare Forderungen einzutreten.
Die Gefahr des Anarchismus besteht bei den Werktätigen nicht, da sie aus Erfahrung wissen, daß sie das, was sie dem Kapital abgerungen haben, ihrer Organisation verdanken. Die ultra-revolutionäre Phrase verbittert sie, anstatt sie zu überzeugen. Außerdem versucht die technokratische Rechte diese Verbitterung auszunutzen, um sie gegen die Studenten und die progressiven Kräfte aufzubringen.
Im großen und ganzen ist diese Gruppe geschlossen auf seiten der progressiven Kräfte. Aber in Anbetracht ihres minimalen Einflusses auf die Entwicklung der Bewegung — sie üben weder eine Forschungs- noch Lehrfunktion aus —, stellen sie eher eine Stütze als eine Speerspitze dar. Dennoch sind sie ein sicherer und solider Verbündeter, weil sie sich bewußt sind, daß ihr Kampf an der Universität Teil des Kampfes der Arbeiterklasse ist. Die progressiven Kräfte können mit Unterstützung innerhalb der vier Gruppen an der Universität rechnen. Jeder sich verantwortlich fühlende Progressive muß sich dieser grundlegenden Tatsache bewußt sein. In jeder Etappe des Kampfes muß er versuchen, dieses Netz zu erweitern.
Das wichtigste Bündnis, das man wie seinen Augapfel hüten sollte, ist die feste Verbindung zwischen den progressiven Kräften innerhalb der Studentenschaft und den progressiven Kräften innerhalb des wissenschaftlichen Personals. Die Unterstützung dieses Bündnisses und die Verstärkung dieser Verbindung ist das grundlegende Ziel der demokratischen Bewegung. Dieses wichtige Bündnis wird selbstverständlich die Unterstützung der technischen und Verwaltungs-Angestellten und der Arbeiter finden — zumindest wenn sie nicht in die Hände der Linksradikalen fallen.
Eine demokratische Reform kann nur durchgeführt werden, wenn diese Verbindung hält und wenn sie von den demokratischen Kräften innerhalb des Lehrkörpers unterstützt wird. Man muß deshalb um jeden Preis eine geschlossene Opposition der Professorenschaft vermeiden.
Es stimmt, daß „die Strategie der Reformen im wesentlichen eine Bündnisstrategie ist". Zur Festigung der Bündnisse ist deshalb die Beachtung zweier Regeln unbedingt notwendig: Das Bündnis kann sich nicht festigen, wenn die Ziele nicht nach ihrer Diskussion gemeinsam festgesetzt werden. Dann müssen unterschiedliche Einschätzungen innerhalb der progressiven Kräfte in jeder der vier Gruppen in jeder neuen Etappe des Kampfes überwunden werden. Das bedeutet, daß jedes Bündnis bestimmte Kompromisse erfordert. Weit davon entfernt, den Kampf zu beeinträchtigen, ermöglichen diese Kompromisse, den Kampf mit einem Maximum an Kräften zu beginnen.
Der Kampf für demokratische Reformen auf allen Ebenen der bestehenden Strukturen muß auch als Kampf innerhalb der verschiedenen Gruppen an der Universität verstanden werden. Nur eine solche Bündnisstrategie ermöglicht die Durchsetzung demokratischer Reformen an der Universität.

An den Schluß möchten wir nur eine Bemerkung stellen. Es ist sicherlich utopisch anzunehmen, man könne das Nirvana der Demokratie inmitten des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in unseren von Grund auf anti-demokratischen Gesellschaften, errichten. Das Niveau der Demokratie, das man an der Universität erreichen könnte, hängt von unendlich vielen Faktoren ab: vom Kampf der Gewerkschaften und der politischen Parteien, die als Vertreter der Arbeiterklasse handeln, vom Bewußtseinsstand der Universitätsangehörigen, ihrer Organisationsfähigkeit, der Stärke der Bündnisse zwischen den progressiven Kräften der vier Gruppen. Es ist sinnlos, sich in Mutmaßungen über die Grenzen der demokratischen Reform innerhalb des gegenwärtigen kapitalistischen Rahmens zu verlieren. Dieses Problem wird das Leben klären. Es kommt allein auf den Kampf für eine möglichst demokratische Reform an.

Jede Abteilung der internationalen progressiven Bewegung hat ihre Aufgabe zu erfüllen. Der Kampf für eine demokratische Reform ist der wirkungsvollste Beitrag der Universitätsangehörigen zum allgemeinen Kampf für den Sozialismus.

Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Psychologie

Klaus Peters

Die vorliegenden Überlegungen gründen in den Erfahrungen der politischen Arbeit am Institut für Psychologie an der Universität Marburg. Sie sind nicht als systematische umfassende Darstellung der historisch-materialistischen Konzeption der wissenschaftstheoretischen Seite der Psychologie zu verstehen; vielmehr geht es um den spezifischen Zusammenhang zwischen Ideologiekritik und Wissenschaftskritik für den Fall der bürgerlichen Psychologie sowie um die Erläuterung bestimmter grundlegender Kategorien des Marxismus-Leninismus, die diesen Zusammenhang begreifbar machen.[1]
Für die Studenten an geistes- und sozialwissenschaftlichen Instituten besteht eine spezifische Verknüpfung zwischen ihrer wirklichen Situation und dem Gegenstand

1 Eingehende Darstellungen einer historisch-materialistischen Theorie der Psychologie finden sich u. a. in den zahlreichen Veröffentlichungen S. L. Rubinsteins. Vgl. bes. ders., Sein und Bewußtsein (Berlin, 1962).

ihrer Tätigkeit. Im Gegensatz namentlich zur technisch-naturwissenschaftlichen Intelligenz treten ihnen die ideologischen Verhältnisse nicht **nur** als Überbau entgegen, sind vielmehr auch Gegenstand ihrer Wissenschaft.

Während man zum Beispiel bei einem Techniker davon ausgehen kann, daß der Grad seiner Einsicht in seine ideologische Bestimmtheit nicht unmittelbar abhängig ist vom Grad seiner professionellen Fertigkeit, so fallen diese beiden Aspekte für alle Studenten in „Überbaufächern" zusammen: Das herrschende Interesse findet im Gegenstand dieser Wissenschaften einen unmittelbaren Ausdruck. So wird die wissenschaftstheoretische Kritik an diesem Gegenstand zum unmittelbaren Bestandteil des ideologischen Kampfes. Ein mögliches Mißverständnis möchte ich ausräumen. Es ist — entsprechend der materialistischen Beantwortung der Grundfrage der Philosophie — vollständig klar und eine unumstößliche Sache, daß ideologiekritische Arbeit nirgendwo und zu keiner Zeit bei der Mobilisierung progressiver Kräfte die bestimmende Seite ist. Die Initiierung der Parteinahme für die Arbeiterklasse ist beileibe keine Sache der Ideologiekritik: sie kann die materiellen Interessen, die ihr methodischer Anfang sind, nicht auf ideelle Weise konstituieren. Darum muß notwendig jede Ideologiekritik, die losgelöst von den Organisationen der Arbeiterklasse — insbesondere deren Partei — betrieben wird, zum idealistischen Scheinboxen um luftige Prinzipien werden. Was dabei herauskommt, sind Politästheten diverser Couleurs, die — ihre eigene Wendigkeit unter Beweis zu stellen (die nur ihre Windigkeit ist) — geschichtsphilosophische Rezepte konkoktieren, als handle es sich um das Problem der Zusammensetzung von Eierkuchen, und ansonsten eine politische Praxis an den Tag legen, für die der Name Opportunismus noch ein Lob ist. — Desto notwendiger ist es, daß Kommunisten auch den ideologischen Klassenkampf anführen:

„Die ideologische Offensive ist daher eine der wichtigsten Bedingungen für den wachsenden Einfluß auf breiteste Schichten der Bevölkerung und auf den Verlauf der weltweiten Auseinandersetzung in der gegenwärtigen Epoche."[2]

Dazu noch eine Anmerkung. Es ist selbstverständlich richtig, daß auch — und nicht in letzter Linie — die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer sich dem usurpatorischen Zugriff der Monopole nicht entziehen können. Und dieser Zugriff zeigt — wie gehabt — die ökonomisch-politische Seite in notwendiger Eintracht mit der ideologischen. Aber die Kurzfristigkeit kapitalistischer Investitionsinteressen läßt die technisch-naturwissenschaftlichen Fächer schneller und gründlicher unter das *unmittelbare* Räderwerk der staatsmonopolistischen Restriktionen geraten. Das hat dazu geführt, daß sich bei den Studenten der oben genannten Fachrichtungen die Vorstellung vom „Freiraum" besonders hartnäckig festgesetzt hat, ideologiegeschichtlich als Relikt Humboldtscher Unabhängigkeitsphantasien. Darum kommt in diesen Fächern der ideologischen Seite des Klassenkampfes verstärkte Bedeutung zu: die Vorstellung vom „Freiraum" gibt als klassisches bürgerliches Täuschungs- und Selbsttäuschungsmanöver den besonderen Interessen der Studenten Luft und stellt sich als Vorurteil zwischen sie und die Arbeiterklasse.

Speziell in der Psychologie wird dieser „Freiraum" häufig in den Dienst eines karitativen Selbstverständnisses genommen, das für die politische Bewußtseinsbildung eine gefährliche Schranke darstellt. Wer darauf trainiert ist, besondere Übel gesondert zu reparieren, vergißt leicht, wie und wodurch die besonderen Übel, die er jeweils unmittelbar vor sich hat, in den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang eingebettet sind.

Damit ist der erste und wichtigste Schritt zu einer reformistischen Ideologie getan, die die notwendigen Vermittlungen über *bestimmende* Zusammenhänge für eine politische Praxis nicht mehr sieht, nicht mehr sehen kann: daß die bürgerliche Psychologie *auch* Unfallforschung betreibt, darf nicht verschleiern, worin ihre *wesentliche* Funktion in der kapitalistischen Gesellschaftsformation besteht. — Ich werde unten zu zeigen versuchen, wie auch dieses Bewußtsein in Gegenstand und Methode der Psychologie seinen Niederschlag findet.

Das revisionistische Methodenmißverständnis

An den Psychologie-Instituten der BRD macht sich eine ideologische Tendenz in

2 Walter Ulbricht, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Internationale wissenschaftliche Session des ZK der SED: 150. Geburtstag von Karl Marx (Berlin, 1969), S. 66.

der Kritik der bürgerlichen Psychologie breit, die die marxistische Theorie zwingt, über den eingespielten Rahmen der Positivismuskritik hinauszugehen. Linksradikalistische Kreise im Verein mit der „Frankfurter Schule" schießen sich auf das technologische Niveau der Psychologie ein, weniger oder gar nicht auf die Psychologie als *bürgerliche* Psychologie.

Das hat stellenweise zu einer abstrakten Kritik an den Methoden — insbesondere der experimentellen Verfahrensweise — der bürgerlichen Psychologie geführt, die mit bürgerlichem Klasseninstinkt von deren klassenmäßig bestimmten Inhalten absieht. (Emotional gestützt wird diese Art der Kritik durch die Arbeitsüberlastung vor allem der Anfangssemester mit der Büffelei statistischer und empirischer Techniken.) Worauf diese Art der Kritik hinausläuft, zeigt die Forderung einiger Sektierergruppen nach einem „mathematikfreien Kommunismus" als historisches Ziel des Klassenkampfes. Freilich: im Maße ihrer Naivität erweist sich eine Verformung materialistischer Kritik vor allem für jüngere Kommilitonen attraktiv, geht sie doch mit deren vielfach nur kulturrevolutionären Protesten gegen die bürgerliche Familie Hand in Hand.

Dabei ist nur folgerichtig, daß eine derartige Kritik zwischen bürgerlicher und sozialistischer Psychologie nicht mehr unterscheiden kann. Denn das *bürgerliche* Moment entzieht sich ihr von vornherein. Wer das Kreuz der gegenwärtigen Epoche in der Technologie sieht, wer die Kritik der politischen Ökonomie durch die der technischen Zivilisation ersetzt[3], fällt auf das Hauptstück des Antisowjetismus' herein[4] und hat damit seinen politischen Standpunkt verkauft. Ob dialektisches Denken, das abermals den Boden der Bestimmung unter den Füßen verloren hat, sich orientiert auf „die metaökonomische Dimension des materialistischen Produktionsbegriffs" (Krahl) oder auf die instrumentelle Vernunft, die uns das „Reich der Freiheit" vorenthält[5]: es bleibt bei einer mehr oder minder geschickten Marx-Revision, hinter der sich bürgerliche Klasseninteressen nur kümmerlich verbergen.

Das subjektive Interesse der Psychologen kommt derartigen Marxmanipulationen häufig entgegen. Abgesehen davon, daß der Schein des Progressiven, den die Revisionisten seit eh und je für sich beanspruchen, als solcher attraktiv ist, entsteht bei den Psychologen leicht der Verdacht, daß die wesentlichen Momente des „Metaökonomischen", des „Reichs der Freiheit", genau das sind, was sie für den Gegenstand ihrer Wissenschaft halten. Jene Ideologie, die den Mensch in den Mittelpunkt rückt und nebenbei den Kapitalisten zum Maß aller Dinge macht, erkennt sich in der Abweisung der unfreundlichen Ökonomie als bestimmender Grundlage menschlichen Lebens gerne wieder. Das „eigentlich Menschliche", das — revisionistisch zu reden — „Unentfremdete", die „Selbstverwirklichung", ja, auch der „Sinn des Lebens" bilden den großen bürgerlichen Versuch ab, die Widersprüche wenigstens aus dem privaten Alltag zu expedieren. Wie Adornoschüler gerne sagen: „Es sind doch alles richtige Menschen", so halten es manche für die Aufgabe einer recht und wohlverstandenen Psychologie, „richtige Menschen" zu untersuchen und — vor allem — zu „verstehen".

Die Strategie der bürgerlichen Ideologen, die hier ihren Ausdruck findet, fordert vom Marxismus in der Tat, eine neue Seite in der Kritik positivistischer Forschungs- und Wissenschaftslogik aufzuschlagen. Sein kritischer Anlauf unterscheidet sich vom bürgerlichen eben darin, daß er die Widersprüchlichkeit seines Gegenstandes ausmacht und darum positive Seiten seiner Gegner als positive aufheben kann, ohne deswegen ideologische Konzessionen zu machen. Das gilt für alle Kontrahenten,

3 Albrecht Wellmer, Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus (Frankfurt/M.; edition suhrkamp Nr. 335, 1969²). S. 138: „. . . so lösen die Autoren der Dialektik der Aufklärung die Kritik der Tauschrationalität von ihrer arbeitswerttheoretischen Grundlegung in der Kritik der politischen Ökonomie ab und überführen sie in eine Kritik der instrumentellen Vernunft . . . die Kritik der politischen Ökonomie geht in eine Kritik der technischen Zivilisation über."

4 ebenda: „Die Dialektik der Aufklärung ist der faszinierende Versuch, die Kritik der kapitalistischen Gesellschaft so tief (! K. P.) anzusetzen, daß sie mit dem von Marx kritisierten liberalen Kapitalismus zugleich dessen staatskapitalistische bzw. staatsinterventionistische Erben trifft und auf den Begriff bringt."

5 ebenda. S. 138/139: „Weil für Marx aber die dialektische Einheit von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein letztlich (! K. P.) doch zu einem einseitigen Bedingungsverhältnis wurde, konnte er die Geschichte von Selbstverlust und Emanzipation am Leitfaden jenes äußeren Schicksals allein erzählen, das die Menschen durch die Errichtung der Klassengesellschaft sich selbst bereiteten . . . Horkheimer und Adorno präsentieren Marx die Gegenrechnung."

die Neopositivisten ebenso wie für die „Frankfurter Schule":
„Gerade in der westdeutschen Soziologie sind von Vertretern der Dialektik in dieser Auseinandersetzung nicht ausreichend die positiven Seiten dieser (der positivistischen, K. P.) Wissenschaftslogik gesehen worden. Für die materialistisch-dialektische Geschichtsauffassung ergibt sich daraus eine spezifische Aufgabe, über die J. Filipec zutreffend schreibt: ‚Beide Extreme arbeiten in einem gewissen Grade füreinander und führen in einem bestimmten exakt abgegrenzten Sinn sogar eine gewisse gedankliche Arbeit für die marxistische Gesellschaftswissenschaft aus, die sich als dialektische Synthese und »Negation der Negation« in diesem Streitpunkt über beide Lager setzen sollte.'"[6] [7]
Nun kann keineswegs von individuellem Irrtum im Fall revisionistischer Kritik die Rede sein. Vielmehr ordnet die historisch-materialistische Kritik revisionistische Positionen genau dadurch den bürgerlichen zu, daß sie aufzeigt, wie sich hier wie da die gleichen materiellen Bestimmungsgründe Bahn brechen. — Methodisch liegt das übergreifende Moment in der Ohnmacht gegenüber der Erscheinung, die, anstatt auf ihre wesentlichen Seiten hin befragt zu werden, ihrerseits das erkennende Subjekt von sich abhängig macht, versklavt.

Der bürgerliche Kniefall vor der Erscheinung

Im Falle der Psychologie ist diese Erscheinung die des individuellen Menschen, der zum Gegenstand der Wissenschaft gemacht wird. So ist der wissenschaftstheoretische Anfang der bürgerlichen Psychologie die bürgerliche Konzeption des Individuums. Diese Konzeption ermöglicht es den bürgerlichen Ideologen, vom Individuum zu handeln, ohne es in seinen wesentlichen Widerspruch aufzulösen; denn nur als Grund- und Ausgangskategorie — als Fixpunkt — konnte es zu Zeiten der Aufklärung die Emanzipation (!) der Privatproduzenten gegenüber klerikalen und feudalen Schranken begreifen und so die bürgerliche Revolution einleiten.
Der Traum von Robinson, dem abstrakten, vereinzelten, auf sich selbst gestellten Individuum, den bereits Marx mit der Kritik der politischen Ökonomie entlarvte, verlor mit der Durchsetzung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln zwar seine historische Berechtigung, treibt aber desto stärker als ideologische Widerspiegelung der „freien Entfaltung" (der Agenten des Monopolkapitals nämlich) sein Unwesen. Im Treibhaus der herrschenden Psychologie wuchert er seither. Es ist eine wahre Geisterwissenschaft daraus geworden mit einem dunstigen Gegenstand: Robinson, der unter der Maske der Versuchsperson im dunklen Raum Glühbirnen aufleuchten sieht, vertritt jetzt den Allmächtigen, einer so gespenstig wie der andere, beide die Protagonisten der herrschenden Träume der herrschenden Klasse.
Zu Recht mag eingewendet werden, daß dieser Traum vom einzelnen Individuum auch in anderen ideologischen Formen, auch in anderen Wissenschaftssparten an den Tag tritt. Die bürgerliche Psychologie aber hat ein besonderes und besonders intimes Verhältnis zum bürgerlichen Lieblingskind. Denn wenn übers Individuum überhaupt noch mit dem Anspruch der „Erklärung" geredet werden soll, ohne gleichzeitig die bürgerliche Konzeption des Nichthinterfragbaren zu unterlaufen, so geschieht dies paradigmatisch dadurch, daß der Bestimmungsgrund in das Individuum hineinverlagert wird. Wie zwingend dieser Schritt für die bürgerlichen Ideologen ist, sieht man daran, daß auch in anderen Wissenschaften, wo vom bürgerlichen Individuum die Rede ist, von diesem in psychologisierender Weise die Rede ist. Das gilt für die Soziologie ebenso wie für die Pädagogik, Philosophie, Sozialpsychologie, Volkswirtschaftslehre, Politologie usw.

Seit einigen Jahren versuchen die bürgerlichen Wissenschaften sich diesem Vorwurf zu entziehen, indem sie zunehmend „soziale Komponenten" berücksichtigen. Jedoch kann die soziologistische Konzeption des Individuums marxistische Einwände nicht entkräften, solange das soziale Moment sich nur als eine Beziehung zwischen Individuen bestimmt, d. h. ihr Ende wieder in den Individuen findet, die dadurch bestimmt werden sollen. Der Psychologismus hat mit dem Soziologismus gemein, daß in der Konzeption des Individuums die bestimmenden und die bestimmten Momente zusammenfallen.

6 J. Filipec, Industriální spolecnost v sociologické diskusi (Praha, 1967). S. 34.
7 Peter Bollhagen, „Die marxistische Geschichtsauffassung und ihre heutigen Kritiker", in Marxismus in unserer Zeit, Marxistische Blätter Sonderheft 1 (1968). S. 22.

Eben darin liegt auch der idealistische Charakter dieser Konzeption.[8] Ich werde im Folgenden nicht eigens zwischen den beiden Spielarten trennen, sondern sie über einen Kamm scheren, nämlich den der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse.[9]
Denn die gesellschaftlichen Verhältnisse sind es, die im Individuum verschwinden. Das Individuum erscheint als Pendant zur Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Ware, wie Marx sie analytisch und historisch herausgearbeitet hat.
„Die Kehrseite der Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Elemente der Produktionsverhältnisse mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit. In der Erscheinung verwandeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in untrennbare Eigenschaften ihrer stofflichen Träger ... Der dingliche Charakter wird mit dem gesellschaftlichen Verhältnis identifiziert."[10]

Dieses Zusammenwachsen der stofflichen Elemente mit ihrer Bestimmtheit ermöglicht idealistische Erklärungsversuche aus dem Ding ‚Individuum' heraus. Die Erscheinung der Bestimmungen als Eigenschaften der Dinge, hier der Individuen, ist es, auf die bürgerliche Psychologen und ihre bürgerlichen Kritiker hereinfallen.
Ob man sich daranmacht, die Erscheinungsweisen des Individuums mit dem Anspruch der Erklärung nach allen Regeln der Forschungskunst herauszuarbeiten, oder ob man den Anspruch des spezifisch „menschlichen Individuums" — des „richtigen Menschen" — gegen den instrumentellen Charakter dieser Regeln durchsetzen will: so oder so fällt man auf den Schein des Individuums herein, wird man darüber, daß man die Ohnmacht des Individuums gegenüber den Verhältnissen, in denen es steht, vergißt oder verabsolutiert, selber ohnmächtig.

Die Denunziation der Wirklichkeit

Wie die Psychologie ideologisch an der Stelle abhebt, wo die gesellschaftlichen Verhältnisse in einzelnen Individuen verschwinden, so kann sie diese Verhältnisse bei ihrer wissenschaftstheoretischen Begründung nicht berücksichtigen. An dieser Stelle ergibt sich die Vermittlung zwischen ideologischen und wissenschaftslogischen Seiten der bürgerlichen Psychologie.
Ich fasse kurz einige — in diesem Zusammenhang wichtige — Momente des Verhältnisbegriffs zusammen, wie ihn Marx konzipiert hat.[11] — Erstens haben die Verhältnisse einen materialistischen Charakter, d. h. sie existieren nicht quasi spiritualistisch neben dem wirklichen Verhalten, „denn die Verhältnisse der Individuen *können* unter allen Umständen nichts anderes als ihr wechselseitiges Verhalten"[12] sein. Zweitens erschließen sich die Verhältnisse nur dem Begriff und nicht der Anschauung; ein Verhältnis „existiert zunächst im Kopfe, in der Vorstellung, wie Verhältnisse überhaupt nur *gedacht* werden können, wenn sie fixiert werden sollen, im Unterschied zu Subjekten, die sich verhalten."[13] Das heißt, daß es Momente — wesentliche Momente — der Wirklichkeit gibt, die nur theoretisch zu begreifen und nicht auf ihre stofflichen Träger reduzierbar sind:
„Sprechen wir von der Ware als Materiatur der Arbeit — in dem Sinne ihres Tauschwerts —, so ist dies selbst nur eine eingebildete, d. h. bloß soziale Existenzweise der Ware, die mit ihrer körperlichen Realität nichts zu schaffen hat; ... (Hier kommt die Täuschung daher, daß sich ein gesellschaftliches Verhältnis in der Form eines Dings darstellt.)"[14]

In diesem Sinne darf der konkrete Mensch nicht auf seine stofflichen Träger, das einzelne Individuum nämlich, reduziert werden. Das Individuum wird dadurch zum konkreten Menschen, daß die *bestimmten* Verhältnisse, in denen es steht, in seinen

8 So unterscheiden Hiebsch und Vorwerg am ‚Menschenbild der kapitalistischen Gesellschaft' ein idealistisches bzw. spiritualistisches, ein agnostizistisches und ein individualistisches Moment. Vgl. H. Hiebsch, M. Vorwerg, Einführung in die marxistische Sozialpsychologie (Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1968). S. 47 ff.
9 Zum Problem des ‚Soziologismus' vgl. bes. Erich Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie (Berlin: Dietz Verlag, 1968). S. 105 ff.
10 Erich Hahn, „Marxismus und Ideologie", in Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jg. 12 (1964). Auszugsweise wiedergegeben in Ideologie und Ideologiekritik, hg. von Kurt Lenk, Soziologische Texte Nr. 4 (Neuwied: Luchterhand Verlag, 1967³). S. 148.
11 Für eine ausführliche Darstellung dieses Begriffs vgl. bes. Erich Hahn, Historischer Materialismus . . . a. a. O., S. 69 ff. — Außerdem MEW 3, 6; MEW 3, 30; MEW 4, 126; MEW 4, 130.
12 MEW 3, 423.
13 Grundrisse 61.
14 MEW 26. 1, 141/142.

Begriff eingehen. — Für das abstrakte Individuum gilt entsprechend, was Hegel fürs ‚Ding' feststellte: „Diesen Zusammenhang, keinen Zusammenhang zu haben, macht allein das Ding aus."[15] Das Ding, das in *bestimmten* Zusammenhängen steht, ist schon nicht mehr nur Ding, es wird konkret.

Die bürgerliche Psychologie handelt vom Menschen jedoch nicht. Sie sieht auch nicht bewußt von ihm ab. Vielmehr verwechselt sie das, was sie sieht, stoffliche Träger der Wirklichkeit nämlich und ihre sichtbaren Reaktionen, mit der Wirklichkeit selbst: das Individuum mit dem Menschen. Das mag umso leichter unterlaufen, als dieses Individuum in der experimentellen Psychologie zum Beispiel von vornherein nur als ‚Versuchsperson' (= Vp) auftritt.

Das verschleierte Verhältnis zur Wirklichkeit hat auch in einer anderen Richtung Folgen. Dadurch, daß sich die Psychologie hilflos den Erscheinungsformen der Wirklichkeit ausliefert, sozusagen ihren Augen traut, verliert sie auch selbst den wirklichen Charakter, in dem Sinne, daß sie noch wirklich etwas aussagt. Sie kann unter allen Umständen nur das bestätigen, was dem ideologischen bestimmten Vorurteil schon vorher klar war; ja, sie muß das bestätigen; der unwirkliche Gegenstand ist eben der *nur* eingebildete — der Ideologie verfallene — des psychologischen Forschers. Die psychologische Erkenntnis verkümmert zur technologischen Form des Vorurteils.

Spiritistisch wird es allemal, wenn Bürger Bürger unter die Lupe ihrer Wissenschaft rücken. Wollen sie nicht mit der Nase auf ihre eigene historische Verspätung fallen, müssen sie auf sich selbst hereinfallen; sie analysieren und beschreiben Individuen, nachdem sie von diesen Individuen all das abgezogen haben, was sie zu Individuen erst macht. Bürgerliche Psychologie bietet Tischewackeln auf wissenschaftlichem Niveau: man muß dran glauben, sonst sieht man nichts.

Insgesamt möchte ich darauf verzichten, die idealistisch-positivistische Methologie im einzelnen zu belegen.[16] Aber in diesem Fall ist ein jüngeres Beispiel anzuführen, das aus der Psychologie selbst stammt. So heißt es im *Lehrbuch der empirischen Persönlichkeitsforschung* von Theo Herrmann, empirische Daten seien „dasjenige, was grundsätzlich jeder Forscher beobachten bzw. registrieren kann"; das hindert ihn nicht, im selben Atemzug als Wahrheitskriterium der Theorie deren empirische Überprüfbarkeit zu nennen.[17] Damit wird die Theorie auf Empirie schlechthin reduziert; sie darf keine Erkenntnisse publizieren, die nicht empirisch auch zu gewinnen sind. Dabei wird diese Empirie durch die unqualifizierte Übereinstimmung aller Forscher charakterisiert, verläßt also den Bereich des nur Subjektiven überhaupt nicht. In einem dunstigen Raum, in dem wirkliche Gegenstände nicht vorkommen, sondern nur „richtige Menschen", ist dies freilich eine angemessene wissenschaftliche Forschungsweise.

Das theoretische Dilemma schlägt sich so in den methodologischen Regeln nieder. Während jede wirkliche Wissenschaft ihre Erkenntnisse an der Wirklichkeit messen muß, d. h. ihre theoretischen Konzeptionen in der *praktischen* Veränderung der Wirklichkeit bewähren muß, tanzt die Psychologie im erkenntnistheoretischen Zirkel. Nachdem sie zunächst die „theoretische" Erkenntnis zurechtgestutzt hat auf das, was bei ihrer empirischen Forschungstätigkeit herauskommt, mißt sie ihre „theoretischen" Ergebnisse an der Empire selbst. Eben das bedeutet die empirizistische Methode der ‚Veri-' bzw. ‚Falsifizierbarkeit': eine Hypothese, die nicht weiter befragt wird und darum nur Vorurteil ist, wird gemessen an dem, was alle sehen können, was alle immer schon gesehen haben, was das Vorurteil zu allererst überhaupt ins Leben rief.

Die Reproduktion des ideologischen Scheins

Das ideologisch bestimmte Vorurteil stellt nicht nur für die theoretische, sondern auch für die empirische Erkenntnisweise erhebliche Schwierigkeiten dar. Das erkenntnistheoretische Moment des Ideologiebegriffs liegt darin, daß die materiellen Verhältnisse als bestimmende Seite eines dialektischen Zusammenhangs den ideellen vorgeordnet werden. Sie zeigen dem materialistischen Theoretiker einen Weg aus dem idealistischen Teufelskreis, der darin besteht, daß, wenn über Erkenntnis geredet wird, immer schon erkannt wird, also die zu bestimmende Tätigkeit ausgeführt werden muß, bevor ihre Bestimmung getroffen wurde. Damit zerfallen dem Idealisten Subjekt und Objekt, die den Begriff der Erkenntnis konstituieren. Sie zerfallen, indem sie in eins zusammenfallen: ins absolute Subjekt-Objekt; der Erkenntnistheoretiker ist Gegenstand des Zusammenhangs, den er zum Gegenstand macht.

Marx zeigte die Möglichkeit, über die bestimmende Grundlage dieser Zusammenhänge zu reden, über die Produktionsverhältnisse nämlich, und gab so auch der Erkenntnistheorie festen Boden. — Wenn die positivistischen Methodologen übermütig auf diesen festen Boden verzichten und nur noch formale Regeln für ihr Vorgehen erstellen, so ignorieren sie die grundsätzliche Schwierigkeit. Der methodische Punkt, an dem sie wieder aufbricht, ist die Konzeption der Hypothese, die nicht etwa aus der Theorie gewonnen wird, sondern „irgend etwas" sein kann (!); ihr Wesen besteht lediglich darin, daß von ihr nur solange behauptet werden soll, sie sei richtig, bis — nach bestimmten Regeln — festgestellt wird, in welcher Richtung sie modifiziert werden muß, um Genaueres über die vermuteten Zusammenhänge auszusagen. In dieser Form der Hypothese verschwinden wie in einem großen Schlund alle *wirklichen* Probleme. Es verschwindet jener Zusammenhang, der das Subjekt selber problematisch werden läßt. Nun, da die Hypothese leer ist, kann in ihr das Vorurteil — und schon gar dessen ideologischer Grund — nicht mehr gesehen werden. Und wenn — was vorkommt — der gesunde Menschenverstand die Positivisten zwingt, ein mögliches Vorurteil zuzugeben, so hält sich das im Rahmen der Zufälligkeit, der Unbestimmbarkeit also, die jenen Fatalismus in der Methodologie ausmacht, der sie andererseits auf die Wirklichkeit ganz verzichten läßt. Sie freuen sich darüber, daß wir nicht mehr sehen können, als das, was wir sehen, (womit sie recht haben) und bleiben so hoffnungslos an der Oberfläche der Dinge hängen, ja, denunzieren sogar die Wissenschaft, die es besser macht, als „Essentialismus".

Die empirische Erkenntnis jedoch, die nicht von der gesellschaftlichen Praxis ausgeht, sondern vom individuellen Vorurteil, kann überhaupt nichts mehr erkennen:

„Jene Empirie, die sich das Denken möglichst selbst verbietet, und die eben deshalb nicht nur falsch denkt, sondern auch nicht imstande ist, den Tatsachen treu zu folgen oder nur sie treu zu berichten, die also in das Gegenteil von wirklicher Empirie umschlägt ..."[18]

— diese Empirie wird nicht nur als Wissenschaft funktionslos, weil sie Wesentliches nicht mehr erkennen will noch kann, sie untergräbt sogar ihre abstrakte Möglichkeit, die Erscheinungen so herzuzählen, wie sie sind. Denn die Empirie ist nicht auf sinnliche Wahrnehmung zu reduzieren. Zu ihr gehört wesentlich eine gewisse rationale Verarbeitung der Sinnesdaten, namentlich die Verallgemeinerung und die Zusammenfassung, also die Feststellung von Ähnlichem und Gemeinsamem. Darüber hinaus gehören zu ihr die Vermutung von Regelmäßigkeiten in beobachteten Prozessen (der sogenannte induktive Schluß) und die Herstellung von Modellen. Für derartige formalisierende bzw. quantifizierende Schritte ist in jedem Fall ein subjektives Moment in Form eines Maßstabes oder anderer „Vorbilder" (zum Zweck des Vergleich) nötig, die nicht aus dem Nichts stammen, sondern in Wirklichkeit nur dem gesellschaftlichen Zusammenhang selbst entnommen werden könnten. Damit gehen die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur in die theoretische, sondern auch in die empirische Erkenntnisweise als bestimmendes Moment ein. Es ist auch nicht für einen Augenblick (schon gar nicht für den Augenblick einer Hypothese) möglich, das erkennende Subjekt aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang, der seine materielle Bedingung ist, herauszuschälen.

Von seiten der bürgerlichen Ideologen wird an dieser Stelle mit einer gewissen Vorliebe an die Naturwissenschaften erinnert. Sie gelten ihnen für ein wahres Eldorado an formaler Reinheit und Vorurteilslosigkeit. Konsequente Psychologen behaupten denn auch für ihre Wissenschaft den Status einer Naturwissenschaft. Der historische Materialismus ist sich mit ihnen darin einig, daß für die Naturwissenschaften sich das Verhältnis von Subjekt und Objekt anders darstellt als für die historischen Wissenschaften. Hier kann der Mensch nicht *in derselben Weise* als sub-

15 G. W. F. Hegel, Wissenschaft der Logik, Erster Teil, 2. Buch, II. 1. B, Werke Bd. 6 (Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1969). S. 142.

16 Die entsprechenden Quellenbelege finden sich im gesamten „Positivismusstreit". — Außerdem in unzähligen Veröffentlichungen in der DDR. In den vergangenen Jahren erschienen u. a. Erich Hahn, Historischer Materialismus ... a. a. O., und Maurice Cornforth, Marxistische Wissenschaft und antimarxistisches Dogma (Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter, 1970).

17 ebenda (Göttingen, 1969). S. 41/42.

18 MEW 20, 395.

jektive Seite des Gegenstandes auftreten, ohne daß für einen Moment behauptet werden soll, daß naturwissenschaftliche Erkenntnis von den gesellschaftlichen Verhältnissen unabhängig sei, so ist doch einsichtig, daß der Zusammenhang weniger problematisch ist, als im Falle der historischen Wissenschaften.

Die Psychologie allerdings kann *diesen* naturwissenschaftlichen Anspruch für sich nicht geltend machen. Im Unterschied etwa zur Medizin oder Biologie, die eine natürliche Seite des Menschen, sein stoffliches Substrat, untersuchen, ist *ihr* Gegenstand dieses stoffliche Substrat höchstens insofern und in dem *Zusammenhang*, als sie fragt, welche Rolle die Natur des Menschen, seine körperliche Organisation *in* den gesellschaftlichen Bezügen spielt. — Die doppelte Rolle der Psychologie als Natur- und Gesellschaftswissenschaft ist also nicht nach dem Muster „entweder/oder" zu sehen, sondern eher schon im „sowohl/als auch". Sie untersucht zwar auch die natürliche Seite des Menschen, aber nur insofern, als sie für seine spezifisch menschliche, d. h. gesellschaftliche (s. o.) Seite eine Rolle spielt. Damit entfällt für sie das vereinfachte Problem der Erkenntnisschwierigkeit, wie es für die Physik oder die Chemie beispielsweise gelten mag.

Daher muß sie sich in allen Konsequenzen den Vorwurf gefallen lassen, nur mit Denkformen zu operieren, die „gang und gäbe" sind, diese unter dem formalen Etikett der Hypothese für „reine Form" auszugeben und sie triumphierend hinterher in den Ergebnissen wiederzufinden. „Die objektive Erscheinung wird zur Quelle subjektiver Falschheit".[19] Der Mensch erscheint zwar objektiv als Individuum, will aber hinter diesem wiedergefunden und im Begriff in seiner Konkretheit erkannt werden. Gegenstand der bürgerlichen Psychologie, ihrer empirischen wie theoretischen Erkenntnis, ist lediglich der Schein des Individuums auf das hilflose Gehirn des Psychologen.

Empirische Erkenntnis und Wirklichkeit

So sehr die herrschende empirische Forschung in der bürgerlichen Psychologie den herrschenden Interessen verfallen ist, so wenig darf dieser Zusammenhang selbst verabsolutiert werden. Der empirische Charakter der Forschung darf nicht für den Zusammenhang verantwortlich gemacht werden, in den diese Forderung gestellt wurde. Wie Peter Bollhagen an anderer Stelle entwickelt, „existiert" „ein bestimmter Bereich der gesellschaftlichen Wirklichkeit", der adäquat formalisierbar und quantifizierbar ist.[20] Dieser Bereich der gesellschaftlichen Wirklichkeit entzieht sich dem deskriptiven Zugriff der empirischen Verfahrensweise selbstverständlich nicht. Diese Verfahrensweise erhält ihren Stellenwert jedoch bereits durch die theoretische Konzeption, die ihr zugrundeliegt. So kann nicht eine Seite der Wirklichkeit für die Wirklichkeit selbst hingehen oder doch an deren Stelle treten.

Die empirische Erkenntnis ist nicht im Sinne der „Frankfurter Schule" als instrumentell und lediglich auf Subjektives gerichtet zu denunzieren, sondern als relevantes und unerläßliches Moment der Erkenntnis in die Analyse der Wirklichkeit einzubeziehen.

Den Schlüssel für den Zusammenhang und die notwendige Einheit von theoretischer und empirischer Erkenntnis liefert ebenfalls der Begriff der Verhältnisse, wie Marx ihn konzipiert hat. „Denn die Verhältnisse der Individuen *können* unter allen Umständen nichts anderes als ihr wechselseitiges Verhalten"[21] sein. Dieses Verhalten ist empirisch erkennbar, weist jedoch in seinem *Begriff* selbst schon über die Grenzen der empirischen Erkenntnis hinaus. Denn es ist nicht für sich allein schon ‚Verhalten', vielmehr konkret erst als Verhalten zu anderen, bestimmbaren, dem Individuum selbst äußerlichen, konkreten Individuen. So ist die Beobachtung und die Beschreibung, auch die Formalisierung und Typisierung des Verhaltens ein legitimes und notwendiges Mittel wissenschaftlicher Erkenntnis. Hier ist, im Unterschied zur positivistischen Isolierung, die Vereinzelung eines Moments der Wirklichkeit theoretisch gesteuert und untermauert. Die Fragen, die im empirischen Verfahren an die Wirklichkeit gerichtet werden, können ihren Sinn ausweisen, ohne auf den gesunden Menschenverstand zurückgreifen zu müssen, der nichts ist als der ideologisch verbogene Unverstand seines Advokaten.

19 Erich Hahn, „Marxismus und Ideologie" a.a.O., S. 148.

20 ders., „Beziehung", in Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, hg. von W. Eichhorn, E. Hahn, G. Heyden u. a. (Berlin; Dietz Verlag, 1969). S. 81 ff.

21 a. a. O.

Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie"?

Frank Adler

Ende Februar fand in Frankfurt/Main eine vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen veranstaltete Konferenz zum Thema „Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus" statt. Diese Konferenz dokumentierte offenkundig die Tatsache, daß die „kritische Theorie" der „Frankfurter Schule" (u. a. Adorno, Horkheimer, Marcuse, Habermas) unfähig ist, theoretische Grundlage der Strategie und Taktik des antimonopolistischen Kampfes zu sein. Hatte sie einen Anteil an der Formierung der studentischen Opposition gegen das staatsmonopolistische System, so ist sie heute von der Entwicklung überholt und stellt ein Hindernis dar bei der Annäherung der oppositionellen Intelligenz an Positionen der Arbeiterklasse. Die Untauglichkeit der „kritischen Theorie" — besonders ihrer Habermasschen Gestalt — in politisch-taktischer Hinsicht ist schon früher erkannt und kritisiert worden.[1] Allerdings waren selbst die schärfsten Attacken führender Repräsentanten der oppositionellen Studentenbewegung oft begleitet von einer bewußten oder unbewußten Hinnahme von Habermas' Sozialphilosophie und Teilen seiner Imperialismustheorie.

Gerade deshalb ist es bemerkenswert, daß von den rund 550 vorwiegend studentischen Teilnehmern der Frankfurter Konferenz der marxistisch-leninistischen Kritik an den theoretisch-philosophischen Grundlagen der „Frankfurter Schule", besonders auch der Habermasschen Soziologie[2], nichts entgegengesetzt wurde. Im Gegenteil, die mit der Darlegung grundlegender marxistischer Positionen verbundene Kritik wurde mit gespannter Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Diese Konferenz-Atmosphäre war kein Zufall, sondern Symptom eines Reifeprozesses innerhalb der studentischen Bewegung, ausgelöst vor allem durch die eigenen Erfahrungen der studentischen Protestbewegung. Alle Versuche, die „kritische Theorie" in eine wirksame revolutionäre Strategie umzusetzen, endeten mit Fehlschlägen. Das schafft günstige objektive Voraussetzungen für einen stärkeren Einfluß des Marxismus-Leninismus auf die oppositionelle Intelligenz. Selbst von der „FAZ" wird diese Entwicklung in einer Besprechung der Frankfurter Konferenz zugegeben: „Das wäre vor Jahr und Tag nicht möglich gewesen. Die Sehnsucht nach der Organisation ist offensichtlich."[3]

Die teilweise Abkehr der Frankfurter Schule vom Anarchismus und von romantischen Illusionen läßt die „kritische Theorie" allerdings nicht automatisch von der Bildfläche verschwinden. Im Gegenteil, es gibt Anzeichen, daß sie versucht, im „neuen Aggregatzustand" zu überleben, d. h., in den Bestand der revisionistischen und sozialdemokratischen Ideologie überzugehen.

Habermas und die „kritische Theorie"

Jürgen Habermas ist der letzte bedeutende Repräsentant der „kritischen Theorie" in Westdeutschland. Der heute Vierzigjährige gehört zur jüngeren Generation „kritischer Theoretiker" und verwaltet das Erbe der Frankfurter Schule — Ursprung und Heimstätte der „kritischen Theorie". Demzufolge ist auch seine Gesellschaftstheorie teilweise von einer anderen gesellschaftlich-historischen Erfahrungssituation geprägt als die anderer Vertreter der „kritischen Theorie" (Marcuse, Horkheimer, Adorno). Habermas reflektiert vor allem den Widerspruch zwischen hohem Entwicklungsstand der Technik, Technologie und geistiger und moralischer Verkrüppelung der Persönlichkeiten durch Manipulation, skrupellose Ausbeutung. Nach Habermas' Meinung existiert der Klassengegensatz zwar noch, jedoch ist er „stillgelegt", latent. Aus ihm läßt sich „kein systemsprengender Konflikt mehr entfachen". Dafür gibt Habermas zwei Gründe

1 O. Negt u. a.: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1968

2 E. Hahn: Die theoretischen Grundlagen der Soziologie von Jürgen Habermas, Referat zur Konferenz „Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus", Februar 1970

3 FAZ vom 24. Juli 1970

an. Erstens sei es dem staatsmonopolistischen System gelungen, die Arbeiterklasse zu korrumpieren, „Massenloyalität" zu erreichen, indem es den Arbeitern eine Reihe von ökonomischen Zugeständnissen gemacht habe. Diese Zugeständnisse, wie überhaupt ein stabiles Wirtschaftswachstum, wären dem staatsmonopolistischen Kapitalismus auf Grund von zwei Tendenzen möglich, dem Anwachsen der „interventionistischen Staatstätigkeit" und der Tatsache, daß die Wissenschaft zur ersten Produktivkraft geworden ist.

Zweitens: Der staatsmonopolistische Staat kann jedoch nur dann seine systemstabilisierende und allseitig regulierende Rolle erfüllen, wenn die Bevölkerung „entpolitisiert" ist, wenn die „demokratische Öffentlichkeit" ausgeschaltet wird. Das geschieht einerseits durch die obengenannten „Zugeständnisse", die eine das Handeln der Menschen auf die Befriedigung „privatisierter" Bedürfnisse lenkende Ideologie zur Folge haben. Auf der Grundlage dieser Ideologie entsteht eine zweite Tendenz zur Entpolitisierung: Die Produktivkräfte übernehmen die Rolle einer Ideologie. Indem der durch den „staatlichen Interventionismus" gestützte Fortschritt der Produktivkräfte als Voraussetzung zur Befriedigung der privatisierten Konsumbedürfnisse anerkannt wird, ist es möglich, im angeblichen Interesse der Sachzwänge des technischen Fortschritts demokratische Willensbildungsprozesse auszuschalten. Gesellschaftliche Probleme erscheinen als technische und demzufolge von „Technokraten" fachmännisch zu erledigende. Die gesellschaftlichen Systemprobleme verschwinden aus den Köpfen der „Entpolitisierten", und dem System wird es möglich, angeblich im Namen des technischen Fortschritts die letzten Reste bürgerlicher Demokratie abzubauen, ohne auf nennenswerten politischen Widerstand zu stoßen. Dieser Entwicklung will Habermas entgegentreten. Den entscheidenden Ansatzpunkt sieht Habermas in der „Politisierung der Öffentlichkeit", in der Veränderung der Ideologie, indem durch die „kritische Theorie" der Unterschied von technischen und gesellschaftlichen Problemen wieder zu Bewußtsein gebracht wird. Träger und Subjekt einer solchen systemverändernden Ideologie könne nicht die angeblich korrumpierte Arbeiterklasse sein, sondern eine soziale Gruppe, die auf Grund ihrer privilegierten Stellung, ihres ohnehin vorhandenen materiellen Überflusses nicht mehr durch ökonomische Zugeständnisse zu korrumpieren sei – die Intellektuellen und vor allem die Studenten bürgerlicher Herkunft. Deren Mission sei es, auf der Grundlage des westdeutschen Grundgesetzes und in Zusammenarbeit mit den noch bestehenden bürgerlich-demokratischen Institutionen und Organisationen die Öffentlichkeit zu repolitisieren.

Die kapitalistische Gesellschaft habe sich beim Übergang von der „liberalen" zur monopolistischen und besonders zur staatsmonopolistischen Phase derart verändert, daß die Marxsche Gesellschaftstheorie nicht mehr gültig sei. Vor allem treffe das auf die Lehre vom Klassenkampf, vom Basis-Überbau-Verhältnis, auf die Wert- und Ideologietheorie zu – überhaupt könne die politische Ökonomie nicht mehr das Kernstück einer revolutionären Theorie sein. An ihre Stelle müsse Ideologiekritik treten.

Habermas kommt über eine Beschreibung der ideologischen und „moralischen Physiognomie" des Spätkapitalismus nicht hinaus. An die Stelle der materialistisch konkreten Klassenanalyse treten bei ihm Ideenkampf und Räsonieren über abstrakte Gattungsverhältnisse. Die Ausklammerung der Produktionsverhältnisse wird in seiner Sozialphilosophie und Imperialismustheorie zur Methode erhoben. Statt dessen werden Erscheinungen des Überbaus für das eigentliche Soziale ausgegeben und aus den auf Technik und Wissenschaft eingeengten Produktivkräften direkt abgeleitet.

Daneben weist jedoch sein System eine Reihe von Unterschieden gegenüber anderen Vertretern der „kritischen Theorie" auf. Er möchte den Pessimismus und die Praxisferne eines Adorno überwinden, indem er die „kritische Theorie" auf der „Höhe des gegenwärtigen Methodenbewußtseins und des Standes der analytischen Wissenschaften" erneuert. Das heißt, er versucht, in seiner Gesellschaftstheorie eine Reihe von Ansätzen der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie, Soziologie und Psychologie zu integrieren. Weiterhin beschäftigt er sich mit solchen aktuellen Problemen wie Großforschung, Hochschul- und Wissenschaftspolitik, engagiert sich in der Studentenbewegung und entwirft verschiedene Reformvorschläge.

„Haber-Marx"

Habermas stellt seine Gesellschaftstheorie als dialektische Negation des durch die objektive Entwicklung veralteten Marx dar.

Besonders seit 1968 („Erkenntnis und Interesse") konzentriert er seine Kritik auf Marx, was von der Monopolpresse freudig zur Kenntnis genommen wird. Dabei gibt Habermas vor, viel von Marx gelernt zu haben, seine eigentlichen Absichten auf der Höhe der Zeit realisieren zu wollen. Habermas' Kardinalvorwurf gegen Marx lautet: Marx sei von einem automatischen Entwicklungszusammenhang zwischen technischem und gesellschaftlichem Fortschritt ausgegangen. Er habe gesellschaftliche Beziehungen („Interaktion") auf produktionstechnische reduziert und aus letzteren hergeleitet Da der gegenwärtige Kapitalismus aber gerade durch den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher und technischer Entwicklung gekennzeichnet sei, sei der von Marx angenommene Zusammenhang ungültig geworden. Man braucht nicht unbedingt Marxist zu sein, um zu wissen, daß Marx keinesfalls einen automatischen Zusammenhang technischer und sozialer Entwicklung unterstellt hat. Deshalb erhebt sich die Frage: Wie bewerkstelligt Habermas seine originelle Marx-Rezeption, und welches Licht wirft sie auf seinen eigenen Standort?

Der Ausgangspunkt seiner „Marx-Kritik" ist ein Trick: Er zitiert Stellen von Marx, wo dieser von konkreter Arbeit, von produktiver Arbeit im Sinne des einfachen Arbeitsprozesses, von den einfachen abstrakten Momenten des Arbeitsprozesses oder von flachen, vulgären Auffassungen der Produktion spricht, und unterstellt, Marx meine **die** Arbeit, den gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Weil das naturgemäß nicht so glatt geht, ist Habermas nicht zimperlich im Zitieren. Zwei Kostproben dazu.

Habermas: „Aus der Produktion, jener Tathandlung also, die Marx fortwährend als sinnliches Arbeiten und Schaffen apostrophiert . . ."[4]

Marx dagegen: „Endlich als Resultat des Produktions- und Verwertungsprozesses erscheint vor allem die Reproduktion und Neuproduktion des Verhältnisses von Kapital und Arbeit selbst . . . Dies soziale Verhältnis, Produktionsverhältnis, erscheint in fact als ein noch wichtigeres Resultat des Prozesses als seine materiellen Resulate."[5]

Diese eigenartige Zitier- und Interpretationsweise zielt darauf ab, den Marxschen Begriff der gesellschaftlichen Produktion, der die widersprüchliche Einheit von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften sowie von Ökonomie und Gesellschaft faßt, zu ersetzen durch einen Begriff von „Produktion" und „Arbeit" im Sinne der Auseinandersetzung eines als isoliert gedachten Individuums mit der Natur.

Es ist unverkennbar, daß Habermas in seiner eigenen Soziologie mit einem Begriff von ungesellschaftlicher Arbeit und Produktion hantiert.

Einem derartigen „Haber-Marx" ist nun leicht technologischer Evolutionismus vorzuwerfen. In den „Grundrissen" auf Seite 592 ff. stellt Marx dar, wie die Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb des Kapitalismus in Widerspruch gerät mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und daß die modernen Produktivkräfte die „materiellen Bedingungen" sind, um ihre kapitalistische „bornierte Grundlage in die Luft zu sprengen". Jedem, der ein wenig in Marx' Werken gelesen hat, ist klar, daß diese materielle Bedingung, dieser Widerspruch über die verschiedenen Formen des Klassenkampfes realisiert werden muß, um daraus eine revolutionäre Kraft werden zu lassen. Aber das ist für Habermas kein Hinderungsgrund, in dieser dialektischen Einheit „zwei Versionen" und technologischen Evolutionismus zu sehen. Diesen „Haber-Marx" konfrontiert er dann mit dem für die kapitalistische Gegenwart typischen Widerspruch zwischen hochentwickelter Technik und Verkrüppelung der Persönlichkeit und resümiert: „Marx hatte Unrecht, die Produktivkraftentwicklung konvergiert nicht notwendig mit der Befreiung von Knechtschaft und Erniedrigung, denn ein entwicklungsautomatischer Zusammenhang zwischen Arbeit und Interaktion besteht nicht."[6]

Den Vorwurf, Marx „reduziere Interaktion auf Arbeit" bzw. leite den gesellschaftlichen Fortschritt unmittelbar aus dem Wissenschaftlich-Technischen her, führt Habermas weiter zu der Unterstellung, Marx sei Positivist, denn u. a. wäre für ihn auf Grund der o. g. Reduktion das Erkennungsmodell der Naturwissenschaften das einzig gültige gewesen. Deswegen könne man Marx' Konzept der revolutionären Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft nach dem Modell sozialtechnischer Verhaltenssteuerung, Manipulation denken.

4 Jürgen Habermas: Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M. 1968, S. 55
5 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 362

6 Jürgen Habermas: Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Frankfurt/M. 1968, S. 46

Damit stellt er Marx auf eine Stufe mit positivistischen Herrschaftstechnikern, die vorgeben, durch sozialtechnische „Rationalisierung" den Kapitalismus „vernünftiger" zu gestalten.

Ausklammerung der Produktionsverhältnisse und ihre politischen Konsequenzen

Nach dem Studenten- und Schülerkongreß 1967, besonders aber nach seinem Auftreten auf dem Kongreß 1968 begann eine heftige Kritik an Habermas' politischen Thesen von Vertretern der linken Studentenbewegung. Deren sozialphilosophische Voraussetzungen blieben jedoch meist undiskutiert. Eine Reihe der ihn von links Kritisierenden glaubte, man brauche aus seiner Sozialphilosophie lediglich andere politische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Wir gehen davon aus, daß man den ganzen Habermas kritisieren muß. Das entscheidende Kettenglied einer solchen umfassenden Kritik liegt offensichtlich in der bei ihm zur Methode avancierten Ausklammerung der Produktions- und Klassenverhältnisse.

Auf allgemein-theoretischer Ebene hat ein solches Vorgehen u. a. die folgenden Konsequenzen: Es verleitet ihn dazu, Ökonomie und Gesellschaft zu trennen. Er negiert den Charakter der ökonomischen Beziehungen als grundlegend sozialer Beziehung und geht somit von der Fiktion eines neben der Ökonomie verlaufenden Geschichtsprozesses aus. In aller Deutlichkeit zeigen sich die Konsequenzen seiner sozialphilosophischen Voraussetzungen in seiner Imperialismustheorie. Der „staatlich geregelte Kapitalismus" ist für ihn nicht in erster Linie sozialökonomisch bestimmt, sondern „stützt sich auf eine Ersatzideologie, die auf Ablenkung und Privatisierung zielt" (Frankfurter Rundschau vom 5. Juni 1968). Bei einer ideologischen Definition des Imperialismus bleibt Habermas' auf Entökonomisierung bedachter Geist nicht stehen. In seiner Imperialismusanalyse werden alle wesentlichen ökonomischen und politischen Widersprüche verflüchtigt. Welche konkret sozialen Widersprüche verbleiben noch in einer derartigen Optik? Neben geistigen und ideologischen Widersprüchen stellt Habermas noch „Entwicklungsdisparitäten" zwischen gesellschaftlichen Bereichen, Ungerechtigkeiten in der Verteilung, zwischen Privilegierten und Unprivilegierten etc. fest. Habermas nimmt bestimmte ideologische Erscheinungen nicht nur als Ausgangspunkt seiner Bestimmung des Wesens des Imperialismus, sondern betrachtet Bewußtseinsveränderung auch als einzig gebotene Strategie des antimonopolistischen Kampfes. Er propagiert eine „langfristige Strategie der massenhaften Aufklärung", deren unmittelbares Ziel er in der Politisierung der Öffentlichkeit sieht. Mittels der Habermasschen „kritischen Theorie" soll die kapitalistische Gesellschaft ihr Selbstbewußtsein erlangen und damit sich selbst aufheben, denn die spontane Naturwüchsigkeit kapitalistischer Verhältnisse „herrscht durch die symbolischen Mittel des Geistes; darum kann sie auch durch die Kraft der Reflexion bezwungen werden".[7]

Habermas entwickelt scheinbar eine ganz raffinierte Taktik: Er möchte den staatsmonopolistischen Kapitalismus total von innen heraus, nämlich vermittels seiner eigenen Institutionen, aufsprengen. Habermas' Aufklärungsstrategie entsprang auch seine Sympathie für die Studentenbewegung in Westdeutschland. Er betrachtete sie als Motor einer Reform des westdeutschen Hochschulwesens. Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn in dem Maße, wie die Studentenbewegung sich über den Hochschulbereich hinaus erweiterte, das politische Zerwürfnis mit Habermas offen zutage trat. In seiner Polemik mit der linken Studentenbewegung werden viele politische Implikationen seiner Theorie deutlicher. So vertritt er offen die Meinung, das studentische Protestpotential sei nicht sozialökonomisch, sondern sozialpsychologisch determiniert.

Habermas' Einfluß auf die Studentenbewegung, der bis zur Mitte der 60er Jahre ohne weiteres positive Aspekte einschloß, ist vor allem auch darauf zurückzuführen, daß er dem Intellektuellen die führende Rolle im antimonopolistischen Kampf suggerierte. Das bedeutet allerdings nicht, daß er der Arbeiterklasse überhaupt keine Bedeutung beimißt – gegenüber manchen Studenten betont er sogar, daß diese ihre Ziele nur mit Hilfe der Arbeiter und der Gewerkschaften verwirklichen können. Aber er faßt die Arbeiterklasse nicht als das sich selbst und die Gesamtgesellschaft befreiende Subjekt, sondern als Objekt der von den intellektuellen Trägern der „kritischen Theorie" intuitierten Aufklärungsprozesse.

7 Jürgen Habermas: Logik der Sozialwissenschaften, Tübingen 1967, S. 191

An wen adressiert Habermas seine Theorie?

Habermas ist der Meinung, ein Bündnis von staatsmonopolistischer Politik und Sozialwissenschaft hätte eine „mündige Gesellschaft" zur Folge. Dabei beruft er sich ausdrücklich auf amerikanische Vorbilder der Politikberatung. Allerdings, so wendet er ein, dürfe sich dieses Politik-Wissenschaft-Verhältnis nicht technokratisch hinter den geschlossenen Türen der Bürokratien abspielen, sondern müsse durch eine funktionierende demokratische öffentliche Meinungsbildung vermittelt sein.

Es offenbaren sich interessante Parallelen zu positivistischen Modellen. H. Albert, einer der einflußreichsten Vertreter der positivistischen und offen systemkonformen Soziologie in Westdeutschland, weist der Soziologie eine ähnliche Funktion zu. Sie sollte einen Beitrag dazu leisten, daß „die politische Praxis von einer vergleichenden Beurteilung der in Betracht kommenden Änderungen" ausgehen kann sowie für eine „wirksame Institutionalisierung von Kritik und Kontrolle der Herrschaft unter Aufrechterhaltung der Möglichkeit erfolgreich zu planen und entscheiden" eintreten (Die Zeit, 5. Dezember 1969).

Diese Funktion bürgerlicher Soziologie und damit die objektive Gemeinsamkeit zwischen „kritischer Theorie" und positivistischer Herrschaftstechnik nimmt in einer sozialdemokratisch regierten Bundesrepublik an Bedeutung zu. Spätestens an dieser Stelle, bei seinem Versuch, wissenschaftliche Beratung der Politik zu installieren, wird die politische Konsequenz der zur Methode erhobenen Ausklammerung der Produktions- und Klassenverhältnisse und ihre Ersetzung durch abstrakte Gattungsverhältnisse deutlich: Nicht nur Illusionismus und Utopismus ist die Folge, sondern direkte Systemstabilisierung. Habermas' Spezifik und Vorteil gegenüber der offen systemkonformen bürgerlichen Sozialwissenschaft ist die Fähigkeit, vor allem die Kritik der Intelligenz zu binden, sie leerlaufen zu lassen und letztlich umzufunktionieren. All das provoziert die Frage: An wen ist Habermas' „kritische Theorie" eigentlich adressiert?

Offenkundig nicht an eine revolutionäre Klasse, denn schon in „Theorie und Praxis" (1963) war er der Meinung, daß eine revolutionäre Theorie heutzutage ihres Adressaten entbehre. Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als wende sich die kritische Theorie nur an das mehr oder weniger kritische Potential der Intelligenz. Zweifelsohne wendet sich Habermas an große Teile der Intelligenz, einschließlich der naturwissenschaftlichen. Das zeigt seine Beschäftigung mit allgemein-methodologischen Problemen, mit Problemen kapitalistischer Großforschung ebenso wie seine Verabsolutierung der Rolle der Wissenschaften in der kapitalistischen Gesellschaft. Gerade damit will er die Praxisferne und esotherische Abkapselung von Adorno überwinden. Aber offensichtlich wendet sich Habermas auch an die Machtträger des kapitalistischen Staates. Objektiv versucht er ihnen klarzumachen, daß zur Erhaltung des Kapitalismus nicht nur notwendig ist, die bürgerliche Sozialwissenschaft für notwendige Reformen gesellschaftlicher Teilbereiche noch stärker einzubeziehen, sondern daß man diese Reformen „mit einem imaginären Mäntelchen der Freiheit versehen"[8] muß. Das heißt, man muß so tun, als wären diese Reformen („radikaler Reformismus") der einzig mögliche Weg zur „strukturellen Veränderung" des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die unkritischen Kategorien der „kritischen Theorie"

Es wäre jedoch ein Irrtum, wollte man annehmen, daß sich die Übereinstimmung zwischen der „kritischen Theorie" Habermasscher Version und bürgerlicher Schulsoziologie nur auf das Modell der „Politikberatung" erstreckt oder lediglich eine funktionale Einheit ist. Habermas' gesamtes System zeigt, in welchem Maße er den bürgerlichen Verhältnissen, bei aller scharfsinnigen Kritik an Erscheinungsformen, verhaftet bleibt. Seine theoretischen Ausgangspunkte und sein gesamtes Kategoriensystem lassen erkennen, daß er im Trend der bürgerlichen Schulsoziologie mitschwimmt. Er zeichnet sich lediglich durch seinen Versuch aus, alle möglichen Ansätze in seinem System „dialektisch aufheben" zu wollen. Sein Integrationsbestreben reicht von der klassischen deutschen Philosophie über Psychoanalyse und Sprachanalyse bis zum Funktionalismus und Positivismus.

Die Psychoanalyse ist für ihn das einzige Beispiel einer Wissenschaft, die „methodisch Selbstreflexion in Anspruch nimmt". Offensichtlich zufriedenstellend, charakterisiert dann auch die „Welt" sein Werk „Erkenntnis und Interesse" (1968) als

8 Die Zeit vom 13. März 1970

„Weg von Marx zu Freud". Die Psychoanalyse liefert die allgemein philosophische Begründung seines gattungsgeschichtlichen Dualismus von Arbeit und Interaktion. Geht sie doch aus von einem unsozialen, vorwiegend durch seine Triebe und körperliche Organisation bestimmten Individuum, abstrahiert sie doch wesentlich vom Klassencharakter und begreift (Klassen-) Herrschaft als „Repression von Triebregungen, die im System der Selbsterhaltung generell auch unabhängig von einer klassenspezifischen Verteilung der Güter und Leiden auferlegt werden muß". Vermittelt wird diese gattungsabstrakte „Repression" vor allem durch Ideologie und Institution – also bedarf es nach Habermas' idealistischer Kurzschlußlogik lediglich des geistigen Kampfes, der „befreienden Kraft der Reflexion".

Habermas operiert äußerst souverän mit einem Begriff von Klasse und Klassenkampf, der absolut nichts mit Marxismus zu tun hat. Habermas faßt die Klasse nicht durch ihre Stellung in der gesellschaftlichen Produktion, durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln, sondern er definiert Klassenspaltung als „Verteilung der sozialen Lasten und Entschädigungen auf die Individuen nach Klassenzugehörigkeit". Das ist nicht verwunderlich, denn er trennt prinzipiell in positivistischer Manier die Produktion als technischen Akt der Gütererzeugung von der Distribution als dem „eigentlichen Sozialen" ab. Es ist nur folgerichtig, wenn er den Klassenkampf der Arbeiterklasse ebenso kleinbürgerlich-ökonomisch als Kampf um einen höheren Anteil an „sozialen Entschädigungen" (Lohn, arbeitsfreie Zeit) darstellt. Wer von Anfang an einen bürgerlichen Begriff vom Klassenkampf unterstellt, kommt allerdings leicht zu der Behauptung, dieser sei „stillgelegt" und aus ihm sei „kein systemsprengender Konflikt mehr zu entfachen". Die Anerkennung der bloßen Existenz des Klassengegensatzes erweist sich nur als eines jener Habermasschen Feigenblätter.

Unser kurzer Exkurs über Habermas' Kategorien sollte verdeutlichen, wie die Eliminierung der Produktions- und Klassenverhältnisse mit der Macht einer Methode die Gesamttheorie von Habermas durchzieht. Dadurch können wir jetzt die Behauptung, er projiziere seine eigenen Ungereimtheiten in Marx hinein, etwas präzisieren. Logische Konsequenz der Unterschlagung der Produktionsverhältnisse ist die direkte Ableitung von Politik und Ideologie aus den Produktivkräften bzw. eine ideologische statt einer sozialökonomischen Bestimmung des Imperialismus. Genau diese Konzeption wird Marx unterstellt, um dann festzustellen, daß heute an Stelle der von „Habermas-Marx" angenommenen progressiv emanzipativen eine quasi konterrevolutionäre Funktion der Produktivkräfte getreten sei. Da es allerdings selbst Habermas schwerfällt, den ganzen Marx auf eine solche Konzeption festzulegen, zerlegt er ihn in zwei Versionen. Das ermöglicht ihm, sich nicht nur als gewöhnlicher Marx-Kritiker, sonder zugleich als sein legitimer Erbe auszugeben. Dieses Verhältnis zu Marx ist Ausdruck seines kleinbürgerlichen Standpunktes: Er ignoriert Marx' Kritik an den grundlegenden materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen im Kapitalismus und versucht an Marx anzuknüpfen, wo er glaubt, mit seiner Hilfe staatsmonopolistische Erscheinungsformen kritisieren zu können.

Die doppelte Angst des kleinbürgerlichen Intellektuellen

Jürgen Habermas registriert sehr genau und mit bemerkenswerter intellektueller Schärfe die Degradierung der Persönlichkeit, die Verarmung der zwischenmenschlichen Beziehungen, den Abbau der Demokratie, die Tendenz der Monopole und ihres Staatsapparates, Wissenschaft und Kultur noch stärker für ihre Herrschaftsbedürfnisse zu verwerten, die totale Liquidierung der progressiven Traditionen des Bürgertums. Diese Entwicklung begreift Habermas jedoch nicht als Ausdruck des dem Monopol immanenten Strebens zur allseitigen Herrschaft. In der Alternative, die er dieser Entwicklung entgegensetzen möchte, versucht er, die positiven Errungenschaften des Bürgertums mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Systems zu versöhnen. Daß dabei eine Konzeption entsteht, die sowohl in ihren Vorschlägen zur Bekämpfung der kritisierten Entwicklungstendenzen als auch hinsichtlich ihres Bildes von der zukünftigen, anzustrebenden Gesellschaft illusionär und utopisch ist, liegt auf der Hand. Trotzdem können derartige Vorstellungen in unterschiedlichen historischen und nationalen Bedingungen durchaus verschiedene Funktionen ausüben. In Anbetracht eines offenen primitiven Antikommunismus, einer verbotenen kommunistischen Partei, einer rechten Sozialdemokratie und anderer Faktoren

hat Habermas bis zur Mitte der 60er Jahre z. T. eine positive Rolle gespielt. Erinnert sei nur an seinen Anteil an der Formierung der studentischen Opposition, an seine Auseinandersetzung mit der primitiven Marx-Tötung, an seine Polemik gegen die Illusion positivistischer Illusion der „reinen", nicht sozial bedingten Erkenntnis etc. In dem Maße jedoch, wie sowohl durch die Festigung der antimonopolistischen Kräfte in Westdeutschland als auch durch den zunehmend aggressiven und reaktionären Charakter des Monopolkapitals die Anforderungen an eine antimonopolistische Konzeption wachsen, wird Habermas von der objektiven Entwicklung überholt und wirkt desorientierend, vor allem auf die Intelligenz, indem er ihre ideologischen Scheuklappen vor dem objektiv notwendigen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen verstärkt und mit viel Aufwand untermauert. Während Harald Wessel vor über zwei Jahren Marcuses Konzeption noch mit den Worten charakterisieren konnte: „Die kritische Theorie bleibt negativ" (FORUM 2 bis 5/1968), müssen wir heute feststellen, daß zumindest die Habermassche Version der „kritischen Theorie" zunehmend konstruktiv wird, allerdings nicht im Sinne des antimonopolistischen Kampfes. Selbst die des Marxismus unverdächtige bürgerliche Presse macht sich über Habermas' Glauben an die Macht der Aufklärung lustig und registriert zum Teil die Funktionen der „kritischen Theorie": „Die oft beschworene kritische Theorie kann dann nur noch eine automatisierte, systemstabile Gesellschaft mit einem imaginären Mäntelchen der Freiheit versehen." (Die Zeit, 13. März 1970.)

Ideologie und ideologische Staatsapparate

Nachfolgend bringen wir den ersten Teil eines Aufsatzes des marxistischen Philosophen Louis Althusser (Paris), in dem versucht wird, zu einer theoretischen Erklärung und Vertiefung bestimmter Phänomene im Bereich des Überbaus vorzudringen. Ansatz und Ziel ist dabei die Bestimmung des Ortes der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, was eine Untersuchung der Eingriffe des Überbaus in den Reproduktionsprozeß sowie bestimmter Wechselwirkungen – vermittelt durch den Klassenkampf – erfordert.

Den zweiten Teil der Arbeit von Althusser, die sich mit der spezifischen Struktur von Ideologie in diesem Kontext beschäftigt, sowie einige Nachbemerkungen des Autors bringen wir in der nächsten Nummer.

Der Aufsatz, der im Zusammenhang zu sehen ist mit dem Bemühen der französischen Marxisten um eine Aufarbeitung der Ereignisse vom Mai 1968, erschien unter dem Titel „Idéologie et Appareils Idéologiques d'Etat – Notes pour une recherche" in der Nr. 151/1970 der Zeitschrift „La Pensée". Unsere Übersetzung ist nicht autorisiert.

Die Redaktion

Über die Reproduktion der Produktionsbedingungen

Wir müssen nun etwas ins Blickfeld rükken, was wir in unserer Analyse nur einen kurzen Augenblick gestreift haben als wir von der Notwendigkeit sprachen, die Produktionsmittel zu erneuern, damit die Produktion möglich ist. Das war ein Hinweis am Rande. Wir werden ihn nun für sich selbst untersuchen.

Wie Marx schon sagte, weiß selbst ein Kind, daß eine Gesellschaftsformation, die nicht die Bedingungen der Produktion zur gleichen Zeit reproduziert, wie sie überhaupt produziert, kein Jahr überleben würde.[1] Die letztliche Bedingung der Produktion ist also die Reproduktion der Produktionsbedingungen. Sie ist „einfach" (nur die Bedingungen der vorhergehenden Produktion reproduzierend) oder „erweitert" (sie erweiternd). Lassen wir im Augenblick letztere Unterscheidung beiseite.

Was ist nun **die Reproduktion der Produktionsbedingungen?**

Wir betreten hier ein Gebiet, das zugleich sehr vertraut (seit dem 2. Band des „Ka-

1 Brief an Kugelmann, 11. 7. 1868, (Ausgewählte Schriften, Berlin 1966, Bd. II, S. 431).

pital") und eigenartig verkannt ist. Die hartnäckigen Evidenzen (ideologische Evidenzen vom empirischen Typ) vom Standpunkt der alleinigen Produktion her oder gar der einfachen produktiven Praxis, (die selber abstrakt ist im Verhältnis zur Produktion), vereinen sich so sehr mit unserem alltäglichen „Bewußtsein", daß es äußerst schwierig ist, um nicht zu sagen fast unmöglich, **zum Standpunkt der Reproduktion** aufzusteigen. Jedoch bleibt außerhalb dieses Standpunktes alles abstrakt (mehr als partiell: deformiert) — selbst auf der Ebene der Produktion und, um so mehr, der einfachen Praxis.

Versuchen wir die Dinge mit Methode zu betrachten.

Um unsere Darlegung zu vereinfachen und davon ausgehend, daß jede Gesellschaftsformation auf einer dominierenden Produktionsweise beruht, können wir sagen, daß der Produktionsprozeß die bestehenden Produktivkräfte in und unter bestimmten Produktionsverhältnisse wirken läßt.

Daraus folgt, daß, um existieren zu können, jede Gesellschaftsformation, während sie produziert und um produzieren zu können, die Bedingungen ihrer Produktion reproduzieren muß. Sie muß also reproduzieren:

1) die Produktivkräfte
2) die Produktionsverhältnisse.

Reproduktion der Produktionsmittel

Alle Welt (die bürgerlichen Ökonomen, die mit einer nationalen Rechnungsführung arbeiten, oder die modernen „makroökonomischen „Theoretiker" inbegriffen) erkennt heute, auf Grund der bahnbrechenden Darlegung von Marx im 2. Band des „Kapital", daß keine Produktion möglich ist, ohne daß die Reproduktion der materiellen Produktionsbedingungen erfolgt: die Reproduktionsbedingungen der Produktionsmittel.

Darin unterscheidet sich ein beliebiger Ökonom nicht von einem beliebigen Kapitalisten, wissend, daß man jedes Jahr für den Ersatz dessen sorgen muß, was sich aufbraucht oder abnutzt in der Produktion: Rohstoffe, feste Anlagen (Gebäude), Produktionsinstrumente (Maschinen) usw. Wir sagen: beliebiger Ökonom = beliebiger Kapitalist, weil sie beide den Standpunkt des Betriebs vertreten, indem sie nur die Begriffe der finanziellen Abrechnungspraxis des Betriebes kommentieren.

Aber wir wissen, Dank dem Genie von Quesnay, der als erster dieses „in die Augen springende" Problem erkannt hat, und dem Genie von Marx, der gelöst hat, daß die Reproduktion der materiellen Produktionsbedingungen nicht auf der Ebene des Betriebes gedacht werden kann; denn sie existiert dort nicht in ihren realen Bedingungen. Was sich auf der Ebene des Betriebes abspielt, ist eine Wirkung, die nur die Notwendigkeit der Reproduktion deutlich macht, aber in keiner Weise ermöglicht, ihre Bedingungen und Mechanismen zu denken.

Es genügt kurz nachzudenken, um sich davon zu überzeugen: Herr Kapitalist X, der in seiner Weberei Wollstoffe produziert, muß seinen Rohstoff, seine Maschinen usw. „reproduzieren". Aber nicht er produziert sie für seine Produktion, sondern andere Kapitalisten: ein fetter Schafzüchter aus Australien, Herr Y, ein fetter Metallunternehmer, der Werkzeugmaschinen produziert, Herr Z. usw. usf., die ihrerseits, um diese Produkte zu produzieren, die die Reproduktion der Produktionsbedingungen von Herrn X ermöglichen, die Bedingungen ihrer eigenen Produktion reproduzieren müssen, usw. bis ins Unendliche — das Ganze in derartigen Proportionen, daß auf dem nationalen Markt, wenn nicht auf dem Weltmarkt, die Nachfrage an Produktionsmitteln (zur Reproduktion) durch das Angebot abgedeckt werden kann.

Um diesen Mechanismus, der auf einen „Faden ohne Ende" hinausläuft, denken zu können, muß man dem „globalen" Vorgehen von Marx folgen und insbesondere die Zirkulationsverhältnisse des Kapitals zwischen dem Sektor 1 (Produktion der Produktionsmittel) und dem Sektor 2 (Produktion der Konsumtionsmittel) sowie die Schaffung des Mehrwerts im 2. und 3. Band des „Kapital" studieren.

Reproduktion der Arbeitskraft

Jedoch wird etwas den Leser zweifellos überrascht haben. Wir haben von der Reproduktion der Produktionsmittel gesprochen — und nicht von der Reproduktion der Produktivkräfte. Wir haben also die Reproduktion dessen, was die Produktivkräfte von den Produktionsmitteln unterscheidet übergangen, nämlich die Reprodukton der Arbeitskraft.

Wenn die Beobachtung dessen, was sich im Betrieb abspielt, insbesondere die Untersuchung der finanziellen Rechnungspraxis der Amortisations- und Investitionsvoraussagen, uns ein annäherndes Bild von der Existenz des materiellen Vorgangs der Reproduktion geben konnte, so betreten wir nun ein Gebiet, für das die Beobachtung dessen, was sich im Betrieb abspielt, wenn nicht völlig, so doch fast gänzlich blind ist, und das aus einem guten Grund: die Reproduktion der Arbeitskraft erfolgt hauptsächlich außerhalb des Betriebes.

Wie erfolgt die Reproduktion der Arbeitskraft?

Sie erfolgt, indem der Arbeitskraft die materielle Möglichkeit ihrer Reproduktion gegeben wird: durch den Lohn. Der Lohn taucht in der Rechnungsführung jedes Betriebes auf, aber als „Kapital Arbeit"[2]) und nicht als Bedingung der materiellen Reproduktion der Arbeitskraft.

Dennoch wirkt es genau so, denn der Lohn repräsentiert nur den zur Reproduktion unbedingt notwendigen Teil des durch die Verausgabung der Arbeitskraft produzierten Wertes. Verstehen wir richtig: „Unbedingt notwendig" zur Wiederherstellung der Arbeitskraft des Lohnabhängigen (für seine Wohnung, seine Kleidung und seine Nahrung; kurz alles was er braucht, um sich am nächsten Morgen — jeden Morgen den Gott schafft — am Fabriktor melden zu können); fügen wir hinzu: „unbedingt notwendig" zur Erziehung der Kinder, in denen sich der Arbeiter reproduziert (in x Exemplaren: x kann dabei sein gleich 0, 1, 2, usw.) als Arbeitskraft.

Ich erinnere daran, daß diese Wertmenge (der Lohn), der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist, nicht bestimmt wird durch die alleinigen Bedürfnisse eines „biologischen" Minimaleinkommens, sondern durch die Bedürfnisse eines historischen (Marx bemerkte: die englischen Arbeiter brauchen Bier und die französischen Wein) also historisch variablen Minimums.

Auch weise ich darauf hin, daß dieses Minimum doppelt historisch ist, dadurch daß es nicht bestimmt ist durch die von der Kapitalistenklasse „anerkannten" historischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse, sondern durch die im proletarischen Klassenkampf durchgesetzten historischen Bedürfnisse (ein doppelter Klassenkampf: gegen die Erhöhung der Arbeitszeit und gegen die Senkung der Löhne).

Dennoch genügt es nicht, der Arbeitskraft die materiellen Bedingungen ihrer Reproduktion zu geben, um sie als Arbeitskraft zu reproduzieren. Ich habe gesagt, daß die zur Verfügung stehende Arbeitskraft „kompetent" sein muß, d. h. fähig im komplexen System des Produktionsprozesses eingesetzt zu werden. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die historisch konstitutive Form der Einheit der Produktivkräfte zu einem gegebenen Zeitpunkt produzieren als Ergebnis, daß die Arbeitskraft (verschieden) qualifiziert sein und also als solche reproduziert werden muß. Verschieden bedeutet: je nach den Erfordernissen der gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung, d. h. an ihren verschiedenen „Posten" und „Anstellungen".

Wie aber erfolgt diese Reproduktion der (unterschiedlichen) Qualifikation der Arbeitskraft in einem kapitalistischen Regime? Im Unterschied zu den Gesellschaftsformationen der Sklaverei und des zunehmenden Feudalismus erfolgt diese Reproduktion im Maße (es handelt sich um ein tendenzielles Gesetz) nicht mehr „auf einem Haufen" (Anlernung in der Produktion selbst), sondern mehr und mehr außerhalb der Produktion: durch das kapitalistische Schulsystem und durch andere Instanzen und Institutionen. Was aber lernt man in der Schule? Man gelangt mehr oder weniger weit in der Ausbildung, aber man lernt auf jeden Fall lesen, schreiben, zählen — also einige Techniken sowie noch einige andere Dinge, u. a. Elemente (die rudimentär oder aber auch im Gegenteil tiefschürfend sein können) einer „wissenschaftlichen oder literarischen Kultur, die direkt verwendbar sind an den verschiedenen Posten der Produktion (eine Ausbildung für die Arbeiter, eine andere für die Techniker, eine dritte für die Ingenieure und eine weitere für die Manager usw.). Man lernt also „Fähigkeiten".

Daneben und auch gleichzeitig mit diesen Techniken und Kenntnissen lernt man auf der Schule die „Regeln" des guten Anstands, d. h. des Verhaltens, das jeder Träger der Arbeitsteilung einhalten muß, je nach dem Posten, den er einzunehmen „bestimmt" ist: Regeln der Moral, des staatsbürgerlichen und beruflichen Bewußtseins, was klarer ausgedrückt heißt: Regeln der Einhaltung der gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung und letztlich Regeln der durch die Klassenherrschaft etablierten Ordnung. Man lernt dort auch „gut französisch" sprechen, gut „zu redigieren", d. h. faktisch (für die zukünftigen Kapitalisten und ihre Knechte) „gut zu

2 Marx hat den wissenschaftlichen Begriff geliefert: „das variable Kapital".

kommandieren", d. h. (als Ideallösung) gut zu den Arbeitern „zu sprechen" usw.
Um diese Tatsache in einer mehr wissenschaftlichen Sprache auszudrücken, können wir sagen, daß die Reproduktion der Arbeitskraft nicht nur die Reproduktion ihrer Qualifikation erfordert, sondern auch gleichzeitig eine Reproduktion ihrer Unterwerfung unter die Regeln der etablierten Ordnung; d. h. für die Arbeiter die Reproduktion ihrer Unterwerfung unter die herrschende Ideologie und für die Träger der Ausbeutung und Unterdrückung eine Reproduktion der Fähigkeit, gut mit der herrschenden Ideologie umzugehen, um auch „durch das Wort" die Herrschaft der herrschenden Klasse zu sichern.

Mit anderen Worten: die Schule (aber auch andere Institutionen des Staates wie die Kirche oder andere Apparate wie die Armee) lehren „Geschicklichkeiten", aber in Formen, die die **Unterwerfung unter die herrschende Ideologie** oder die Beherrschung ihrer „Praktizierung" sichern. Alle Träger der Produktion, der Ausbeutung und der Unterdrückung von den „Professionellen der Ideologie" (Marx) ganz zu schweigen – müssen auf die eine oder andere Weise von dieser Ideologie „durchdrungen" sein, um „bewußt" ihre Aufgabe wahrzunehmen – entweder als Ausgebeuteter (die Proletarier) oder als Ausbeuter (die Kapitalisten), als Gehilfen der Ausbeuter (die Manager), als Hohe Priester der herrschenden Ideologie (deren „Funktionäre") usw. usf.

Die Reproduktion der Arbeitskraft macht also deutlich, daß ihre conditio sine qua non nicht nur die Reproduktion ihrer „Qualifikation" ist, sondern auch die Reproduktion ihrer Unterwerfung unter die herrschende Ideologie oder die „Praktizierung" dieser Ideologie, bei folgender Präzisierung: daß es nicht genügt „sowohl als auch" zu sagen, denn es wird deutlich, daß **die Reproduktion der Qualifikation der Arbeitskraft erfolgt in den Formen und unter den Formen der ideologischen Unterwerfung.**

Auf diese Weise stoßen wir aber auf die Wirksamkeit einer neuen Realität: der **Ideologie.**

Hier muß ich zwei Bemerkungen machen. Die erste, um unsere Analyse der Reproduktion zusammenzufassen. Wir haben soeben kurz die Formen der Reproduktion der Produktionskräfte untersucht, d.h. der Produktionsmittel einerseits und der Arbeitskraft andererseits.

Aber wir haben noch nicht die Frage der **Reproduktion der Produktionsverhältnisse angeschnitten.** Diese Frage ist aber eine **Kernfrage** der marxistischen Theorie der Produktionsweise. Sie übergehen ist eine theoretische Unterlassung – schlimmer: ein schwerer politischer Fehler.
Wir werden also darauf eingehen. Aber um die Mittel dazu zu haben, müssen wir ein weiteres Mal einen großen Umweg machen.
Die zweite Bemerkung ist die, daß wir, um diesen Umweg zu machen, gezwungen sind, auf die alte Frage zu antworten: was ist eine Gesellschaft?

Basis und Überbau

Ich habe bei anderer Gelegenheit[3]) den revolutionären Charakter der marxistischen Konzeption des „sozialen Ganzen" im Unterschied zur hegelianschen „Totalität" betont. Ich habe gesagt (und diese These nahm nur die berühmten Aussagen des historischen Materialismus wieder auf), daß Marx die Struktur jeder Gesellschaft begreift als konstituiert durch die verschiedenen „Ebenen" oder „Instanzen", die durch eine spezifische Determination gegliedert sind: die ökonomische **Basis** („Einheit" der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse) und der **Überbau**, der selbst zwei „Ebenen" oder „Instanzen" umfaßt: die juristisch-politische (das Recht und den Staat) und die Ideologie (die verschiedenen Ideologien, religiöse, moralische, juristische, politische, usw.).
Außer ihrer theoretisch-pädagogischen Bedeutung (die den Unterschied Marx–Hegel ausmacht) hat diese Vorstellung folgenden äußerst wichtigen theoretischen Vorteil: sie erlaubt es, in die theoretische Anordnung dieser grundlegenden Begriffe einzuzeichnen, was ich ihr **jeweiliges Wirksamkeitsmerkmal** genannt habe. Was ist darunter zu verstehen?
Jeder kann sich leicht davon überzeugen, daß diese Vorstellung von der Struktur jeder Gesellschaft als einem Gebäude mit einer Basis, über der sich die zwei „Etagen" des Überbaus erheben, eine Metapher ist, genauer: eine räumliche Metapher, eine Topik.[4]) Wie jede Metapher gibt diese

3 In „Pour Marx" und „Lire le Capital" (Frankfurt 1968 und Paris 1965/69).
4 Topik, vom griechischen topos: Ort. Eine Topik stellt in einem bestimmten Raum die jeweiligen Orte dar, die von dieser oder jener Realität eingenommen werden: so ist das Ökonomische unten (an der Basis), der Überbau darüber.

Metapher vor, etwas zu zeigen. Was? Nun, genau folgendes: daß die beiden oberen Etagen sich nicht alleine (in der Luft) „halten" könnten, wenn sie nicht auf ihrer Basis ruhen würden.
Die Metapher des Gebäudes hat also zum Ziel, vor allem die „Determinierung in letzter Instanz" durch die ökonomische Basis zu zeigen. Diese räumliche Metapher bewirkt also die Zuordnung eines Wirksamkeitsmerkmals an die Basis, das bekannt ist durch die berühmten Worte: Determinierung in letzter Instanz dessen, was sich in den „Etagen" (des Überbaus) abspielt, durch das, was sich in der ökonomischen Basis abspielt.

Auf Grund dieses Wirksamkeitsmerkmals „in letzter Instanz" erhalten die „Etagen" des Überbaus natürlich andere Wirksamkeitsmerkmale zugeordnet. Welche Art Merkmale?

Man kann sagen, daß die Etagen des Überbaus nicht determinierend in letzter Instanz sind, sondern bestimmt durch die Wirksamkeit der Basis; daß wenn sie auf ihre (noch nicht definierte) Weise determinierend sind, so sind sie es als determiniert durch die Basis.

Ihr Wirksamkeitsmerkmal (oder Determinierungsmerkmal) wird in der marxistischen Tradition als bestimmt durch die Determination in letzter Instanz durch die Basis auf zwei Arten gedacht: 1) es gibt eine „relative Autonomie" des Überbaus gegenüber der Basis; 2) es gibt eine „Rückwirkung" des Überbaus auf die Basis.
Wir können daher sagen, daß es der große theoretische Vorteil der marxistischen Topik ist, also der räumlichen Metapher vom Gebäude (Basis und Überbau), gleichzeitig deutlich zu machen, daß Fragen der Determination (oder des Wirksamkeitsmerkmals) äußerst wichtig sind; zu zeigen, daß die Basis in letzter Instanz das ganze Gebäude bestimmt; und folglich, dazu zu zwingen, das theoretische Problem der Art der dem Überbau eigenen „abgeleiteten" Wirksamkeit zu stellen, d. h. dazu zu zwingen, das zu denken, was die marxistische Tradition zugleich als relative Autonomie des Überbaus wie auch der Rückwirkung des Überbaus auf die Basis bezeichnet. Der Hauptmangel dieser Vorstellung der Struktur einer jeden Gesellschaft in der räumlichen Metapher des Gebäudes ist natürlich, daß sie eine Metapher ist: d. h. daß sie **beschreibend** bleibt.
Es scheint mir nunmehr wünschenswert und möglich, die Dinge anders darzustellen. Man verstehe mich richtig: ich lehne keineswegs die klassische Metapher ab, da sie ja selbst dazu zwingt, über sie hinauszugehen. Und ich werde nicht über sie hinausgehen, um sie als hinfällig abzulehnen. Ich will lediglich versuchen zu denken, was sie uns in Form einer Beschreibung gibt.
Ich glaube, daß **ausgehend von der Reproduktion** es möglich und notwendig ist zu denken, was das Wesen der Existenz und der Natur des Überbaus ausmacht. Es genügt, sich auf den Standpunkt der Reproduktion zu begeben, damit sich mehrere der Fragen aufklären, deren Existenz die räumliche Metapher vom Gebäude anzeigt, ohne ihnen eine begriffliche Antwort zu geben.

Meine grundlegende These ist, daß es **nur** möglich ist, diese Frage zu stellen (und darauf zu antworten) **vom Standpunkt der Reproduktion aus.** Ich werde kurz **von diesem Standpunkt aus** das Recht, den Staat und die Ideologie untersuchen. Und ich werde gleichzeitig aufzeigen, was geschieht vom Standpunkt der Praxis und der Produktion einerseits und dem der Reproduktion andererseits.

Der Staat

Die marxistische Tradition ist eindeutig: der Staat wird vom „Manifest" und vom „18. Brumaire" an (und in allen späteren klassischen Texten, vor allem von Marx über die Pariser Commune und von Lenin über „Staat und Revolution") explizit als repressiver Apparat verstanden. Der Staat ist eine „Unterdrückungsmaschine", die es den herrschenden Klassen (im 19. Jhd. der Bourgeoisie und der „Klasse" der Großgrundbesitzer) erlaubt, ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse zu sichern, um sie dem Prozeß der Erpressung des Mehrwerts (d. h. kapitalistischen Ausbeutung) zu unterwerfen.

Der Staat ist dabei vor allem das, was die Klassiker des Marxismus als **Staatsapparat** bezeichnet haben. Man versteht unter diesem Begriff nicht nur spezialisierter Apparat (im engeren Sinne), dessen Existenz und Notwendigkeit wir ausgehend von der juristischen Praxis erkannt haben, d. h. die Polizei, die Gerichte, die Gefängnisse; sondern auch die Armee, die (das Proletariat hat diese Erfahrung mit seinem Blut bezahlen müssen) direkt eingreift als ergänzende repressive Macht in letzter Instanz, wenn die Polizei und ihre spe-

zialisierten Hilfstruppen „von den Ereignissen überrollt" werden, und über all dem: der Staatschef, die Regierung und die Verwaltung.
In dieser Weise dargelegt berührt die marxistisch-leninistische „Theorie" des Staates das Wesentliche, und es kann keinen Augenblick ein Zweifel darüber bestehen, daß man sich bewußt werden muß, daß dies wirklich das Wesentliche ist. Der Staatsapparat, der den Staat definiert als repressive Ausführungs- und Interventionsmacht „im Dienste der herrschenden Klassen" im Klassenkampf, den die Bourgeoisie und ihre Verbündeten gegen das Proletariat führten, ist in der Tat der Staat und definiert in der Tat seine grundlegende „Funktion".

Von der beschreibenden Theorie zur Theorie

Jedoch auch hier bleibt, wie ich es bereits über die Metapher vom Gebäude (Basis und Überbau) gesagt habe, die Darlegung der Natur des Staates zum Teil beschreibend.
Da ich dieses Adjektiv (beschreibend) noch öfters benutzen werde, sind ein paar Worte der Erklärung zur Vermeidung jeglicher Mißverständnisse notwendig.
Wenn ich von der Metapher des Gebäudes oder der marxistischen „Theorie" des Staates sage, daß es beschreibende Konzeptionen oder Vorstellungen ihres Objektes sind, so habe ich dabei keinen kritischen Hintergedanken. Ich habe vielmehr allen Grund zu glauben, daß die großen wissenschaftlichen Entdeckungen nicht vermeiden können, durch die Phase einer, wie ich es nennen werde, **beschreibenden „Theorie"** zu gehen. Das wäre die erste Phase jeder Theorie, zumindest auf dem Gebiet, das uns beschäftigt (dem der Wissenschaft von den Gesellschaftsformationen). Als solche sollte man — meiner Meinung nach muß man es — diese Phase als eine Übergangsphase begreifen, die notwendig ist zur Entwicklung der Theorie. Daß sie vorübergehend ist, kennzeichne ich mit meinem Ausdruck: „beschreibende Theorie", indem ich in der Konjunktur der Begriffe, die ich benutze, so etwas wie einen „Widerspruch" auftreten lasse. Der Begriff „Theorie" hebt sich nämlich z. T. ab vom Adjektiv „beschreibend", das mit ihm gekoppelt ist. Das soll bedeuten: 1. daß die „beschreibende Theorie" wirklich und ohne jeden möglichen Zweifel der Beginn ohne Rückkehr der Theorei ist, aber 2., daß die „beschreibende" Form, in der sich vermittels der diesem „Widerspruch" eigenen Wirksamkeit — die Theorie darstellt, eine Entwicklung der Theorie erfordert, die über die Form der „Beschreibung" hinausgeht.
Konkretisieren wir unseren Gedanken, indem wir zu unserem gegenwärtigen Objekt zurückkehren: dem Staat.
Wenn ich sage, daß die marxistische „Theorie" des Staates, die uns vorliegt, z. T. „beschreibend" bleibt, so heißt das zunächst und vor allem, daß diese „Theorie" ohne jeden möglichen Zweifel der wirkliche Beginn der marxistischen Staatstheorie ist und daß dieser Beginn uns das Wesentliche gibt, d. h. das entscheidende Prinzip für jede spätere Entwicklung der Theorie.
Ich sage in der Tat, daß die beschreibende marxistische Staatstheorie richtig ist, weil man ohne weiteres die große Mehrzahl der zu beobachtenden Fakten des Bereichs, den sie betrifft, in Entsprechung bringen kann zu der Definition, die sie von ihrem Objekt gibt. Die Definition des Staates als Klassenstaat, der als unterdrückender Staatsapparat existiert, erklärt in der Tat auf bahnbrechende Weise alle zu beobachtenden Fakten in den verschiedenen Unterdrückungsordnungen, auf welchem Gebiet auch immer: von den Massakern im Juni 48 und der Pariser Commune, vom Blutsonntag im Mai 1905 in Petrograd, von der Resistance, von Charonne usw... bis zu den einfachen (und relativ harmlosen) Eingriffen einer „Zensur", die die „Nonne" von Diderot verbietet oder ein Stück von Gatti über Franco; sie erklärt alle direkten oder indirekten Formen der Ausbeutung und der Ausrottung der Volksmassen (die imperialistischen Kriege); sie erklärt jene subtile tagtägliche Beherrschung, wo z. B. in den Formen der politischen Demokratie aufbricht, was Lenin mit den Worten von Marx bezeichnet hat, als Diktatur der Bourgeoisie.
Jedoch stellt die beschreibende Staatstheorie eine Phase der Konstituierung der Theorie dar, die selber ihr „darüber hinaus gehen" fordert. Denn es ist klar, daß wenn auch die angegebene Definition uns in der Tat die Mittel gibt, die Unterdrückungsmaßnahmen zu identifizieren und zu erkennen und sie auf den Staat, der als unterdrückender Staatsapparat konzipiert ist, zu beziehen, so schafft doch dieses „in Beziehung setzen" eine besondere Art der Evidenz, auf die wir in wenigen Augenblicken zurückkommen werden: „Ja, so ist es, das ist sehr wahr!..."[5]) Außerdem bringt die Akkumulation von Fakten unter der Definition des Staates — wenn sie auch dessen Beschreibung vervielfältigt — die Definition des Staates (selbst) nicht wirklich voran, d. h. seine wissenschaftliche Theorie. Jede beschreibende Theorie läuft auf diese Weise Gefahr, die jedoch unbedingt notwendige Entwicklung der Theorie zu „blockieren". Deshalb meine ich, ist es, um diese beschreibende Theorie zu einer Theorie im eigentlichen Sinne zu entwickeln, d. h. um tiefgreifender die Mechanismen des Staates in ihrer Wirksamkeit zu verstehen, unbedingt notwendig, etwas der klassischen Definition des Staates als Staatsapparat **hinzuzufügen.**

Das Wesen der marxistischen Staatstheorie

Fassen wir zunächst einen wichtigen Punkt genauer: der Staat (und seine Existenz in einem Apparat) haben nur einen Sinn als **Staatsmacht.** Der ganze Kampf der politischen Klassen dreht sich um den Staat. Verstehen wir uns richtig: um den Besitz, d. h. die Übernahme und die Erhaltung der Staatsmacht durch eine bestimmte Klasse oder eine Allianz von Klassen oder Fraktionen von Klassen. Diese erste Konkretisierung zwingt uns also, zu unterscheiden zwischen der Staatsmacht (Erhaltung der Staatsmacht oder Übernahme der Staatsmacht), dem Ziel des politischen Klassenkampfes einerseits und dem Staatsapparat andererseits.
Wir wissen, daß der Staatsapparat intakt bleiben kann — wie es die bürgerlichen „Revolutionen" des 19. Jhdts. in Frankreich (1830, 1848) oder die Staatsstreiche (der 2. Dezember, Mai 1958) oder die Zusammenbrüche des Staates (Zusammenbruch des Kaiserreichs 1870, Zusammenbruch der 3. Republik 1940) oder das politische Aufkommen der Kleinbourgeoisie (1890–95 in Frankreich) usw. beweisen — ohne daß der Staatsapparat davon berührt oder verändert wird: er kann intakt bleiben bei politischen Ereignissen, die den Besitz der Staatsmacht betreffen.
Selbst nach einer sozialen Revolution wie der von 1917 ist ein großer Teil des Staatsapparates intakt geblieben trotz der Eroberung der Staatsmacht durch die Allianz des Proletariats mit der armen Bauernschaft: Lenin hat es oft genug betont.

5 Vgl. weiter hinten: „Über die Ideologie". (Dieser Abschnitt folgt im nächsten Heft; Anmerk. d. Übers.)

Man kann sagen, daß die Unterscheidung zwischen Staatsmacht und Staatsapparat ein Teil der marxistischen „Theorie" des Staates ist, in expliziter Form seit dem „18. Brumaire" und den „Klassenkämpfen in Frankreich" von Marx.
Um in dieser Frage die „marxistische Staatstheorie" zusammenzufassen, können wir sagen, daß die Klassiker des Marxismus immer behauptet haben: 1) der Staat ist unterdrückender (repressiver) Staatsapparat; 2) man muß die Staatsmacht vom Staatsapparat unterscheiden; 3) das Ziel des Klassenkampfes betrifft die Staatsmacht und in der Folge die Benutzung des Staatsapparates durch die Klassen (oder die Allianz der Klassen oder die Fraktionen der Klassen), die die Staatsmacht inne haben auf der Grundlage ihrer Klassenziele; und 4) das Proletariat muß die Staatsmacht erobern, um den bestehenden bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und ihn in einer ersten Phase durch einen völlig anderen proletarischen Staatsapparat ersetzen und dann in den späteren Phasen eine radikale Entwicklung einleiten, nämlich die der Zerstörung des Staates (Ende der Staatsmacht und jedes Staatsapparates).
Von daher ist das, was ich der „marxistischen Staatstheorie" hinzuzufügen vorschlage, bereits ganz und gar in ihr enthalten. Aber es scheint, daß diese so vervollständigte Theorie noch z. T. beschreibend bleibt, obwohl sie nun die komplexen und differenzierten Elemente umfaßt, deren Wirksamkeit und deren Spiel nicht verstanden werden können ohne die Zuhilfenahme einer zusätzlichen theoretischen Vertiefung.

Die Ideologischen Staatsapparate

Man muß also der „marxistischen Staatstheorie" etwas anderes hinzufügen. Wir müssen hier vorsichtig vorgehen auf einem Gebiet, auf dem uns zwar die marxistischen Klassiker schon seit langem vorausgegangen sind, aber ohne in einer theoretischen Form die entscheidenden Fortschritte, die ihre Untersuchung und ihr Vorgehen beinhalten, systematisiert zu haben. Ihre Untersuchungen und ihr Vorgehen sind faktisch vor allem auf dem Gebiet der politischen Praxis stehen geblieben.
Die marxistischen Klassiker haben faktisch, d. h. in ihrer politischen Praxis, den Staat als eine komplexere Realität behandelt, als es die durch die „marxistische Staatstheorie" gegebene Definition tut, selbst

wenn sie in der eben dargelegten Weise vervollständigt ist. Sie haben diese Komplexität in der Praxis anerkannt, aber sie nicht in einer entsprechenden Theorie zum Ausdruck gebracht.[6])

Ich will versuchen, schematisch diese entsprechende Theorie zu skizzieren. Deshalb schlage ich folgende These vor.

Um die Staatstheorie voranzutreiben, ist es unbedingt notwendig, nicht nur die Unterscheidung zwischen **Staatsmacht** und **Staatsapparat** zu berücksichtigen, sondern auch eine andere Realität, die offensichtlich auf der Seite des (unterdrückenden) Staatsapparates steht, aber nicht mit ihm verschmilzt. Ich werde diese Realität mit ihrem Begriff bezeichnen: **die ideologischen Staatsapparate.**

Was sind die ideologischen Staatsapparate (ISA)?

Sie sind nicht identisch mit dem (unterdrückenden) Staatsapparat. Erinnern wir daran, daß in der marxistischen Theorie der Staatsapparat folgendes umfaßt: die Regierung, die Verwaltung, die Armee, die Polizei, die Gerichte, die Gefängnisse usw., die zusammen das bilden, was ich nunmehr Repressiven Staatsapparat nennen werde. „Repressiv" zeigt an, daß der Staatsapparat auf der Grundlage der Gewalt arbeitet, zumindest im Ernstfall (denn z. B. die administrative Unterdrückung kann nichtphysische Formen annehmen).

Ich bezeichne als Ideologische Staatsapparate eine bestimmte Anzahl von Realitäten, die sich dem unvoreingenommenen Beobachter in Form von unterschiedlichen und spezialisierten Institutionen darbieten. Ich schlage eine empirische Liste vor, die natürlich detailliert untersucht werden, in Frage gestellt, verbessert und verändert werden muß. Bei allen Einschränkungen, die dieses Erfordernis mit sich bringt, können wir im Augenblick folgende Institutionen als Ideologische Staatsapparate bezeichnen (die Reihenfolge der Aufzählung hat keine besondere Bedeutung):

der religiöse ISA (das System der verschiedenen Kirchen),
der schulischen ISA (das System der verschiedenen öffentlichen und privaten Bildungsinstitutionen),
der familiäre ISA[7]),
der juristische ISA[8]),
der politische ISA (das politische System, zu dem u. a. die verschiedenen Parteien gehören),
der gewerkschaftliche ISA,
der ISA der Information (Presse, Radio, Fernsehen usw.),
der kulturelle ISA (Literatur, Kunst, Sport usw.).

Ich sage: die ISA sind nicht mit dem (repressiven) Staatsapparat identisch. Worin unterscheiden sie sich?

Zum einen können wir beobachten, daß es **einen** (repressiven) Staatsapparat gibt gegenüber einer **Vielzahl** Ideologischer Staatsapparate. Vorausgesetzt sie existiert, so ist die Einheit, die diese Vielzahl der ISA bildet, nicht unmittelbar sichtbar.

Zum anderen können wir feststellen, daß während der einheitliche (repressive) Staatsapparat ganz zum **öffentlich** („staatlichen", d. Übers.) Sektor gehört, der größte Teil der ISA (in ihrer scheinbaren Zerstreutheit) im Gegenteil dem **privaten** Sektor angehört. Privat sind die Kirchen, die Parteien, die Gewerkschaften, die Familien, einige Schulen, die Mehrzahl der Zeitungen, die kulturellen Unternehmen usw. usf.

Lassen wir unsere erste Beobachtung einen Augenblick beiseite. Aber man wird zweifellos die zweite aufgreifen, um zu fragen, mit welchem Recht ich als ideologische **Staats**apparate Institutionen bezeichnen kann, die in ihrer Mehrzahl keinen öffentlichen Status besitzen, sondern ganz einfach **private** Institutionen sind. Als bewußter Marxist war Gramsci bereits mit einem Satz diesem Einwand zuvorgekommen. Die Unterscheidung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten ist eine Unterscheidung, die dem bürgerlichen Recht innewohnt und die gültig ist bei (untergeordneten) Gebieten, wo das bürgerliche Recht seine „Macht" ausübt. Das Gebiet des Staates entzieht sich ihm, denn es steht „über dem Recht": Der

6 Gramsci ist meines Wissens der einzige, der jenen Weg gegangen ist, den wir einschlagen. Er hatte jenen „eigenartigen" Einfall, daß der Staat sich nicht auf den (repressiven) Staatsapparat reduziert, sondern, daß er – wie er sagte – eine Reihe von Institutionen der „staatlichen Gesellschaft" („société civile") umfasse: die Kirche, die Schulen, die Gewerkschaften usw. Gramsci hat leider seine Institutionen nicht systematisiert, die im Zustand scharfsinniger, aber partieller Anmerkungen geblieben sind. (Vgl. Gramsci, „Oeuvres Choisies", Editions Sociales, S. 290, 291 (Anmerk. 3), 293, 295, 436 und „Lettres de Prison", Editions Sociales, S. 313).

7 Die Familie erfüllt offensichtlich (auch) andere „Aufgaben" als die eines ISA. Sie greift ein in die Reproduktion der Arbeitskraft. Sie ist, je nach den Produktionsweisen, Produktionseinheit und (oder) Konsumtionseinheit.

8 Das „Recht" gehört sowohl zum (repressiven) Staatsapparat als auch zum System der ISA.

Staat, der der Staat **der** herrschenden Klasse ist, ist weder öffentlich noch privat, er ist vielmehr die Bedingung jeder Unterscheidung zwischen öffentlich und privat. Wiederholen wir das vom Standpunkt unserer Ideologischen Staatsapparate. Es kümmert nicht, ob die Institutionen, die sie bilden, „öffentlich" oder „privat" sind. Was kümmert, ist ihre Funktionsweise. Private Institutionen können durchaus „funktionieren" als Ideologische Staatsapparate. Eine ein wenig genauere Analyse eines beliebigen ISA würde genügen, um dies zu beweisen.

Aber kommen wir zum Wesentlichen. Was die ISA vom (repressiven) Staatsapparat unterscheidet, ist folgender grundlegender Unterschied: der repressive Staatsapparat „arbeitet" auf der Grundlage des Gewaltprinzips, während die Ideologischen Staatsapparate **auf der Grundlage des Ideologieprinzips „arbeiten".**

Wir können dies genauer formulieren, indem wir diese Unterscheidung berichtigen. Ich sage daher, daß jeder Staatsapparat, ob er nun repressiv oder ideologisch ist, zugleich auf der Grundlage des Gewalt- und des Ideologieprinzips „arbeitet", aber mit einem sehr wichtigen Unterschied, der eine Verwechselung der Ideologischen Staatsaparate mit dem (repressiven) Staatsapparat verbietet.

Der (repressive) Staatsapparat arbeitet als solcher nämlich auf massive Weise in erster Linie auf der Grundlage der **Repression** (die physische inbegriffen), während er nur in zweiter Linie auf der Grundlage des Ideologieprinzips arbeitet. (Es gibt **keinen** rein repressiven Apparat.) Beispiele: die Armee und die Polizei arbeiten auch auf der Grundlage des Ideologieprinzips, zugleich um ihren eigenen Zusammenhalt und ihre Reproduktion zu sichern, als auch mit den „Werten", die sie nach außen propagieren.

Gleichermaßen muß man sagen, – aber in entgegengesetzter Richtung –, daß die ideologischen Staatsapparate für sich auf massive Weise in erster Linie auf der Grundlage des **Ideologieprinzips** arbeiten, während sie aber in zweiter Linie auf der Grundlage der Repression arbeiten, auch wenn sie im Grenzfall – aber nur im Grenzfall – sehr gemildert, versteckt, ja sogar symbolisch ist. (Es gibt keinen rein ideologischen Apparat.) Auf diese Weise „dressieren" die Schule und die Kirchen mit den entsprechenden Methoden der Strafe, des Ausschlusses, der Auswahl usw. nicht nur ihre Priester, sondern auch deren Pfarrkinder. Auf diese Weise ... die Familie ... Auf diese Weise ... der Kulturelle ISA (die Zensur, um nur sie zu nennen) ... usw.

Ist es nötig zu erwähnen, daß diese Determination eines „doppelten" Arbeitens (in erster Linie, in zweiter Linie) auf der Grundlage der Repression und der Ideologie je nachdem, ob es sich um den (repressiven) Staatsapparat oder die Ideologischen Staatsapparate handelt – es erlaubt zu verstehen, wie sich ständig sehr subtile, offen ausgesprochen oder stillschweigende, Verbindungen knüpfen zwischen der Bewegung des (repressiven) Staatsapparats und der Bewegung der Ideologischen Staatsapparate? Das tägliche Leben bietet uns zahllose Beispiele, die man jedoch im Detail wird studieren müssen, um über diese einfache Beobachtung hinauszugehen.

Diese Bemerkung bringt uns jedoch auf die Spur, um zu verstehen, was die Einheit des scheinbar angeblichen Systems der ISA ausmacht. Wenn die ISA auf massive Weise in erster Linie auf der Grundlage des Ideologieprinzips „arbeiten", so wird ihre Unterschiedlichkeit durch diese Arbeit selbst vereinheitlicht, in dem Maße wie die Ideologie, auf deren Grundlage sie arbeiten, immer faktisch einheitlich ist. Trotz ihrer Vielfältigkeit und ihrer Widersprüche **als herrschende Ideologie,** die diejenige der herrschenden Klasse ist. Wenn wir davon ausgehen wollen, daß im Prinzip die „herrschende Klasse" die Staatsmacht innehat (in einer offenen Form, oder – häufiger– vermittels einer Allianz von Klassen oder von Fraktionen von Klassen) und insofern über den (repressiven) Staatsapparat verfügt, so können wir annehmen, daß die gleiche herrschende Klasse aktiv wird in den Ideologischen Staatsapparaten in dem Maße, in dem letztlich auf der Grundlage ihrer eigenen Widersprüche die herrschende Ideologie in den Ideologischen Staatsapparaten geschaffen wird. Natürlich ist es völlig etwas anderes, ob man mit Hilfe von Gesetzen und Dekreten im (repressiven) Staatsapparat vorgeht oder ob man vermittels der herrschenden Ideologie in den Ideologischen Staatsapparaten „vorgeht". Man wird diesen Unterschied detailliert untersuchen müssen – aber er wird dennoch nicht das Bestehen einer grundlegenden Identität verbergen können. Unseres Wissens nach, kann **keine herrschende Klasse dauerhaft die Staatsmacht innehaben, ohne gleichzeitig die Hegemonie**

über und in den Ideologischen Staatsapparaten auszuüben. Ich will nur ein Beispiel und Beweis bringen: das krampfhafte Bemühen Lenins, den Ideologischen Staatsapparat des Schulwesens zu revolutionieren (unter anderem), um dem sowjetischen Proletariat, das die Staatsmacht erobert hatte, überhaupt die Zukunft der Diktatur des Proletariats zu sichern, sowie den Übergang zum Sozialismus.[9])

Diese letzte Bemerkung versetzt uns in die Lage zu verstehen, warum die Ideologischen Staatsapparate nicht nur das **Kampfobjekt**, sondern auch der **Ort** des Klassenkampfes und oft harter Formen des Klassenkampfes sind. Diejenige Klasse (oder Allianz von Klassen), die an der Macht ist, herrrscht nicht so leicht in den ISA wie im (repressiven) Staatsapparat. Nicht nur weil dort die früheren herrschenden Klassen lange noch starke Positionen behalten können, sondern auch weil der Widerstand der ausgebeuteten Klassen dort die Mittel und die Gelegenheit finden kann, um sich Gehör zu verschaffen, entweder indem sie die dort existierenden Widersprüche nutzen oder indem sie sich Kampfpositionen erobern.[9a])

Fassen wir unsere Bemerkungen zusammen.

Wenn die These, die ich vorgebracht habe, begründet ist, so folgt daraus, daß wir die klassische marxistische Staatstheorie wiederaufnehmen, wobei wir einen Punkt präzisieren. Ich würde sagen, daß man unterscheiden muß zwischen der Staatsmacht (und ihrem Besitz durch . . .) einerseits und dem Staatsapparat andererseits. Aber ich würde hinzufügen, daß der Staatsapparat zwei Teile umfaßt: der Teil der Institutionen, die den repressiven Staatsapparat darstellen einerseits, und der Teil der Institutionen, die den Teil der ideologischen Staatsapparate darstellen andererseits.

Aber wenn dem so ist, kommt man nicht darum herum, sich folgende Frage zu stellen, selbst auf dem noch sehr summarischen Stand unserer Angaben: Welches ist genau das Maß für die Rolle der Ideologischen Staatsapparate? Was kann wohl die Grundlage für ihre Bedeutung sein? Mit anderen Worten: Welchen (Vorgang) entspricht die „Funktion" dieser Ideologischen Staatsapparate, die nicht auf der Grundlage der Repression arbeiten, sondern der Ideologie?

Über die Reproduktion der Produktionsverhältnisse

Wir können nun auf unsere zentrale Frage antworten, die über lange Seiten hinweg unbeantwortet geblieben ist: **wie erfolgt die Reproduktion der Produktionsverhältnisse?**

In der Sprache der Topik (Basis, Überbau) kann man sagen: sie erfolgt zu einem sehr großen Teil[10]) durch den juristisch-politischen und ideologischen Überbau.

Aber da wir der Auffassung waren, daß es unbedingt notwendig ist, diese noch beschreibende Sprache zu überwinden, können wir sagen: sie erfolgt zu einem großen Teil[10]) durch die Ausübung der Staatsmacht in den Staatsapparaten, dem (repressiven) Staatsapparat einerseits und den Ideologischen Staatsapparaten andererseits.

Man erinnere sich an das, was im Vorangegangenen gesagt worden ist und was ich in folgenden drei Grundzügen jetzt zusammenfassen möchte:

1. Alle Staatsapparate funktionieren sowohl auf der Grundlage der Repression, wie der Ideologie mit folgendem Unterschied, daß der (repressive) Staatsapparat auf massive Weise in erster Linie auf der Grundlage der Repression arbeitet, während die Ideologischen Staatsapparate massiv und in erster Linie auf der Grundlage der Ideologie arbeiten.

2. Während der (repressive) Staatsapparat ein organisiertes Ganzes darstellt, dessen verschiedene Glieder zentralisiert sind unter einer Befehlseinheit, nämlich der der Klassenkampfpolitik angewandt durch die politischen Vertreter der herrschenden Klassen, die die Staatsmacht innehaben, — sind die Ideologischen Staatsapparate vielfältig, unterschieden, „relativ autonom" und in der Lage, ein objektives Feld für Widersprüche zu liefern, in denen sich in mal begrenzten, mal extremen Formen die Auswirkungen der Zusammenstöße zwischen dem kapitalistischen Klassenkampf und dem proletarischen Klassenkampf sowie ihrer untergeordneten Formen ausdrücken.

3. Während die Vereinheitlichung des (repressiven) Staatsapparates erfolgt durch seine zentralisierte Organisation, die unter der Leitung der Vertreter der herrschenden Klassen zusammengefaßt ist und die die Klassenkampfpolitik der sich an der Macht befindlichen Klassen anführt, — erfolgt die Vereinheitlichung der verschiedenen Ideologischen Staatsapparate, zumeist in widersprüchlichen Formen durch die herrschende Ideologie, die diejenige der herrschenden Klasse ist.

Wenn man diese Kennzeichen berücksichtigt, so kann man sich die Reproduktion der Produktionsverhältnisse[11]) auf folgende Weise vorstellen, als eine Art „Arbeitsteilung".

Die Funktion des repressiven Staatsapparates besteht vor allem darin, als repressiver Apparat mit (physischer oder nichtphysischer) Gewalt die politischen Bedingungen der Reproduktion der Produktionsverhältnisse zu sichern, welche letzten Endes **Ausbeutungsverhältnisse** sind. Der Staatsapparat trägt nicht nur zu einem großen Teil dazu bei, sich selbst zu reproduzieren (es existieren im kapitalistischen Staat Dynastien von Politikern, militärische Dynastien usw.), sondern auch und vor allem schafft der Staatsapparat durch die Repression (von der brutalsten physischen Gewalt bis zu einfachen administrativen Anordnungen oder Verboten, zur offenen oder versteckten Zensur usw.) die politischen Bedingungen für die Arbeit der Ideologischen Staatsapparate.

Denn sie sind es tatsächlich, die zu einem großen Teil die Reproduktion der Produktionsverhältnisse selbst ermöglichen unter dem „Schild" des repressiven Staatsapparats. An dieser Stelle ist entscheidend die Rolle der herrschenden Ideologie, die die der herrschenden Klasse ist, welche die Staatsmacht innehat. Vermittels der herrschenden Ideologie wird die (manchmal knarrende) Harmonie zwischen dem repressiven Staatsapparat und den Ideologischen Staatsapparaten und zwischen den Ideologischen Staatsapparaten selbst geschaffen. Das führt uns dazu, folgende Hypothese anzunehmen auf Grund der Verschiedenartigkeit der ideologischen Staatsapparate in ihrer einzigen, weil gemeinsamen Funktion der Reproduktion der Produktionsverhältnisse.

Wir haben nämlich für die gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsformationen eine relativ hohe Anzahl von ideologischen Staatsapparaten aufgeführt: der schulische Apparat, der religiöse Apparat, der familiäre Apparat, der politische Apparat, der gewerkschaftliche Apparat, der Informationsapparat, der „kulturelle" Apparat usw.

Dagegen stellen wir für die Gesellschaftsformationen der (im allgemeinen als feudal bezeichneten) „leibeigenschaftlichen" Produktionsweise fest, daß, wenn auch ein einziger repressiver Staatsapparat existiert, der formal nicht nur seit der absolutistischen Monarchie, sondern seit den ersten bekannten antiken Staaten dem uns geläufigen sehr ähnlich ist, die Anzahl der ideologischen Staatsapparate weniger groß ist und ihre Besonderheiten verschieden. Wir stellen zum Beispiel fest, daß im Mittelalter die Kirche (der religiöse ideologische Staatsapparat) eine Reihe von Funktionen anhäufte, die heute mehreren voneinander unterschiedenen ideologischen Staatsapparaten zufallen und die neu sind gegenüber der hier erwähnten Vergangenheit. Dies betrifft vor allem die schulischen und kulturellen Funktionen. Neben der Kirche existierte der familiäre Ideologische Staatsapparat, der eine bedeutende Rolle spielte, die nicht vergleichbar ist derjenigen, die er in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen spielt. Die Kirche und die Familie waren aber, auch wenn es so scheinen mag, nicht die einzigen Ideologischen Staatsapparate. Es

9 In einem pathetischen Text von 1937 hat die Krupskaja die Geschichte der verzweifelten Versuche Lenins und dessen, was sie für seinen Mißerfolg hielt, erzählt. („Le chemin parcouru").

9a Was hier mit wenigen Worten über den Klassenkampf in den ISA gesagt wird, ist natürlich weit davon entfernt, die Frage des Klassenkampfes erschöpfend darzustellen.
Um diese Frage anzugehen, muß man sich zwei Prinzipien vergegenwärtigen. Das erste Prinzip ist von Marx im „Vorwort zur Kritik . . ." formuliert worden: „In der Betrachtung solcher Umwälzungen der sozialen Revolution muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten."
„Der Klassenkampf drückt sich also aus und findet statt in ideologischen Formen, also auch in den ideologischen Formen der ISA. Aber der Klassenkampf geht weit über diese Formen hinaus, und weil er über sie hinausgeht, kann der Kampf der ausgebeuteten Klassen sich auch in den Formen der ISA ausüben, also die Waffe der Ideologie gegen die sich an der Macht befindlichen Klassen richten.
Auf Grund des zweiten Prinzips: der Klassenkampf geht über die ISA hinaus, weil er seine Wurzeln woanders hat als in der Ideologie, nämlich in der Basis, in den Produktionsverhältnissen, die Ausbeutungsverhältnisse sind und die die Grundlage für die Klassenverhältnisse bilden.

10 Zu einem großen Teil. Denn die Produktionsverhältnisse werden zunächst reproduziert durch die Materialität des Produktionsprozesses und des Zirkulationsprozesses. Aber man darf nicht vergessen, daß die ideologischen Verhältnisse sofort anwesend sind in diesen Prozessen selbst.

11 Für den Teil der Reproduktion, zu dem der repressive Staatsapparat und die Ideologischen Staatsapparate beitragen.

gab auch einen politischen Ideologischen Staatsapparat (die Generalstände, das Parlament, die verschiedenen politischen Gruppen und Ligen als Vorläufer der modernen politischen Parteien und das ganze politische System von den freien Gemeinden bis zu den Städten). Es gab auch einen mächtigen „vorgewerkschaftlichen" Ideologischen Staatsapparat, wenn man diese zwangsläufig anachronistische Formulierung einmal wagen darf (die mächtigen Händler- und Bankierszünfte und auch die Gesellenvereinigungen usw.). Das Verlagswesen und die Information selbst haben eine unbestreitbare Entwicklung durchgemacht, ebenso die Kunst, die zunächst integrale Bestandteile der Kirche waren und dann immer mehr von ihr unabhängig wurden.

Jedoch ist es absolut evident, daß in der historisch vorkapitalistischen Periode, die wir in großen Zügen untersuchen, **ein dominierender Ideologischer Staatsapparat existiert hat, nämlich die Kirche,** die auf sich nicht nur die religiösen Funktionen, sondern auch die schulischen und zu einem guten Teil die Funktion der Information und der „Kultur" vereinigte. Wenn der gesamte ideologische Kampf vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, vom ersten Anstoß der Reformation angefangen, sich auf einen antiklerikalen und antireligiösen Kampf **konzentriert** hat, so ist das kein Zufall, sondern geschah auf Grund der dominierenden Rolle des religiösen Ideologischen Staatsapparates.

Die Französische Revolution hatte vor allem als Ziel und Erfolg nicht nur, daß die Staatsmacht von der feudalen Aristokratie zur kapitalistischen Handelsbourgeoisie überging, daß zum Teil der alte repressive Staatsapparat zerschlagen und durch einen neuen ersetzt wurde (z. B. das Volksheer), — sondern auch, daß der Ideologische Staatsapparat Nr. 1 angegriffen wurde: die Kirche. Von daher die zivile Konstitution der Geistlichkeit, die Beschlagnahme der Kirchengüter und die Schaffung neuer Ideologischer Staatsapparate, um den religiösen Ideologischen Staatsapparat in seiner dominierenden Rolle zu ersetzen.

Natürlich ist das nicht von selbst gegangen: Beweis dafür ist das Konkordat, die Restauration und der lange Klassenkampf zwischen der Land-Aristokratie und der industriellen Bourgeoisie während des ganzen 19. Jhds. um die Etablierung der bürgerlichen Hegemonie über den Funktionen, die vormals die Kirche innegehabt hatte: vor allem durch die Schule. Man kann sagen, daß die Bourgeoisie sich auf den neuen politischen, parlamentarisch-demokratischen Ideologischen Staatsapparat, der in den ersten Jahren der Revolution geschaffen und später nach langen Kämpfen restauriert wurde, einige Monate lang 1848 und während mehrerer Jahrzehnte nach dem Sturz des zweiten Empire gestützt hat, um gegen die Kirche zu kämpfen und sich ihrer ideologischen Funktionen zu bemächtigen. Kurz: um nicht nur ihre politische Hegemonie, sondern auch ihre ideologische Hegemonie auszuüben, die unbedingt notwendig ist zur Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Daher meine ich, ist es erlaubt, folgende These aufzustellen, auch wenn dies einige Risiken beinhaltet. Ich glaube, daß derjenige Ideologische Staatsapparat, der in den reifen kapitalistischen Formationen in eine dominierende Position gebracht worden ist, am Ende eines gewaltigen politischen und ideologischen Klassenkampfes gegen den früheren dominierenden Ideologischen Staatsapparat, der **schulische Ideologische Staatsapparat** ist. Diese These mag paradox scheinen, wo doch für jedermann klar ist, nämlich in der ideologischen Vorstellung, die die Bourgeoisie sich selbst und den Klassen, die sie ausbeutet, geben will, daß der dominierende Ideologische Staatsapparat in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen nicht die Schule, sondern der politische Ideologische Staatsapparat ist, nämlich das demokratisch-parlamentarische Regime und entsprechend die Volksabstimmung und der Kampf der Parteien. Jedoch zeigt die Geschichte und die neueste von der parlamentarischen Demokratie, daß die Bourgeoisie sehr wohl sich mit verschiedenen politischen Ideologischen Staatsapparaten zufrieden geben konnte und kann: das Empire, ob Nr. 1 oder Nr. 2, die konstitutionelle Monarchie (Louis XVIII., Charles X.), die parlamentarische Monarchie (Louis—Philippe), die Präsidialdemokratie (de Gaulle), um nur von Frankreich zu sprechen. In England sind die Dinge noch manifester. Die Revolution war dort besonders „erfolgreich", vom bürgerlichen Standpunkt aus gesehen. Denn im Unterschied zu Frankreich, wo die Bourgeoisie — übrigens auf Grund der Ungeschicklichkeit des niederen Adels — gezwungen war, sich durch bäuerliche und plebeische „revolutionäre Zeiten" an die Macht bringen zu lassen, was sie ungeheuer viel gekostet hat, konnte die englische Bourgeoisie mit der Aristokratie „verhandeln" und mit ihr den Besitz der Staatsmacht und die Nutzung des Staatsapparates für eine sehr lange Zeit „teilen" (Frieden zwischen den Menschen der herrschenden Klassen, die guten Willens sind!). In Deutschland sind die Dinge noch frappierender; denn dort hat die imperialistische Bourgeoisie vermittels eines politischen ideologischen Staatsapparates, wo die kaiserlichen Junker (als Symbol: Bismarck) sowie ihre Armee und Polizei ihr als Schild und Führungspersonal gedient haben, einen spektakulären Auftritt begonnen, bevor sie die Weimarer Republik „durchquerte" und sich dem Nazismus anvertraute.

Es gibt also gute Gründe anzunehmen, daß das, was die Bourgeoisie hinter den Spielen ihres politischen ideologischen Staatsapparates, die den vorderen Teil der Bühne einnahmen, als ihren Ideologischen Staatsapparat Nr. 1 aufbaute, also als dominierenden, das Schulwesen war, das faktisch in seinen Funktionen den früheren dominierenden Ideologischen Staatsapparat, nämlich die Kirche ersetzt hat. Man kann sogar hinzufügen: das Gespann Schule-Familie hat das Gespann Kirche-Familie ersetzt.

Warum ist der schulische Apparat faktisch der dominierende Ideologische Staatsapparat in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen und wie funktioniert er?

Für den Augenblick möge es genügen, daß man sagt:

1. — Alle ideologischen Staatsapparate, um welche es sich auch immer handelt, tragen zum gleichen Ergebnis bei: der Reproduktion der Produktionsverhältnisse, d. h. der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse.

2. — Jeder von ihnen trägt zu diesem einzigen Ergebnis bei auf eine Art und Weise, die ihm eigen ist. Der politische Apparat, indem er die Individuen der politischen Staatsideologie unterwirft, der „demokratischen", der „indirekten" (parlamentarischen) oder der „direkten" (plebiszitären oder faschistischen) Ideologie. Der Informationsapparat, indem er alle „Bürger" durch Presse, Rundfunk und Fernsehen mit einer täglichen Ration Nationalismus, Chauvinismus, Liberalismus, Moralismus usw. versieht. Der religiöse Apparat, indem er in Predigten und anderen großen Zeremonien wie Geburt, Heirat und Tod daran erinnert, daß der Mensch nur Asche ist, es sei denn, er liebt seine Brüder so sehr, daß er demjenigen, der ihn ohrfeigt, die andere Backe hinhält. Der familiäre Apparat ... Das genügt.

3. — Dieses Konzert wird bestimmt durch eine einzige Partitur, die lediglich dann und wann durch Widersprüche (denen der Reste der ehemaligen herrschenden Klassen, denen der Arbeiter und ihrer Organisationen durcheinander gebracht wird: die Partitur der Ideologie der augenblicklich herrschenden Klasse, die in ihre Musik integriert die ehrwürdigen Themen des Humanismus der Großen Vorfahren, die vor dem Christentum das Griechische Wunder und später die Größe Roms, der Ewigen Stadt, geschaffen haben sowie die Themen des persönlichen und allgemeinen Interesses („intérêt général", d. Übers.) usw., Nationalismus, Moralismus Ökonomismus.

4. — In diesem Konzert spielt jedoch ein ideologischer Staatsapparat tatsächlich die dominierende Rolle, obwohl man seiner Musik kein Gehör schenkt: sie ist so geräuschlos! Es handelt sich um die Schule. Sie nimmt von der Grundschule an Kinder aller sozialen Klassen auf und von der Grundschule angefangen prägt sie ihnen mit neuen wie mit alten Methoden jahrelang — Jahre, in denen das Kind am leichtesten „verwundbar" ist, weil eingeklemmt zwischen Staatsapparat Familie und Staatsapparat Schule — „Fähigkeiten" ein, die in herrschender Ideologie verpackt sind (Französisch, Rechnen, Naturkunde, Naturwissenschaften, Literaturgeschichte) oder aber ganz einfach Ideologie im reinen Zustand (Religion, Staatsbürgerkunde, Philosophie). Um das dreizehnte Schuljahr herum „fällt" eine enorme Masse von Kindern „in die Produktion": es sind die Arbeiter oder kleinen Bauern. Ein anderer Teil der Schuljugend macht weiter: und so gut es geht, kommen sie ein Stück weiter, um unterwegs zu „fallen" und die Posten der unteren und mittleren Kader der Angestellten, der unteren und mittleren Beamten sowie von Kleinbürgern jeder Art zu besetzen. Ein letzter Teil erreicht die Gipfel, entweder um in intellektuelle Halbarbeitslosigkeit zu verfallen oder um neben den „Intellektuellen des Gesamtarbeiters", zu Trägern der Ausbeutung (Kapitalisten, Manager), zu Trägern der Unterdrückung (Militärs, Polizisten, Politiker, Verwaltungsfachleute usw.) oder zu Professionellen der Ideologie (Priester aller Art, deren Mehrheit überzeugte „Laien" sind) zu werden. Jede Gruppe, die unterwegs „fällt", ist praktisch mit der Ideolo-

gie versehen, die ihrer Rolle in der Klassengesellschaft entspricht: der Rolle des Ausgebeuteten (mit „Berufsehre", mit stark „entwickeltem" „moralischem", „staatsbürgerlichem", „nationalem" und unpolitischem Bewußtsein); der Rolle des Trägers der Ausbeutung (Fähigkeit zu befehlen und vor Arbeitern zu sprechen: die „menschliche Beziehungen"), der Rolle der Träger der Unterdrückung (Fähigkeit zu befehlen und sich „ohne Diskussion" Gehorsam zu verschaffen oder mit der Demagogie der Rhetorik von politischen Führern vorzugehen) oder der Professionellen der Ideologie (in der Lage, die Gehirne mit dem notwendigen Respekt zu behandeln, d. h. der Verachtung, der Erpressung, der Demagogie, angepaßt den Akzenten der Moral, der Tugend, der „Transzendenz", der Nation, der Rolle Frankreichs in der Welt usw.).

Sicherlich, viele von diesen konstatierten Tugenden (Bescheidenheit, Resignation, Unterwerfung einerseits, Zynismus, Verachtung, Hochmut, Sicherheit, Größe, ja Schönrederei und Geschicklichkeit andererseits) lassen sich auch in den Familien, in der Kirche, in der Armee, in schönen Büchern, in Filmen und selbst auf den Sportplätzen erlernen. Aber kein ideologischer Staatsapparat verfügt soviele Jahre über die obligatorische Zuhörerschaft (und die immerhin kostenlos ist . . .) der Gesamtheit der Kinder der kapitalistischen Gesellschaftsformation – 5 bis 6 Tage pro Woche und 8 Stunden am Tag.

Durch das Erlernen von einigen Fähigkeiten, die verpackt sind in eine massive Einprägung der Ideologie der herrschenden Klasse, werden jedoch zu einem Großteil die **Produktionsverhältnisse** einer kapitalistischen Gesellschaftsformation reproduziert, d. h. die Verhältnisse von Ausgebeuteten zu Ausbeutern und Ausbeutern zu Ausgebeuteten. Die Mechanismen, die dieses für das kapitalistische Regime lebensnotwendige Ergebnis produzieren, sind natürlich bedeckt und verborgen durch eine Ideologie der Schule, die allgemein vorherrscht, denn sie stellt eine der grundlegenden Formen der herrschenden bürgerlichen Ideologie dar: eine Ideologie, die die Schule als ein neutrales Feld darstellt, das ohne Ideologie (weil . . . weltlich) ist, wo Lehrer, das „Gewissen" und die „Freiheit" der Kinder achten, die ihnen (vertrauensvoll) anvertraut sind durch deren „Eltern" (welche ebenfalls frei sind, d. h. Besitzer ihrer Kinder), sie durch das eigene Beispiel, die Kenntnisse, die Literatur und ihre „befreienden" Tugenden hinführen zur Freiheit, zur Moralität und zur Verantwortlichkeit von Erwachsenen. Ich bitte diejenigen Lehrer um Verzeihung, die unter furchtbaren Bedingungen versuchen, gegen die Ideologie, gegen das System und gegen die Praktiken, in denen sie gefangen sind, die wenigen Waffen zu richten, die sie in der Geschichte und dem Wissen, das sie „lehren", finden können. Es sind in einer Weise Helden. Aber sie sind selten, und wieviele (die Mehrheit) haben noch nicht einmal den Beginn eines Zweifels bezüglich der „Arbeit", die das System (das sie übersteigt und zertritt) ihnen zu vollbringen auferlegt; schlimmer noch, wieviele setzen ihr Leben und ihren Einfallsreichtum daran, diese Arbeit mit äußerster Gewissenhaftigkeit durchzuführen (die berühmten neuen Methoden!). Sie bemerken dies so wenig, daß sie selbst durch ihre Ergebenheit dazu beitragen, diese ideologische Vorstellung von der Schule zu pflegen und zu nähren, die heute unseren Zeitgenossen die Schule ebenso „natürlich" und unentbehrlich und sogar wohltätig macht wie vor einigen Jahrhunderten die Kirche unseren Vorfahren „natürlich", unentbehrlich und großmütig erschien.

Faktisch ist die Kirche heute in ihrer Funktion als **dominierender Ideologischer Staatsapparat** durch die Schule ersetzt worden. Diese ist gekoppelt mit der Familie, ebenso wie einst die Kirche mit der Familie gekoppelt war. Man kann daher sagen, daß die unvergleichbar tiefe Krise, die in der ganzen Welt das Schulsystem vieler Staaten erfaßt hat, zumeist verbunden mit einer (bereits im **Manifest** angekündigten) Krise, die das Familiensystem erschüttert, einen politischen Sinn erhält, wenn man berücksichtigt, daß die Schule (und das Paar Schule-Familie) den dominierenden Ideologischen Staatsapparat darstellt; den Apparat, der die determinierende Rolle bei der Reproduktion der Produktionsverhältnisse einer in ihrer Existenz durch den weltweiten Klassenkampf bedrohten Produktionsweise spielt.

Fortsetzung im nächsten facit

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Heft 3 (August 1970) enthält u. a.:
Amilcar Cabral, Die Macht der Waffen – Dokumente der Befreiungsbewegungen von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique – Dokumente der Solidaritätskonferenz in Rom.
Heft 4 (Oktober 1970) enthält u. a.:
Bericht über den Befreiungskampf in Mozambique – Interview mit Agostinho Neto (MPLA) – Dokumente über Folterungen in Brasilien – Israels imperialistische Mission in Afrika – Bericht über die Erfolge der FNL-Südvietnam im 1. Halbjahr 1970 – „Acht-Punkte-Erklärung" von Madame Nguyen Thi Binh (Leiterin der südvietnamesischen Delegation bei den Pariser Gesprächen).
Heft 5 (November 1970) enthält u. a.:
Chile: Resolution des XIV. Parteitages der KP – Grundsatzprogramm der Volksfront – Interview mit Madame Binh: Warum die fünf Punkte Nixons unannehmbar sind.

Bezugspreis: Für 6 Nummern 7,50 DM, einschließlich Porto; für 12 Nummern 15,– DM, einschließlich Porto; Einzelheft 1,50 DM.

Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker Angolas, Guineas und Mozambiques

Dieses Referat und Material soll alle, die sich im Kampf gegen die faschistische Kolonialmacht Portugal engagieren, in die Lage versetzen, selbst als Referenten, Diskutanten oder Teilnehmer an Forumsgesprächen aufzutreten.
Es soll helfen, Antworten auf solche Fragen zu geben wie:
Welche Auswirkungen hatte die portugiesische Kolonialpolitik auf die afrikanische Bevölkerung?
Welcher Methoden bedient sich der portugiesische Kolonialismus?
Welche ökonomischen Interessen hat die BRD in diesen Gebieten?
Wer unterstützt mit welchen Mitteln die portugiesische Regierung bei ihrem Kolonialkrieg?
Erschienen als Sonderdruck (Für Abonnenten des AIB 33 Prozent Ermäßigung) Preis: 3,– DM.

Bestellungen an: „Antiimperialistisches Informationsbulletin" p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46.

Mitarbeiter gesucht

„Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen." Die Herausgeber des Antiimperialistischen Informationsbulletins teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf: „Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung."
Um dies optimal propagieren und die dafür erforderliche Informationsbasis schaffen zu können, sucht das Antiimperialistische Informationsbulletin Mitarbeiter. Die Mitarbeit ist unentgeltlich. Auszuwertende Zeitungen und Zeitschriften werden gestellt. Die Hauptarbeit besteht im Auswerten und Herausfinden geeigneter Dokumente und Artikel der Befreiungskräfte der jeweiligen Länder. Nicht unbedingt erforderlich ist, daß die zu einer Mitarbeit bereiten Genossen schon heute Experten der infrage kommenden Länder sind. Sie können sich in der Mitarbeit dazu qualifizieren. Wir suchen Mitarbeiter für Probleme der Nationalen Befreiungsbewegung, insbesondere für:

- Palästina und Nahost
- Indien und Pakistan
- Türkei
- Chile, Peru, Bolivien, Uruguay
- West- und Zentralafrikanische Staaten (besonders frühere französische Kolonien)

Interessierte Genossen wenden sich bitte an:
Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46.

John Kenneth Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, Droemer Knaur-Verlag, München/Zürich 1970, 400 Seiten, 4,80 DM

Galbraith – amerikanischer Nationalökonom von beträchtlichem Einfluß auf die jüngere Generation – zeichnet sich durch eine scharfsinnige Beobachtung der Wirklichkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus, wie sie sich ihm in den USA als dem entwickeltsten Land dieses Systems darbietet.

Hervorstechendstes Merkmal dieser Wirklichkeit ist für ihn die enge Verflechtung von Staat und Wirtschaft und der Funktionswandel des Staates. Sein Anteil am Sozialprodukt wächst, ihm obliegt es, die Kaufkraft zu sichern, die industrielle Forschung zu finanzieren und für bestimmte Produkte eine Absatzgarantie zu übernehmen (S. 10 f., 36 f.). Management und technische Intelligenz sind für Galbraith die eigentlichen Machtträger im ökonomischen Bereich. Ein zentraler Begriff seiner Ideologie ist die „Technostruktur". Alle, die zu Gruppenentscheidungen beitragen, zählt er dazu. Ihr entspricht der „ausgereifte Betrieb", der im Gegensatz zum traditionellen „Unternehmer-Betrieb" sich entwickelte (S. 87 ff.). Ziel der Technostruktur ist die Selbsterhaltung, die nur durch gleichmäßiges Wachstum und somit stetige Reinvestitionen und Dividendenausschüttungen gewährleistet ist, was daher Vorrang vor der Gewinnmaximierung hat (S. 162).

Ein solches Wachstum hat die Kontrolle der Preise und der Nachfrage zur Voraussetzung, wobei die Marktwirtschaft nurmehr eine „Glaubenslehre" ist (S. 182 f.), die mit der Praxis längst in Widerspruch geriet; denn: „Der ausgereifte Betrieb hat die Kontrolle des Marktes übernommen" S. 188). Der „anerkannte Ablauf", nach dem der Produzent auf Verbraucherwünsche reagiert (S. 203), existiert nicht mehr, wohl aber der „revidierte Ablauf", bei dem der Mythos des Individualismus dem Verkäufer als Deckmantel bei der Manipulierung des einzelnen dient (S. 208 f.). Die Technostruktur wäre gefährdet, wenn nur die Nachfrage des einzelnen manipuliert würde, die Gesamtnachfrage jedoch beträchtlichen Schwankungen unterworfen wäre. Aus diesem Grunde greift hier der Staat ein, um in ihrem Interesse die Gesamtnachfrage zu sichern, wie es Keynes befürwortete. Galbraith, der die Marktwirtschaft als Ideologie begreift, die nichts mehr zur Erhellung der herrschenden Zustände beitragen kann, hält dagegen die Ideen von Keynes für epochemachend, da sie „zur Erhaltung dessen, was man gemeinhin als Kapitalismus bezeichnet", beitrugen (S. 215). Hebel der staatlichen Nachfrageregulierung ist ein hoher Anteil des Staates am Sozialprodukt, der ihm über die Einkommensteuern zufließt; Angelpunkt des Hebels „sind die militärischen Ausgaben" (S. 220). Diese Ausgaben regulieren nicht nur die Nachfrage, sondern sie tragen gleichzeitig zur Entwicklung der industriellen Technologie auf Kosten der Steuerzahler bei. Deshalb sind militärische Ausgaben nur dann durch zivile zu ersetzen, wenn diese „etwa dasselbe Verhältnis zur Technologie aufweisen wie die abzulösenden Militärausgaben" (Seite 222). Obgleich heute „die Funktion des Staates in einer Anpassung an die Erfordernisse des Industriesystems besteht", wird noch immer die „Trennlinie zwischen dem Staat und der sogenannten Privatwirtschaft... als eine traditionelle Fiktion" aufrecht erhalten (S. 222 f.). „Werden die Mindestpreise von den Firmen festgesetzt, wird die Nachfrage nach bestimmten Produkten von ihnen gesteuert, reguliert der Staat die Gesamtnachfrage und setzt er obere Grenzen für Löhne und Preise fest, dann ist die Planungsstruktur des Industriesystems praktisch lückenlos. Man muß nur noch dafür sorgen, daß es jedermann stets und überall als freie, ungeplante Marktwirtschaft bezeichnet" (S. 249).

Den Gewerkschaften fällt dabei die undankbare Aufgabe zu, über Lohnerhöhungen wenigstens mit den Preiserhöhungen der Industrie gleichzuziehen (S. 243). Im übrigen wurde die Stellung der Gewerkschaften in jeder Hinsicht geschwächt (S. 252). Die Industrie bedient sich ihrer

zur Vermeidung von Unzufriedenheit und Verbesserung der Planung. „Es ist tatsächlich so, daß das Industriesystem die Gewerkschaftsbewegung jetzt weitgehend aufgesogen hat. ...es hat ihren Handlungsspielraum stark eingeschränkt; es hat auch die noch verbleibenden Funktionen der Gewerkschaften größtenteils entsprechend den eigenen Erfordernissen umgeformt" (S. 269).

Bemerkenswert ist, daß Galbraith die enge Verflechtung von Staat und Monopolen klarer erkennt als irgendein bürgerlicher Ideologe vor ihm: „Das Industriesystem ist tatsächlich untrennbar mit dem Staat verbunden. Der ausgereifte Betrieb stellt ganz eindeutig einen Arm des Staates dar und der Staaat ist . . . ein Instrument des Industriesystems. Tatsächlich ist im Industriesystem die Trennlinie zwischen staatlicher und privater Autorität . . . größtenteils imaginär, während das . . . Zusammenspiel staatlicher und privater Organisationen die Norm darstellt" (S. 283). „Man wird in diesem System in zunehmendem Maße einen Teil eines größeren Komplexes sehen, der sowohl das Industriesystem als auch den Staat umfaßt" (S. 370). Im Industriesystem sind die Menschen einer vollständigen Manipulierung unterworfen, die alles, was dem System nutzt, mit sozialen Tugenden gleichsetzt (S. 326). Ferner hat „die Technostruktur jederzeit Zugang zu den Massenbeeinflussungsmitteln . . . und damit zu politischem Einfluß" (S. 288). Dieser wirkte sich etwa in der Erfindung des Schreckgespenstes des Kalten Krieges zur Rechtfertigung der Militärausgaben aus (S. 312). Aber auch die Schul- und Hochschulbildung und die Forschung sind auf die Erfordernisse des Industriesystems zugeschnitten (S. 351).

„Es ist diesem System gelungen, in aller Stille die Vorstellung abzuschaffen, daß es sich hier um ein vorübergehendes und deshalb in irgendeiner Hinsicht unvollkommenes Phänomen handeln könnte" (S. 367). Mit diesen Worten leitet Galbraith seine Gedanken über „die Zukunft des Industriesystems" ein. So genau er wichtige Merkmale der ihn umgebenden amerikanischen Verhältnisse beschreibt, die sich tendenziell von denen im kapitalistischen Europa kaum unterscheiden, so wenig vermag er, ihren eigentlichen Ursachen nachzugehen, und folglich auch nicht, eine zukünftige Entwicklung der kapitalistischen sowie der sozialistischen Gesellschaft zu antizipieren. Von anderen sog. Konvergenztheoretikern unterscheidet er sich wesentlich dadurch, daß er die sozialistische und die kapitalistische Entwicklung nicht als solche von entgegengesetzten Polen auf ein Zentrum hin begreift, sondern als etwas Gleichgerichtetes: „Weder im sowjetischen noch im westlichen Wirtschaftssystem verläuft die Entwicklung so, daß sich die beiden Systeme durch Rückkehr der sowjetischen zu einer freien Marktwirtschaft einander nähern. Darüber sind beide längst hinausgewachsen. Was jedoch die Planungsprinzipien betrifft, ist eine deutliche Konvergenz nicht zu verkennen" (S. 108). Die „konvergierenden Tendenzen der Industriegesellschaften" zeigen sich bei der Planung der Preise und der Nachfrage, in der Autonomie des Unternehmens im Hinblick auf seine Planung, in der Sicherung der Gesamtnachfrage, der Stabilisierung von Löhnen und Preisen und in der Bereitstellung des Produktionsfaktors Fachkräfte durch den Staat (S. 368 f.). Galbraith begrüßt diese Tendenzen, da sie die Gefahr weltweiter kriegerischer Auseinandersetzungen vermindern. „Es ist denkbar, daß die Erkenntnis einer konvergenten Entwicklung der Industriesysteme mit dazu beitragen wird, die gemeinsame Bedrohung durch das Wettrüsten zu erkennen, es zu beenden..." (S. 370).

Was Galbraith als „Industriesystem" schildert, ist die Summe der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Erscheinungen, wie sie einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte und der dazu gehörenden Produktionsweise entsprechen, unter Nichtberücksichtigung der Produktionsverhältnisse und damit des Eigentums an den Produktionsmitteln. Auf diese Weise muß er zu Analogien von Sozialismus und Kapitalismus kommen, da die Entwicklung der Produktivkräfte in der UdSSR und den USA in vielen Bereichen einen ähnlichen Stand erreicht hat und hier wie dort die Produktionsweise eine gesellschaftliche ist. Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus beruht aber gerade auf den entgegengesetzten Produktionsverhältnissen, auf dem Antagonismus von privatem und gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln. Die scheinbaren Ähnlichkeiten industriell entwickelter Gesellschaften verleiten ihn zu der Annahme einer sich nähernden Parallelbewegung der Systeme.

Das eigentliche Anliegen von Galbraith

ist jedoch, die kritische Intelligenz auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die die Verflechtung von Staat und Industrie in den kapitalistischen Ländern in sich birgt, Gefahren durch Rüstung, durch Manipulation usw. Er sieht sich als Revolutionär und die Intelligenz als die mögliche Kraft, die jener Verflechtung entgegenwirken könnte. Eine Ideologie, die von den Eigentumsverhältnissen abstrahiert, muß zu einer derartigen Überbewertung der kritischen Intelligenz kommen, da sie die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft und folglich auch nicht die Rolle der Arbeiterklasse zu erkennen vermag.
Besonders hervorzuheben ist die von Galbraith gebrachte Fülle an Fakten über das Zusammenwirken von Staat und Monopolen und über die Ziele und Methoden, die sich aus dem System ergeben, wie er überhaupt seine Aussagen durch zahlreiche Beispiele belegt.

John Kenneth Galbraith, Wirtschaftliches Wachstum, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1967, 110 Seiten, 9,80 DM

Jahre vor der Veröffentlichung seines Buches über „Die moderne Industriegesellschaft" war sich Galbraith schon der Unzulänglichkeit der liberalen marktwirtschaftlichen Ideologie bewußt. Dies kann anhand einer Vortragsserie demonstriert werden, die er 1962 als US-Botschafter in Indien an verschiedenen Universitäten des Landes hielt. Galbraith setzt sich darin mit aktuellen Problemen ökonomisch unentwickelter Länder auseinander. Beim Versuch, Lösungen herauszuarbeiten, die den – seiner Meinung nach – mannigfachen und oft unvergleichbaren Ursachen der Armut der „Dritten Welt" (S. 23–32) gerecht werden, schließt er sich Rostows „Stufenbegriff" an (S. 54). Danach wird Entwicklung als ein stufenförmiger Prozeß gesehen, der bei den einfachsten gesellschaftlichen Lebensformen (Stammesstruktur afrikanischer Nationen) beginnt und bei den sog. Industrienationen endigt. Daher könne die Einteilung der Welt in „entwickelte" und „unterentwickelte" Länder nicht das Problem der Hilfe erfassen, da sich alle auf verschiedenen Stufen derselben Entwicklungsfolge befinden. Es gebe mithin nicht die eine Gruppe, die Hilfe gewährt, und die andere, die Hilfe empfängt: „Vielmehr kann jedes Land von denen, die einen Vorsprung haben, etwas gewinnen. Und es hat allen jenen etwas zu bieten, die nachfolgen" (S. 60).

Soweit ist diese Betrachtung noch system-unabhängig; denn Galbraith versteht unter „Industrienationen" sowohl kapitalistische als auch sozialistische. Allerdings bleibt die Option für den Kapitalismus nicht aus. Bei der Diskussion der Frage, ob nach kapitalistischen oder sozialistischen Methoden der Entwicklungsprozeß in den betreffenden Ländern selbst vor sich gehen soll, plädiert er für erstere, da sie die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft reibungsloser bewältigen würden (S. 40 f.). Dies sieht er als einzigen gravierenden Unterscheidungspunkt an: „Die Industrie ist, zumindest theoretisch, gegenüber wirtschaftlichen und politischen Organisationsformen einigermaßen indifferent" (S. 39). Vom bürgerlichen Standpunkt aus gesehen, überrascht eine solche Auffassung nicht, weil sie das Eigentum an den Produktionsmitteln ohnehin für nicht relevant hält. Insofern muß Galbraith auch zu der rein oberflächlichen Feststellung kommen, die marxistische Alternative verlange, daß jegliche Bindung der Wirtschaft an vergangene Formen und Institutionen zu zerstören sei (S. 41). Das ist zwar richtig, aber nur die halbe Wahrheit: die marxistische Alternative zielt auf die Abschaffung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln, und die Konsequenz daraus ist die Zerstörung der alten Formen und Institutionen. Solange dieser Kernpunkt in der Praxis unberücksichtigt bleibt, verhilft auch die von Galbraith im Gegensatz zu den Neoliberalen entschieden befürwortete Planung (S. 69–83) zu keinen Erfolgen, was gerade am Beispiel Indiens bewiesen werden kann. Und ebensowenig können die staatlichen Initiativen die zunehmende Armut beseitigen, da der Staat unter der Voraussetzung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln keine Wirtschaftspolitik betreiben kann, die den Eigentümern den Lebensnerv abschneidet. Es ist kein Zufall, wenn Galbraith bei der Aufzählung möglicher Ursachen der Armut mit keinem Wort diesen entscheidenden Umstand erwähnt.

Elisabeth Bessau

facit *Rote Korrespondenz Lieferbare Titel*

facit Nr. 9 („Karl Marx in Köln in der Revolution von 1848/49" von Prof. Dr. Karl Obermann; Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologie) 0,50 DM.
facit Nr. 12 („SDS – Teil der Arbeiterbewegung"; „New Yorker Universitätsimpressionen"; „Zum Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung"; „Bemerkungen zur ‚Springerresolution' und einigen ideologischen Implikationen"; „2 Taktiken der herrschenden Klasse und Möglichkeiten der Gegenwehr"; u. a.) 1,– DM
facit Nr. 13/14 („Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?" von Prof. Dr. Dieter Klein; Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a.) 1,– DM.
facit Nr. 15 („Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf" von Juan Diz, KP Spaniens; Strategie und Rüstung in der Bundeswehr; „Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik" von Elmar Bernhard und Reinhard Schweisher; u. a.) 1,– DM.
facit Nr. 16 „Aktion ohne Vermittlung" von Martin Walser; „Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus" von Christof K. Kievenheim; „Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker" von Eberhard Czichon; u. a.) 1,– DM.
facit Nr. 17 („Die Menschen machen ihre Geschichte selbst" von Prof. Dr. Manfred Buhr; Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; u. a.) 1,– DM.
facit Nr. 18 („Intelligenz und Arbeiterklasse": „Wissenschaftlich-technische Revolution und die Theorie der ‚neuen Arbeiterklasse'" von Frank Deppe, Hellmuth Lange, Lothar Peter; „Zur Ideologie und Organisation der technischen Intelligenz in der BRD" von Christof K. Kievenheim; „Aufbruch der ‚Vorproletarier' – Zur Soziologie der Studenten" von Hellmuth Hesselbarth; „Falsch programmiert – Wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus" von Oskar Neumann; u. a.) 1,– DM.
facit Nr. 19 („Leninismus heute": „Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie" von Gerhard Fisch, Wanja Heiseler, Angelika Schütte; „Marx versus Lenin?" von Gerhard Bessau; „Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung" von Johanna Hund; „Staat und Absterben des Staates in der DDR": „Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland" von Kurt Steinhaus; „Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute" von Gunnar Matthiessen) 1,– DM.
facit Nr. 20 („Parteien in der BRD") 1,– DM.
facit Nr 21 (Walter Hollitscher, „Aneignung der Natur und Natur der Aneignung"; F. W. Plesken, „Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit"; E. J. Hobsbawm, „Lenin und die ‚Arbeiteraristokratie'"; Robert Steigerwald, „Brief an einen Genossen Studenten"; Paul Schäfer, „Hochschulrahmengesetz – Baustein staatsmonopolistischer Formierung"; Michael Maerks, „Die Bundeswehrschule – Schule der Nation– Geistige Militarisierung in Westdeutschland"; Fred Schmid, „Friedensforschung als Kriegsforschung").
facit aktuell 3 („SDS in Sofia" – Dokumentation zur zweiten Spaltung des SDS) 1,– DM.
facit-Reihe 3 („Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa – Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus" von Prof. Dr. Dieter Klein) 3,– DM.
facit-Reihe 5 („Internationaler Klassenkampf") 180 Seiten, 5,– DM.
Rote Korrespondenz – SPARTAKUS Assoziation Marxistischer Studenten (erscheint unregelmäßig). Soeben erschienen Nr. 10.
Rote Korrespondenz extra 1 („Produktivkraft Wissenschaft"). 2. erweiterte Auflage, 2,– DM.
Rote Korrespondenz extra 7 („Futurologie – Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie" von Prof. Dr. Dieter Klein) 2,50 DM.
Rote Korrespondenz extra 9 („Woran starb der SDS? Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten") 1,50 DM.
Rote Drucke: „Arbeiterklasse gegen Faschismus" von Georgi Dimitroff (Taschenbuch, 112 Seiten) 3,50 DM.

Alle Bestellungen an:
Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2350 Neumünster, Wendenstraße 4 a, Postfach 470.

UZ. Marx schreibt mit!

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten.

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten, steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

unsere zeit
UZ
sozialistische volkszeitung

BESTELLSCHEIN

☐ Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit zum vierteljährlichen Bezugspreis von 6,50 DM für 6 Monate

☐ Ich bitte um kostenlose Zusendung eines Probeexemplares

.....
(Unterschrift)

.....
(Name)

.....
(Vorname)

( ) .....
(Wohnort)

.....
(Straße u. Hausnummer)

absenden an
Dr. Wenzel-Verlag GmbH
A 60 – Abteilung 41
Duisburg-Beeck
Pothmannstr. 12